

# KONZERN

## LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG



## BETEILIGUNGSBERICHT

2013



Guten Tag,

mit dem Beteiligungsbericht 2013 für das Geschäftsjahr 2012 möchten wir die Körperschaften des Landkreises Limburg-Weilburg und die interessierte Öffentlichkeit über den Geschäftsverlauf der Eigenbetriebe und Unternehmen und deren finanzielle Lage in bekannter Weise informieren.

Der Beteiligungsbericht 2013 gibt, basierend auf den Jahresabschlüssen 2012, einen Überblick über das Beteiligungsportfolio insgesamt und den Beitrag der einzelnen Gesellschaften zum Leistungsspektrum des Landkreises Limburg-Weilburg, sei es in den Bereichen Wirtschaft und Kultur, Verkehr oder Freizeit und Gesundheit.

Die transparente Darstellung und leicht verständliche Aufbereitung des „Konzerns Landkreis Limburg-Weilburg“ für die Leserinnen und Leser bleibt auch mit diesem Beteiligungsbericht die oberste Zielsetzung. Damit sind Beteiligungen transparenter als viele andere Betätigungsfelder.

Die 8. Auflage ist nicht nur als Druckwerk, sondern darüber hinaus auch im Internet unter [www.landkreis-limburg-weilburg.de](http://www.landkreis-limburg-weilburg.de) erhältlich.

Wir freuen uns, Ihnen diese Broschüre präsentieren zu können!

Limburg, im Oktober 2013

A handwritten signature in blue ink that reads "M. Michel". The signature is written in a cursive, flowing style.

Manfred Michel  
- Landrat -



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Grundsätzliche Informationen.....</b>	<b>5</b>
1.1	Beteiligungsbegriff in diesem Bericht .....	5
1.2	Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung .....	6
1.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen.....	7
1.4	Erklärungen zur Rechnungslegung.....	9
<b>2</b>	<b>Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe.....</b>	<b>13</b>
2.1	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg.....	15
2.2	Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Limburg-Weilburg .....	19
2.3	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH.....	33
2.4	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH.....	41
2.5	Kreishallenbad Weilburg GmbH.....	49
2.6	Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH.....	53
2.7	Abwasserverband Christianshütte.....	59
2.8	KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach .....	61
2.9	KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach .....	65
<b>3</b>	<b>Sparkassen.....</b>	<b>67</b>
3.1	Kreissparkasse Limburg.....	69
3.2	Kreissparkasse Weilburg .....	73
3.3	Nassauische Sparkasse.....	77
<b>4</b>	<b>Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %) .....</b>	<b>81</b>
4.1	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH .....	83
4.2	ZVN Finanz GmbH .....	89
4.3	Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH .....	93
4.4	Nassauische Heimstätte.....	101
4.5	Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH.....	105
4.6	Zweckverband Naturpark Taunus.....	113
4.7	Gesellschaft Hochtaunusstrasse .....	115

---

4.8	Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG.....	117
4.9	Frankfurter Volksbank.....	117
4.10	Vereinigte Volksbank Limburg eG.....	117
<b>5</b>	<b>Mittelbare Beteiligungen .....</b>	<b>119</b>
5.1	Klinikverbund Hessen GmbH .....	121
5.2	Hallenbad Diez-Limburg GmbH Diez.....	129
5.3	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH .....	137
5.4	KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH.....	143
5.5	clinicpartner eG.....	147
5.6	Regionalversammlung Mittelhessen .....	149
5.7	Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg.....	151
5.8	Regionalmanagement Mittelhessen.....	155
<b>6</b>	<b>Mitgliedschaften und Vereine .....</b>	<b>157</b>
6.1	Übersicht Mitgliedschaften.....	159
6.2	Kreisvolkshochschule Limburg.....	163
6.3	Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.....	165

# 1 Grundsätzliche Informationen

## 1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht

### 1.1.1 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Hessische Landtag eine wichtige Neuregelung beschlossen:

Es besteht nach § 123 a HGO ab 2005 die **Verpflichtung der Kommune**, zur Information der Gemeindevertretung / des Kreistages und der Öffentlichkeit, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Kommune **mindestens über 20% der Anteile** verfügt.

**Die Mindestanforderungen an den Informationswert des Beteiligungsberichtes sind in § 123a Abs. 2 HGO definiert. Zu nennen sind insbesondere:**

1. Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens
2. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde / den Kreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde / dem Kreis gewährten Sicherheiten.

Wir haben außerdem der Vorgabe entsprochen, die Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Organs in den vom Kreis dominierten Beteiligungsunternehmen darzustellen.

Eine Beschränkung des Beteiligungsberichtes auf Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen der Landkreis Limburg-Weilburg mindestens über 20% der Anteile verfügt, oder auch nur auf den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, hätte die Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Landkreises Limburg-Weilburg nur unzureichend dokumentiert.

In diesen Bericht wird deshalb über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehend - analog der ursprünglich auf freiwilliger Basis erstellten Beteiligungsberichte - alle Beteiligungen im weitesten Sinne (Unternehmen, Verbände und Vereine sowie die Eigenbetriebe) aufgenommen, die außerhalb der Kernverwaltung und des Haushaltes des Landkreises Limburg-Weilburg geführt werden.

§ 123 a Abs. 3 HGO sieht auch vor, dass der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung des Kreistages zu erörtern ist. Weiter muss der Kreis darüber informieren, dass der Beteiligungsbericht vorliegt und von allen Einwohnern eingesehen werden kann.

## 1.1.2 Inhalt

Die in diesem Beteiligungsbericht dargestellten Beteiligungen mit den jeweiligen Abschlussergebnissen beziehen sich auf die Geschäfts- / Haushaltsjahre 2010 bis 2012.

Änderungen, die erst im Jahr 2013 erfolgten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt finanzielle Auswirkungen haben werden, werden erst in dem nachfolgenden Beteiligungsbericht ihren Niederschlag finden.

## 1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der z. Zt. gültigen Fassung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde respektive des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht, und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die kraft ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die HGO normiert die grundsätzliche Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune, setzt ihr gleichzeitig aber auch bestimmte Grenzen.

Mit der Modifikation der HGO vom 31. Januar 2005 wurde auch im Land Hessen eine Subsidiaritätsregelung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen eingeführt.

Anders als im bisherigen Recht wird nicht mehr nur auf die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens abgestellt.

Die Beschränkungen der HGO beziehen sich in einem umfassenden Sinn nunmehr auf die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune. Eine Legaldefinition des Begriffs

fehlt gänzlich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei einer wirtschaftlichen Betätigung (bzw. einem wirtschaftlichen Unternehmen) um eine solche handelt, die auch von einem Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte.

Das Abgrenzungskriterium sollte daher der vom Gesetzgeber in § 121 Abs. 2 HGO festgelegte Negativkatalog sein, d.h. nur Tätigkeiten, die nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 121 Abs. 2 HGO fallen (traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die in besonderer Weise den Schutz des Art. 28 Abs. 2 GG genießen), sind als wirtschaftliche Betätigung anzusehen. Nur diese Tätigkeiten unterliegen dem Subsidiaritätsvorbehalt gem. § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO.

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 1 HGO gilt der Subsidiaritätsvorbehalt nicht, soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden (sog. Bestandsschutz).

Die Beschränkungen für die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen sollen nur auf nach dem Stichtag begonnene und erweiterte Betätigungen angewandt werden. Der Bestandsschutz erstreckt sich weiterhin auf nach dem Stichtag vorgenommene oder von der allgemeinen Entwicklung am Markt vorgegebene Erweiterung der Betätigung in den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge (Stromversorgung, Gasversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr).

Daraus ist zu folgern, dass künftig in die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune von staatlicher Seite reglementierend nur eingegriffen werden kann, wenn es sich um die Errichtung oder Übernahme sonstiger - erwerbswirtschaftlich orientierter - Unternehmen handelt.

**Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es gibt im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherigen rechtlichen Beurteilungen zu ändern.**

Nach Vorgabe des § 121 Abs. 7 HGO haben die Kommunen mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privater Dritten übertragen werden können.

### **1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen**

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen, auf die im Rahmen dieses Berichts eingegangen wird.

#### **1.3.1 Eigenbetriebe**

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h. von der übrigen (Kreis-)Verwaltung getrennt. Organe der Eigenbetriebe sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen. Die Gemeindevertretung / der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr/Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die



Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

### **1.3.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)**

Die GmbH ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Das Privatvermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Verbindlichkeiten der GmbH, es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Die GmbH kennt nur zwei notwendige Organe: die Gesamtheit der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist für die GmbH nicht allgemein vorgeschrieben; seine Einrichtung ergibt sich jedoch in der Regel aus § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO (Sicherung der Einflussnahme).

### **1.3.3 Aktiengesellschaft (AG)**

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Grundkapital aufweist. Aktionär wird man durch Erwerb eines Aktienstücks (Mitgliedschaftsurkunde). Die Aktionäre haften also nicht für Geschäftsverbindlichkeiten. Die AG hat drei vom Gesetzgeber vorgeschriebene Organe: den Vorstand als verantwortlichen Leiter der AG nach innen und außen, den Aufsichtsrat mit Repräsentanten der Anteilseigner und die Hauptversammlung der Aktionäre.

### **1.3.4 Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)**

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gilt. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten (§ 3 Sparkassengesetz).

### **1.3.5 Zweckverbände**

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

### **1.3.6 Wasser- und Bodenverbände**

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

### **1.3.7 Eingetragene Vereine (e.V.)**

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister („e.V.“) beim zuständigen Amtsgericht erlangen.

## **1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung**

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO und anderer Gesetze vom 31.01.2005 (GVBl. I. S. 54) sind auch die Vorschriften über die gemeindliche Haushaltswirtschaft geändert worden. Im Sechsten Teil der HGO finden sich zum einen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung und zum anderen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung „Doppik“, also für die doppelte Buchführung in Konten. Die Vorschriften der GemHVO 1974 waren letztmals auf das Haushaltsjahr 2008 anzuwenden. Spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 war auch für Zweckverbände nach dem KGG, Wasser- und Bodenverbände, den Landeswohlfahrtsverband Hessen etc. das kommunale Haushaltsrecht umzustellen. Mit dieser Umstellung verbunden ist auch die Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Darin sind die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden anzusetzen. Somit wird der Ressourcenverbrauch der Körperschaft künftig auch in einer Bilanz dargestellt. Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB). Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

### **1.4.1 Bilanz**

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden, wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d.h. eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, wurde bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt, die Leistungserfüllung erfolgt aber erst im Folgejahr.

Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt ist, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.

Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

#### **1.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)**

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung oder Ergebnisrechnung genannt - dar.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jah-

resergebnis – Jahresüberschuss oder -fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.



## **2 Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe**



## **2.1 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg**

SCHIEDE 43  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431/ 296-0  
[www.landkreis-limburg-weilburg.de](http://www.landkreis-limburg-weilburg.de)

---

### **Gegenstand des Unternehmens**

Zur Bewirtschaftung und Unterhaltung von kreiseigenen Gebäuden und Liegenschaften, mit Ausnahme der Kreisstraßen, hat der Landkreis Limburg-Weilburg den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft gegründet.

Der Betriebszweck beinhaltet die Liegenschafts- und Gebäudeverwaltung, den Kauf, die Anmietung und die Vermietung von Immobilien. Hinzu kommen die Planung und Errichtung, der Neubau, Um- und Ausbauten, Instandhaltung, Wartung, Modernisierung und Sanierung bis hin zur Verwertung der Immobilien und der technischen Anlagen. Mit der Gründung des Eigenbetriebs, die auf die Initiative von Landrat Manfred Michel zurückgeht, wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um das erklärte Ziel des Landrats, die nachhaltige und grundsätzliche Sanierung sowie die Verbesserung der schulischen Infrastruktur zu erreichen. Durch die neue Organisationsform können die umfangreichen und vielfältigen Aufgaben des Schulträgers zeitnaher und kostengünstiger erledigt werden. Darüber hinaus bietet der Eigenbetrieb die Möglichkeit, bei der Durchführung der Bau- und Sanierungsmaßnahmen in besonderem Maße aber im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen die heimischen mittelständigen Unternehmen zu beteiligen.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft übernimmt seit dem 1. Januar 2008 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

### **Organe des Unternehmens**

#### **Organe**

Vorsitzender  
stv. Vorsitzender

#### **Betriebskommission**

Manfred Michel, Landrat  
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter

#### **Mitglieder**

Jutta Lippe  
Ruprecht Keller  
Heinz Valentin



Peter Trottmann  
Ingrid Friedrich  
Willi Hamm  
Joachim Veyhelmann  
Karl Nießler  
Dr. Frank Schmidt  
Wolfgang Erk  
Wolfgang Lippe  
Michael Uhl  
Valentin Bleul  
Jürgen Dumeier  
Manfred Weyl  
Alexander Hannes

### **Betriebsleitung**

Technischer Betriebsleiter:  
Albrecht Heckelmann  
Kaufmännischer Betriebsleiter:  
Michael Lohr

### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg
Gründungsdatum:	
Sitz:	Limburg
Gesellschaftsvertrag:	
Stammkapital:	1.000.000 Euro
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg
Anteil in %:	100

Der geprüfte Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2012 liegt noch nicht vor, so dass hier die Ansätze aus dem Nachtragswirtschaftsplan 2012 mit den Planansätzen angegeben werden.

	<b>Planansatz 2012 NT in €</b>	<b>Planansatz 2012 in €</b>
1. Umsatzerlöse	16.420.174	17.095.485,00
2. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
und für bezogene Waren	3.999.000,00	4.219.000,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	613.000,00	605.000,00
3. Personalaufwand	1.431.308,00	1.422.293,00
4. Abschreibungen	2.816.700,00	3.080.200,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	11.251.316,00	11.188.316,00
<b>Summe</b>	<b>20.111.324,00</b>	<b>20.514.809,00</b>
6. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
7. Erträge aus Wertpapieren u.ä.	0,00	0,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.653.821,00	5.672.155,00
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	0,00	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.420.127,00	3.710.287,00
<b>11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.457.456,00</b>	<b>1.457.456,00</b>
12. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
13. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
<b>14. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-1.457.456,00</b>	<b>1.457.456,00</b>
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
16. Sonstige Steuern	1.000,00	1.000,00
<b>17. Jahresgewinn(+) / Jahresverlust (-)</b>	<b>-1.458.456,00</b>	<b>-1.458.456,00</b>



## 2.2 Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Limburg-Weilburg

NIEDERSTEIN SÜD  
65614 BESELICH-OBERTIEFENBACH  
TELEFON: +49 6484/9172-999  
[www.awb-lm.de](http://www.awb-lm.de)  
E-MAIL: [awb@awb-lm.de](mailto:awb@awb-lm.de)



---

### Gegenstand des Unternehmens

Die Abfallwirtschaft des Landkreises Limburg-Weilburg richtet sich nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Satzung und dem Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Limburg-Weilburg und wird als Eigenbetrieb geführt.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) stellt die geordnete Abfallbewirtschaftung im Kreisgebiet nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften sicher. Hierzu gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Erfassung, Verwertung und Entsorgung von gewerblichen und häuslichen Abfällen,
- b) die Errichtung, der Ausbau und Betrieb von Deponien, Abfallbehandlungs-, Bauschuttverwertungs- und Kompostierungsanlagen,
- c) die planerische und technische Konzeption der Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Verfahren der Abfalltechnik),
- d) die Abfallberatung,
- e) die Erbringung der für die vorgenannten Aufgabenbereiche erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

### Organe des Unternehmens

#### Organe

#### Betriebskommission

Vorsitzender Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter

#### Kreisbeigeordnete

Ruprecht Keller  
Doris Reifenberg

#### Kreistagsabgeordnete

Rüdiger Brühl  
Reinhold Ketter  
Dr. Ralf Bletz  
Armin Müller  
Jürgen Dumeier  
Oliver Jung

### **Sachkundige Bürger**

Kai Müller  
Horst Kaiser  
Karl-Heinz Groh

### **Betriebsleitung**

Bernd Caliarì

### **Bezüge**

In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Die Sitzungsgelder der Betriebskommission betragen im Geschäftsjahr 2.228,80 Euro.

### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg
Gründungsdatum:	15.12.1995
Sitz:	Beselich
Betriebssatzung:	beschlossen vom Kreistag am 15. Juni 2001
Stammkapital:	971.454,58 Euro
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg
Anteil in %:	100

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Anlagevermögen</b>	<b>11.823.525,64</b>	<b>12.091.026,58</b>	<b>12.073.046,21</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.746,00	22.604,00	17.131,00
Vorräte	14.208,00	14.208,00	14.208,00
Forderungen	8.526.780,87	8.198.890,51	8.558.817,58
Wertpapiere	0,00	8.500.000,00	19.000.000,00
Kassenbestand	2.239.965,46	4.046.979,87	827.672,26
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>11.470,92</b>	<b>7.235,01</b>	<b>6.878,13</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>54.633.696,89</b>	<b>53.380.943,97</b>	<b>49.067.753,18</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Stammkapital	971.454,58	971.454,58	971.454,58
Zweckgebundene Rückcklagen	3.755.891,59	2.618.818,44	1.824.217,24
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-541.505,22	1.137.073,15	794.101,20
Sonderposten mit Rücklageanteil	96.035,93	105.542,92	117.269,91
<b>Rückstellungen</b>	<b>43.599.132,73</b>	<b>41.832.546,68</b>	<b>38.029.087,35</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>6.752.687,28</b>	<b>6.712.828,61</b>	<b>7.029.383,94</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>2.679,59</b>	<b>1.738,86</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>54.633.696,89</b>	<b>53.380.943,97</b>	<b>49.067.753,18</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Umsatzerlöse	19.441.092,19	20.853.113,67	20.601.024,06
+ sonstige betriebliche Erträge	113.284,72	464.581,53	160.775,63
- Materialaufwand	12.643.762,41	12.596.785,80	12.598.808,28
- Personalaufwand	1.239.853,70	1.206.963,69	1.256.730,63
- Abschreibungen	928.415,21	877.525,67	811.726,18
- sonstige betriebliche Aufwendungen	6.420.948,15	6.586.421,26	6.593.314,47
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	424.690,61	793.133,08	1.622.852,08
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	277.563,95	228.047,61	321.222,49
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Steuern	7.163,44	8.125,44	8.748,52
<b>Jahresgewinn/-fehlbetrag</b>	<b>-541.505,22</b>	<b>1.137.073,15</b>	<b>794.101,20</b>

## Lagebericht

### Allgemeines

Gemäß Beschluss des Kreistages vom 15. Dezember 1995 wurden die dem Landkreis obliegenden abfallwirtschaftlichen Aufgaben auf den mit Wirkung zum 1. Januar 1996 geschaffenen Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg übertragen.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb wird finanzwirtschaftlich als Sondervermögen des Landkreises geführt.

## Einrichtungen

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) betreibt zur Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen die Kreisabfalldeponie Beselich. Seit dem Inkrafttreten der Anlagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden.

Mit dem Verbot der Ablagerung für nicht behandelte Abfälle musste auch eine Möglichkeit zur Annahme und Umladung solcher Abfälle geschaffen werden, die von Bürgern, Gewerbetreibenden und Kommunen des Landkreises angeliefert werden. Hierzu wurde der bestehende Wertstoffhof erweitert und mehrere Anlieferungsboxen errichtet. In diese Boxen werden die Abfälle der einzelnen Kunden getrennt nach ihrer Art abgeladen. Anschließend wird der Abfall in größere Transporteinheiten verladen und zu den Verwertungs- und Behandlungsanlagen gefahren. Auf dem Wertstoffhof können haushaltsübliche Mengen an Bauschutt, Metall, Glas, Papier und Pappe, Verpackungen in gelben Wertstoffsäcken, Altholz, Altreifen, Korken, Batterien, Autobatterien, CDs, DVDs, Druckerpatronen, PU-Schaumdosen, Schuhe, Textilien, Bitumenabfälle, Solarmodule sowie Kleinmengen an Mineralfaserabfällen angeliefert werden.

Auf dem erweiterten Gelände des Wertstoffhofes befindet sich auch die Annahme- und Übergabestelle für Elektroaltgeräte, die seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes vorgehalten werden muss. Hier können Elektroaltgeräte, Leuchtstoffröhren, Nachtspeicheröfen und Energiesparlampen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden. Die Reinigung des Deponiesickerwassers wird seit dem Jahr 2008 vollständig in Eigenregie des AWB durchgeführt. Im Herbst 2007 wurde die Sickerwasserreinigungsanlage ertüchtigt, in der das Sickerwasser zusätzlich mittels Aktivkohle gereinigt wird.

Auch die Entgasung der Deponie wird in Eigenregie des AWB durchgeführt.

Die Verwertung des Deponiegases wird in Form eines Betreibermodells durchgeführt. Derzeitiger Vertragspartner des AWB ist die Pro2 Anlagentechnik GmbH.

Für die Verarbeitung von Bioabfällen betreibt die Herhof-Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG im Auftrag des Abfallwirtschaftsbetriebes die betriebseigene Kompostierungsanlage in Weinbach-Gräveneck sowie im Rahmen eines Betreibermodells das Kompostwerk in Beselich-Obertiefenbach.

Die Sammlungen von Hausmüll, Geschäftsmüll, Sperrmüll, Bioabfall, Altpapier und Elektrokleingeräten werden von einer Bietergemeinschaft durchgeführt. Diese besteht aus den Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung und SITA Kommunal Service West GmbH.

Die Verwertung des gesammelten Altpapiers wurde im Jahr 2012 vom Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung durchgeführt. Im Jahr 2013 verwertet die ALBA West GmbH das eingesammelte Altpapier.

Die Sonderabfall-Kleinmengen werden durch die B-F Sonderabfall GmbH & Co. KG eingesammelt.

Die Einsammlung von Elektrogroßgeräten führt das Projekt Job & Work der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. durch. Für die Verwertung der Elektrogeräte ist seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zum 23. März 2006 die Stiftung Elektro-Altgeräte-Recycling (EAR) zuständig. Im Jahr 2012 wurde die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte, der Informations- und Telekommunikationsgeräte sowie der Haushaltskleingeräte im Zuge der Eigenvermarktung von der Abholung durch EAR ausgenommen. Diese Geräte werden im Rahmen der Eigenverwertung von der Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungsgesellschaft und der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung zerlegt.

## **Benutzungsgebühren**

Im Geschäftsjahr 2012 wurden die Gebühren für die im Holsystem (Haushalte, Kleingewerbe etc.) eingesammelten und im Bringsystem (Selbstanlieferer) angelieferten Abfälle nach der „Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg“ vom 9. Dezember 2011 erhoben.

Seit dem 01. Juli 2006 erfolgt die Erhebung der Gebühren gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 ausschließlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Gesamtgebühreneinnahme betrug 17.344 TEUR. Hiervon entfielen 16.471 TEUR auf die Gebühren für Haus- und Geschäftsmüll, 781 TEUR auf direkt der Deponie angediente Abfälle und 92 TEUR auf direkt den beiden Kompostierungsanlagen angediente Abfälle. Die Gebühreneinnahme lag damit um 966 TEUR unter der Einnahme des Jahres 2011 (inkl. 19 TEUR Einnahmen aus dem Verkauf von Abfallsäcken) in Höhe von 18.310 TEUR.

## **Abfallmengen**

Im Jahr 2012 wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb 56.414 Mg Abfall überlassen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine minimale Abnahme von 79 Mg. Von der Gesamtmenge des Jahres 2012 entfielen 50.455 Mg auf Hausmüll und gewerbliche Restabfälle und 5.959 Mg auf Sperrmüll. Vom Hausmüll und den gewerblichen Restabfällen wurden 38.779 Mg in der mechanisch-biologischen Stabilatanlage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG behandelt, 11.660 Mg auf der Kreisabfalldeponie Beselech deponiert und 16 Mg Siedlungsabfälle in der Müllverwertungsanlage Bonn thermisch behandelt. Der Sperrmüll wurde zunächst in etwa ein Dutzend Materialfraktionen sortiert. Danach konnten 240 Mg Abfall einer stofflichen Verwertung und 5.719 Mg einer energetischen Verwertung zugeführt werden.

Die Menge der im Jahr 2012 angenommenen Abfälle zur Verwertung betrug 174.487 Mg. Die Menge ist gegenüber dem Vorjahr um 113.196 Mg gestiegen. Diese Zunahme ist vor allem bei den inerten Verwertungsabfällen (plus 114.224 Mg) zu verzeichnen. Bei den anderen Wertstofffraktionen sind geringfügige Änderungen gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Im Jahr 2012 wurden 24.542 Mg Bioabfall (minus 544 Mg), 13.713 Mg Altpapier (minus 620 Mg), 3.620 Mg Altglas (plus 47 Mg), 3.915 Mg Verkaufsverpackungen (minus 35 Mg) und 1.569 Mg Haushaltsgeräte (plus 140 Mg) gesammelt und verwertet. Des Weiteren wurden 997 Mg sonstiger Wertstoffe (Altreifen, Schrott, Altholz, Kunststoff u. a.) erfasst und einer Verwertung zugeführt.



## **Personal**

Der Stellenplan 2012 des Abfallwirtschaftsbetriebes enthält 29 Stellen. Von diesen Stellen entfallen 6 Stellen auf die allgemeine Verwaltung (einschl. Betriebsleitung), 9 Stellen auf die Gebührenveranlagung, 3 Stellen auf Abfalltechnik, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie 11 Stellen auf den Bau und Betrieb von Abfallbehandlungsanlagen. Von den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen waren 2 Stellen im Jahr 2012 unbesetzt.

Die Vergütung des Personals erfolgt nach dem TVÖD. Für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen wurden im Berichtsjahr 11 TEUR verausgabt. Der Personalaufwand betrug in 2012 1.239 TEUR, davon 955 TEUR Gehälter, 284 TEUR Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Beiträge zur Zusatzversorgungskasse. Aufwandsmindernd wurde eine Auflösung der gebildeten Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 29 TEUR gebucht.

## **Stand der Bauvorhaben**

Im Jahr 2012 wurde mit dem Bau einer qualifizierten Abdeckung des Deponieabschnittes B 3 und der Errichtung des Entgasungssystems im Deponieabschnitt B 3 begonnen. Durch diese Baumaßnahme, die im Rahmen der Deponienachsorge durchgeführt und finanziert wird, soll die gesetzlich vorgeschriebene Entgasung dieses Deponieabschnitts umgesetzt werden.

Während der Bauausführung wurde in Absprache mit der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde festgelegt, dass die herzustellende Abdeckung mit einer entsprechenden Qualitätssicherung ausgeführt wird. Durch die Einhaltung dieser Qualitätskriterien soll erreicht werden, dass sowohl die in Kürze zu erwartenden erhöhten Anforderungen an temporäre Abdeckungen eingehalten und die spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung ermöglicht werden. Eine unqualifiziert gebaute Abdeckung hätte beim späteren Bau der Abdichtung wieder entfernt werden müssen. Die Baumaßnahme soll im Oktober 2013 abgeschlossen sein.

Als nächste Deponiebau-Maßnahme ist ab dem Jahr 2014 der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 vorgesehen, damit dieser, als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt, seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit erhält. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Teilbereich ist somit als Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit als Bestandteil der Nachsorge zu werten.

Ab dem Jahr 2015 ist dann eine weitere Baumaßnahme zur Herstellung einer Oberflächenabdeckung der Deponieabschnitte B 1 bis B 2 vorgesehen. Diese Abdeckung soll ebenfalls in einer qualitätsgesicherten Bauweise ausgeführt werden, die eine spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung gewährleistet. Bei dieser Baumaßnahme fällt bei der Profilierung einzelner Böschungsbereiche ein abfallhaltiger Materialüberschuss an. Damit dieser innerhalb der

Kreisabfalldeponie sicher umgelagert werden kann, ist zuvor der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 notwendig.

Auf dem sanierten Dach der Albert-Schweitzer Schule in Limburg wurde eine Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) mit einer Leistung von etwa 40 kWp installiert. Sofern zukünftig nach erfolgter Sanierung weitere geeignete Schulgebäude zur Verfügung stehen, ist unter der Voraussetzung eines wirtschaftlichen Betriebes die Errichtung weiterer PV-Anlagen vorgesehen.

## **Vermögenslage**

Das Stammkapital des Abfallwirtschaftsbetriebes beläuft sich auf 971.454,58 Euro. Die Gebührenaussgleichsrücklage aus den Vorjahren beläuft sich auf 3.755.891,59 Euro. Insofern ergibt sich per 31. Dezember 2012 unter Berücksichtigung des Verlustes aus dem Wirtschaftsjahr 2012 von 534.124,85 Euro ein positiver Kapitalbetrag in Höhe von 4.193.221,32 Euro. Die in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 passivierten zweckgebundenen Rücklagen aus erhaltenen Zuschüssen betragen 96.035,93 Euro.

Der Bestand an Wertpapieren des Umlaufvermögens und sonstigen liquiden Mitteln beträgt 2.239.965,46 Euro (Vorjahr: 12.546.979,87 Euro). Der Bestand an Wertpapieren des Anlagevermögens hat sich von 20.500.000 Euro auf 32.000.000 Euro erhöht. Daneben haben sich die Verbindlichkeiten an Kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr um 250.952,25 Euro auf 5.172.814,01 Euro vermindert. Insgesamt ergibt sich somit eine Verbesserung der Finanzlage in Höhe von ca. 1,4 Mio. Euro.

Die Summe der Rückstellungen beläuft sich auf 43.599.132,73 Euro. Hiervon entfallen auf die Rückstellung für die Nachsorge und Rekultivierung der Deponie 43.258.647,06 Euro. Für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, für Urlaubsrückstellungen, Überstunden, Altersteilzeit, Archivierungskosten und Sonstige wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 169.631 Euro gebildet.

Für Rückzahlungen, die noch entsprechend dem im Gebührenstreitverfahren erzielten gerichtlichen Vergleich zu leisten sein können, wurden 18.553 Euro zurückgestellt. Für den Rückbau der Kompostierungsanlage Gräveneck nach Aufgabe einer dauerhaften Nutzung wurde eine Rückstellung in Höhe von 152.301 Euro gebildet.

An den Landkreis Limburg-Weilburg besteht zum 31. Dezember 2012 eine Forderung in Höhe von 7.220.000 Euro. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen kurzfristigen Verpflichtungen bestehen in Höhe von 1.572.000 Euro.

## **Ertragslage**

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 1.412 TEUR auf 19.441 TEUR gesunken. Durch eine Gebührensenkung bei den Haushaltsgebühren sind die Erlöse bei dieser Einnahmeposition um 962 TEUR auf 16.451 TEUR gesunken. Die Gesamterträge einschließlich der Zinsen beliefen sich 2012 auf 20.976 TEUR und lagen damit 296 TEUR unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes. Der Planansatz der Umsatzerlöse wurde mit 19.711 TEUR um 336 TEUR unterschritten. Ursache hierfür ist

insbesondere der geringere Erlös bei der Altpapierverwertung. Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 179 TEUR über dem Planansatz von 176 TEUR. Die Zinserträge lagen mit 1.422 TEUR um 38 TEUR über dem Planansatz von 1.384 TEUR. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen liegt mit 21.510 TEUR ca. 540 TEUR unter dem Planansatz von 22.050 TEUR.

Die Abschreibungen wurden 2012 nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter bzw. auf den voraussichtlichen Schließungstermin der Deponie im Jahre 2020 ermittelt. Der Jahresverlust beläuft sich auf 534 TEUR. Er liegt damit um 244 TEUR über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes mit einem Verlust von 778 TEUR.

## **Ausblick und Risikoabschätzung**

### Gebühren

Die Erhebung der Gebühren erfolgt im Jahr 2013 auf Grundlage der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung) vom 14. Dezember 2012. Diese Gebühren wurden analog zu den durch das Büro Schüllermann und Partner für das Jahr 2007 kalkulierten Gebührensätzen errechnet. Dabei wurden die Vorgaben aus dem Beschluss des VGH vom 8. September 2005 berücksichtigt. Für das Jahr 2013 ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen bei der Personen- und Volumengebühr.

Im Rahmen des vom Landkreis aufgestellten Doppelhaushalts hat auch der AWB eine Planung für zwei Jahre aufgestellt. Danach sind für das Wirtschaftsjahr 2013 Gesamterträge in Höhe von 21.356 TEUR geplant, denen Aufwendungen von insgesamt 22.337 TEUR gegenüberstehen. Somit wird ein Verlust von 982 T€ erwartet. Für das Jahr 2013 sind Investitionen von insgesamt 1.734 TEUR geplant. Hiervon entfallen 500 TEUR auf den Bau von Photovoltaikanlagen, 620 TEUR auf Gebäude und 614 TEUR auf die Betriebsausstattung.

Zur Finanzierung der Investitionen ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit bzw. aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand.

Bei den Erlös- und Aufwandspositionen des Wirtschaftsplans sind aufgrund bestehender Vertragsregelungen sowie stabiler Einwohnerzahlen und Abfallmengen keine signifikanten Abweichungen zu den Planansätzen zu erwarten. Die Wertstoff Erlöse können dagegen je nach Marktentwicklung stärkeren Schwankungen unterliegen. Die Erlöse für Altpapier sind in den ersten vier Monaten des Jahres 2013 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2012 nochmals leicht gesunken. Sie liegen damit um ca. 129 TEUR unter dem anteiligen Planansatz.

Zum 31. Dezember 2012 weist die Gebührenaussgleichsrücklage einen Betrag in Höhe von 3.756 TEUR aus. Das Wirtschaftsjahr 2012 konnte mit einem Jahresverlust in Höhe von 534 TEUR an Stelle des geplanten Verlustes in Höhe von 778 TEUR abgeschlossen werden. Unter der Voraussetzung, dass der für das Wirtschaftsjahr 2013 geplante Verlust in Höhe von 982 TEUR sowie der im Finanzplan für das Jahr

2014 ausgewiesene Verlust in der Größenordnung von 1.291 TEUR nicht überschritten werden, können diese Verluste durch die Inanspruchnahme der Gebührenaussgleichsrücklage abgedeckt werden.

Ob im Jahr 2014 eine Anpassung der Abfallgebühren vorgenommen werden muss, wird die im jährlichen Turnus erfolgende Überprüfung der Kalkulation zeigen. Entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 8. Dezember 2006 ist das Ergebnis dieser Überprüfung dem Kreistag bis zum 1. Oktober des Jahres vorzulegen.

#### Deponienachsorge

Entsprechend einer ingenieurtechnischen Berechnung aus dem Jahr 2010 durch die Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH, 59320 Ennigerloh ist zum Stichtag 31. Dezember 2020 für einen anschließenden hundertjährigen Nachsorgezeitraum im Hinblick auf Gebührenrecht ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 69.954 TEUR erforderlich. Bereits vor dem 31. Dezember 2020 sind in den bereits verfüllten Deponieabschnitten A und B Teile der Oberfläche abzudichten oder abzudecken und Einrichtungen des Entgasungssystems zu errichten. Für diese Maßnahmen entstehen vor dem 31. Dezember 2020 zusätzliche Kosten in Höhe von 8.008 TEUR, die ebenfalls aus der Nachsorgerückstellung gedeckt werden müssen. Somit muss ein Gesamtbetrag in Höhe von 77.962 TEUR für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31. Dezember 2020 erwirtschaftet werden.

Für Baumaßnahmen zur Oberflächenabdeckung und Errichtung des Gasfassungssystems wurde im Jahr 2012 ein Betrag in Höhe von 2.278 TEUR der Nachsorgerückstellung entnommen. Somit muss für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31. Dezember 2020 noch ein Gesamtbetrag von 75.684 TEUR erwirtschaftet werden. Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Deponienachsorge auf einen Betrag von 43.258 TEUR. Somit besteht eine Differenz zu dem betriebswirtschaftlich notwendigen Gesamtbetrag von 75.684 TEUR in Höhe von 32.426 TEUR. Dieser Betrag soll in den Jahren 2013 bis 2020 durch eine jährliche Zuführung von 4.053,2 TEUR erwirtschaftet werden. Die bereits für die Rückstellung der Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtung für die Kreisabfalldeponie erwirtschafteten und dem AWB zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind zu etwa 90 Prozent als festverzinsliche Anlagen bei Banken, die dem Einlagensicherungsfond des Bundesverbandes deutscher Banken angehören, angelegt worden.

Die übrigen 10 Prozent der verfügbaren Mittel wurden in PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden investiert. Nach Abschluss der laufenden Baumaßnahme zur Oberflächenabdeckung des Deponieabschnittes B3 im Herbst 2013 ist eine weitere ingenieurtechnische Berechnung zur Überprüfung des erforderlichen Rückstellungsbetrages auf aktualisierter Basis vorgesehen.

#### Entwicklung der Rahmenbedingungen bei der Restabfallbehandlung

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen (Ablagerungsverordnung) in Verbindung mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) dürfen ab dem 01. Juni 2005 keine unvorbehandelten Abfälle mehr deponiert werden. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren erhielt die Herhof-Umwelttechnik GmbH im Jahr 2003 den Zuschlag zur Restabfallvorbehandlung zu einem Netto-Behandlungspreis von 88,84 Euro je Tonne Abfall. Die Herhof Umwelttechnik GmbH

wiederum hat im Einvernehmen mit dem Landkreis den Entsorgungsvertrag auf die Betreibergesellschaft der MBS-Anlage in Rennerod, der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG übertragen. Gesellschafter der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG sind:

- das irische Unternehmen Treasury Holding Germany mit 48 %,
- die Emil Mann GmbH & Co. KG mit 26 %
- und der Westerwaldkreis mit 26 %

der Geschäftsanteile. Das Unternehmen Emil Mann GmbH & Co. KG wurde zum Ende des Jahres 2006 von der UBG Beteiligungs-GmbH, Buseck übernommen.

Die ab dem 01. Juni 2005 auf dem Entsorgungsmarkt eingetretene Verknappung der Verarbeitungskapazitäten in Verbindung mit steigenden Verarbeitungspreisen für Restabfall hat sich auch auf den Betrieb der MBS-Anlage im Jahr 2006 ausgewirkt. So konnten in der Anlage nicht sämtliche im Landkreis Limburg-Weilburg angefallenen Restabfälle behandelt werden. Der AWB musste deshalb im Jahr 2006 auf der Kreisabfalldeponie Beselich ein Notfallzwischenlager einrichten und bis in das Jahr 2007 hinein Teilmengen von Restabfall zwischenlagern.

Darüber hinaus musste die MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG auch große Teile des erzeugten Outputs zwischenlagern, da die am Markt vorhandenen Verwertungskapazitäten nicht ausreichten und stetig höhere Zuzahlungen für den erzeugten Ersatzbrennstoff verlangt wurden. Die nicht absetzbare Restmenge musste deshalb in Ballen verpackt und auf speziell hierfür errichteten Lagerflächen zwischengelagert werden.

Um die aus den vorgenannten Gründen drohende Insolvenz der Gesellschaft zu vermeiden, haben die anliefernden Landkreise Ahrweiler, Limburg-Weilburg, Werra-Meißner und Westerwald mit Wirkung zum 1. September 2005 einer dauerhaften Erhöhung des Verarbeitungsentgelts auf netto 114 Euro je Tonne Abfall zugestimmt.

Aufgrund der erfolgten wirtschaftlichen Konsolidierung der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG konnte die Gesellschaft in einem ersten Schritt die Verarbeitungsentgelte zum 1. Januar 2013 auf netto 110 Euro je Tonne senken. In einem zweiten Schritt werden die Verarbeitungsentgelte ab dem 1. April 2015 auf netto 86 Euro je Tonne vermindert. Dieses Verarbeitungsentgelt unterliegt in den folgenden Jahren einer jährlichen Preissteigerung von zwei Prozent. Erstmals erhöht sich der Preis zum 1. April 2016.

Aufgrund der beschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaft in den ersten Vertragsjahren konnte diese die geforderte Vertragserfüllungsbürgschaft zum Vertragsbeginn nicht stellen. Aufgrund der eingetretenen Entspannung auf dem Entsorgungsmarkt für Restabfälle, der durch eine Überkapazität von Entsorgungsanlagen und günstigen Verarbeitungspreisen gekennzeichnet ist und der langfristig gesicherten Verwertung des erzeugten Ersatzbrennstoffs (Trockenstabilat) wurde bislang auf die Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaft verzichtet.

Mit der Gesellschaft wurden Änderungsverträge dahingehend abgeschlossen, dass der Landkreis bei entsprechender Entwicklung des Entsorgungsmarktes jährlich bis zum 30. Juni diese Bürgschaft anfordern kann. Sofern die Bürgschaft nicht angefor-

dert wird, erhält der AWB von der Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich in Höhe der Kosten, die der Gesellschaft für Gestellung der Bürgschaft entstehen.

### Restabfallbehandlung

Bei der mechanisch-biologische Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separiert und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert.

### Wertstofffassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt die getrennte Erfassung von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen ab dem 1. Januar 2015 vor. Als Erfassungssystem für die Metall- und Kunststoffabfälle ist eine so genannte Wertstofftonne im Gespräch. Aufgrund des bei der Behandlung des Restabfalls eingesetzten mechanisch-biologischen Verfahrens mit einem hohen Verwertungsanteil sieht der AWB bei Einführung einer Wertstofftonne die Gefahr, dass diese gut funktionierende Restabfallverwertung beeinträchtigt wird.

Diese Ansicht wird von weiteren Gebietskörperschaften mit mechanisch-biologischer Abfallbehandlung vertreten. Federführend ist dabei der Landkreis Kassel, der hierzu ein Modellprojekt „graue Wertstofftonne“ gestartet hat. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg hat in seiner Sitzung vom 26. April 2013 zu diesem Thema beschlossen, dass sich der AWB am Modellprojekt „graue Wertstofftonne“ des Landkreises Kassel beteiligen soll.

### Bioabfallbehandlung

Kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle werden seit Mitte der Neunziger Jahre getrennt erfasst und in zwei Kompostierungsanlagen zu qualitätsgesichertem Kompost verarbeitet. Die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur getrennten Sammlung und Verwertung von Bioabfällen zum 1. Januar 2015 sind erfüllt. Derzeit werden Möglichkeiten geprüft, durch das Vorschalten einer Vergärungsstufe vor die Kompostierung, den Energiegehalt der Bioabfälle nutzbar zu machen.

### Kreisabfalldeponie

Die Kreisabfalldeponie Beselich erfüllt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, so dass der Weiterbetrieb über das Jahr 2005 grundsätzlich zulässig ist. Da ab dem 1. Juni 2005 nur noch inerte bzw. durch eine Vorbehandlung weitestgehend inertisierte Abfälle abgelagert werden dürfen, ist die abgelagerte Abfallmenge seitdem deutlich zurückgegangen. Eine Akquisition zusätzlicher deponiefähiger Abfälle auf Grundlage der für die Ablagerung in der Abfall- und Gebührensatzung ausgewiesenen Gebühr ist praktisch ausgeschlossen, da der Marktpreis dieser Abfälle deutlich unter der errechneten Entsorgungsgebühr in Höhe von 190 Euro je Tonne liegt.

Bis auf eine Restfläche von etwa 0,95 ha ist der Deponieabschnitt B3 mit einer kombinierten Basisabdichtung ausgebaut. Diese Restfläche soll ab dem Jahr 2014 ebenfalls mit einer kombinierten Basisabdichtung versehen werden. Damit erhält dieser

als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Abschnitt ist eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit ein Bestandteil der Nachsorge.

Das anfallende Deponiesickerwasser wird in der im Jahr 2008 modernisierten zwei-stufigen Sickerwasserreinigungsanlage behandelt. Das anschließend an den Abwas-serververband Christianshütte abgegebene behandelte Sickerwasser hält die vorgege-benen Grenzwerte sicher ein.

Das in den Deponiekörpern entstehende Deponiegas wird über ein Erfassungssys-tem gesammelt und in einem Gasmotor zur Stromerzeugung genutzt. Zur Sicherstel-lung, dass bei Ausfall des Gasmotors kein Deponiegas in die Atmosphäre entweicht, kann Deponiegas auch über eine Hochtemperaturfackel verbrannt werden.

#### Gebäude und Einrichtung

Die von der Abfallwirtschaft genutzten Gebäude und Einrichtungen sind teilweise mehr als 20 Jahre alt und entsprechen nicht mehr vollständig den aktuellen Anforde-rungen. Aus diesem Grund musste bereits in diesem Frühjahr die gesamte Hauptver-teilung des elektrischen Stroms erneuert werden. Für die Unterbringung der Server wurde ein, den modernen Anforderungen an Datenschutz, Funktionssicherheit und Brandschutz entsprechender, Serverschrank angeschafft.

Zur Verbesserung der Situation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Außen-bereich, die derzeit keinen schwarz-weiß-Bereich zur Verfügung haben, sollen die im Jahr 2012 erworbenen Büros der ehemaligen Sortieranlage genutzt werden. Die zu-gehörigen Hallen werden für den Abfallumschlag, zur Fahrzeugunterbringung, Lage-rung und als Werkstatt genutzt. Hierdurch wurde das bisher als Garage, Lagerraum und Werkstatt genutzte ehemalige Kraftwerksgebäude frei und konnte der Kreisver-waltung, die für die Kreisgärtner neue Räumlichkeiten benötigt, zur Verfügung ge-stellt werden.

Für die Bereiche Verwaltung, Gebührenveranlagung und Waage wird ein Raumkon-zept erarbeitet. Dieses Konzept soll mittelfristig den Raumbedarf für die Mitarbeite-rinnen und Mitarbeiter dieser Abteilungen ermitteln und mögliche Varianten der Um-setzung und der zu erwartenden Kosten gegenüberstellen.

#### Standortgemeinde Beselich

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2009 hat der Landkreis gegenüber der Gemeinde Beselich eine Absenkung der im Vertrag über die Nutzung der Kreisabfalldeponie festgesetzten Pacht- und Ausgleichszahlungen gefordert.

Mit Schreiben vom 4. Mai 2010 hat die Gemeinde Beselich eine Absenkung der Pacht- und Ausgleichszahlungen abgelehnt. In seiner Sitzung am 27. April 2012 hat der Kreistag die Einleitung des vertraglich vorgesehenen Schiedsverfahren be-schlossen. Als möglicher Schlichter ist im Schiedsvertrag der Landgerichtspräsident des Landgerichts Limburg vorgesehen. Der Landgerichtspräsident hat sich bereit erklärt, das Schiedsverfahren durchzuführen. Ein entsprechender Schriftsatz des Landkreises wurde dem Landgerichtspräsident im Mai 2013 zugeleitet.

Im Bebauungsplan der Gemeinde Beselich für den Ausbau der Bundesstraße 49 wurden auch betriebseigene Flächen des AWB im Nahbereich der Deponie als abfallwirtschaftliche Sondernutzungsflächen ausgewiesen. Diesbezüglich steht der Bebauungsplan unter dem Vorbehalt, dass mit der Standortgemeinde ein städtebaulicher Vertrag hinsichtlich der Erschließung dieser Grundstücke abgeschlossen wird. Der Entwurf eines solchen Vertrages liegt der Gemeinde seitdem Jahr 2011 vor.

Beselich, den 14. Juni 2013  
Caliari, Betriebsleiter

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Treumata GmbH:

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt:

Die Rückstellung für die Rekultivierung- und Nachsorgeverpflichtung ist gemäß § 253 Abs. 1 und 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung von Abzinsungen anzusetzen. Der Rückstellungsbedarf zum Bilanzstichtag wurde in einem Gutachten vom Mai 2013 der IWA Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH mit 109.969 TEUR ermittelt. Zum 31. Dezember 2012 hat der Eigenbetrieb eine Rückstellung in Höhe von 43.258 TEUR gebildet. Die Rückstellung für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung ist daher zum Bilanzstichtag um 66.711 TEUR unter dem Betrag angesetzt, der nach dem vorliegenden Gutachten notwendig ist.

Mit dieser Einschätzung entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg. Mit der genannten Einschränkung steht der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.





## 2.3 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

AM STEINBÜHL 2  
35781 WEILBURG  
06471/313-0

[WWW.KRANKENHAUS-WEILBURG.DE](http://WWW.KRANKENHAUS-WEILBURG.DE)

[INFO@KRANKENHAUS-WEILBURG.DE](mailto:INFO@KRANKENHAUS-WEILBURG.DE)



---

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Weilburg gGmbH und der Betrieb des Seniorenzentrums Fellersborn in Löhnberg.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch bedarfs- und leistungsgerechte sowie wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Krankenhausleistungen. Darüber hinaus ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren sozialen und kulturellen Betreuung sowie das Angebot von Wohngelegenheiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

### Organe des Unternehmens

#### Organe

#### Geschäftsführung

#### Aufsichtsrat

#### Gesellschafterversammlung

**Geschäftsführung:** Herr Peter Schermuly (Geschäftsführer)  
Herr Stefan Eckert

**Krankenhausleitung:** Herr Dr. med. Volker Thorn, Ärztl. Direktor  
Herr Willi Wagner, Verwaltungsdirektor  
Herr Stefan Eckert, Pflegedienstleiter

**Aufsichtsrat:** Landrat Manfred Michel (Vorsitzender)  
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter (stv. Vorsitzender)  
Dr. Hans-Christoph Noack, Arzt  
Dr. Dietrich Weiß, Arzt  
Robert Becker, Bürgermeister a. D.  
Dr. Frank Schmidt, Historiker / Bürgermeister  
Joachim Veyhelmann, Beamter  
Günter Henche, Betriebsrat

Renate Michel, Betriebsrat  
Peter Hoffmann, Betriebsrat

**Gesellschafterver-  
sammlung:**

Landrat Manfred Michel (Vorsitzender)  
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter  
(stv. Vorsitzender)  
Dr. Ralf Bletz, Rechtsanwalt  
Hans-Jürgen Heil, Bürgermeister a. D.  
Harald Sprenger, Polizeibeamter i. R.  
Peter Rompf, Regierungsangestellter  
Christian Radkovsky, Student

**Bezüge**

Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Für die Teilnahme an den Aufsichtssitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 633,70 Euro erstattet.

Die Angaben der Vergütungen für die Geschäftsführung unterbleiben. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 wird Gebrauch gemacht.

**Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	Weilburg an der Lahn
Gesellschaftsvertrag:	10. Juli 2008
Gezeichnetes Kapital:	100.00,00 Euro
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg
Beteiligungen:	Klinikverbund Hessen GmbH 5.000 Euro 4,5 %  KSB Klinik-Service Betriebe GmbH 25.000 Euro 100 %  Seniorenzentrum Fellersborn 100%

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Anlagevermögen</b>	16.819.934,81	17.059.015,81	17.709.307,05
Immaterielle Vermögensgegenstände	198.335,00	231.809,00	167.532,00
Beteiligungen	35.000,00	35.000,00	35.000,00
Vorräte	468.248,63	439.653,41	530.975,77
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.403.722,97	4.771.277,44	2.488.080,72
Kassenbestand/Guthaben bei KI	4.994,43	427.737,57	3.093.483,57
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	7.738,61	37.949,65	71.324,84
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>22.937.974,45</b>	<b>23.002.442,88</b>	<b>24.095.703,95</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Kapitalrücklagen	2.426.917,25	2.450.587,25	2.474.257,25
Freie- / Gewinnrücklagen	65.666,00	65.666,00	25.366,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-10.265,82	381.607,97	18.797,15
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	925,76	-391.873,79	403.110,82
<b>Eigenkapital</b>	<b>2.583.243,19</b>	<b>2.605.987,43</b>	<b>3.021.531,22</b>
<b>Sonderposten aus Zuweisungen</b>	11.984.717,00	12.135.620,04	12.536.797,34
<b>Rückstellungen</b>	2.916.994,10	3.418.379,16	3.642.894,96
<b>Verbindlichkeiten</b>	5.101.082,63	4.438.255,72	4.438.017,90
<b>Ausgleichsposten aus Darlehensförderung</b>	351.937,53	404.200,53	456.462,53
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>22.937.974,45</b>	<b>23.002.442,88</b>	<b>24.095.703,95</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Umsatzerlöse	25.283.202,62	24.587.919,55	24.208.016,84
Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	13.034,59	-52.712,79	123.371,08
Sonstige betriebliche Erträge *	4.567.241,31	4.602.438,56	3.287.603,21
	<b>29.863.478,52</b>	<b>29.137.645,32</b>	<b>27.618.991,13</b>
- Personalaufwand	17.646.655,69	16.786.891,96	15.123.751,28
- Materialaufwand	7.842.033,80	7.566.243,05	7.426.192,47
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>4.374.789,03</b>	<b>4.784.510,31</b>	<b>5.069.047,38</b>
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.431.478,04	1.400.832,02	1.320.020,45
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.830.702,52	3.677.325,96	3.307.338,55
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>112.608,47</b>	<b>-293.647,67</b>	<b>441.688,38</b>
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.334,47	8.677,51	90.230,66
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	112.203,55	105.045,85	109.563,46
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>2.739,39</b>	<b>-390.016,01</b>	<b>422.355,58</b>
- Steuern	1.215,63	1.857,78	2.695,36
<b>Jahresfehlbetrag/-überschuss</b>	<b>925,76</b>	<b>-391.873,79</b>	<b>403.110,82</b>

Der Landkreis Limburg-Weilburg hat für das Geschäftsjahr 2012 einen Verlustausgleich in Höhe von 1.413.000,00 Euro gezahlt.

Für das Jahr 2013 wird ein Verlust in Höhe von 596 TEUR erwartet.

\* In der Position „sonstige betriebliche Erträge“ ist die Verlustausgleichszahlung in Höhe von 1.413.000,00 € des Landkreises verbucht.

## I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

### Entwicklung von Krankenhäusern im Gesundheitswesen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser werden grundsätzlich maßgeblich durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bestimmt. Die Europäische Schuldenkrise machte deutlich, dass auch in Deutschland weitere Anstrengungen zur Reduktion von staatlichen Aufgaben notwendig sind. Dies wiederum führte zu einem Fortbestand des wirtschaftlichen Drucks im Gesundheitswesen, obwohl die gesetzlichen Krankenkassen in 2012 einen Überschuss in Milliardenhöhe verzeichnen konnten. Der wirtschaftliche Druck, der auf den Krankenhäusern lastet, wurde durch den steigenden Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern, dem ansteigenden Fachkräftemangel und durch den demographischen Wandel weiter erhöht. Hinzu kommen noch die Unterfinanzierungen der Vorjahre aufgrund erheblicher Tarifsteigerungen. Auch die Mehrleistungsabschläge bei zusätzlich erbrachten Leistungen führen zu Mehrbelastungen. Dies spiegelt sich auch in der Zunahme des Anteils der Krankenhäuser wieder, die defizitär sind.

### Eckdaten der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist mit 181 Betten im Krankenhausplan des Landes Hessen als Haus der Grund- und Regelversorgung ausgewiesen.

Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 46 Ausbildungsplätzen angegliedert.

Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege.

### Pflegesatzverfahren

Am 16. August 2012 wurde mit den Kostenträgern eine Vereinbarung für das Jahr 2012 verhandelt und in einem Ergebnisprotokoll festgehalten, die Entgeltvereinbarung wurde von den Vertragsparteien unterschrieben. Die Genehmigung durch das Landesversorgungsamt Hessen ist beantragt.

Das Krankenhaus und die Kostenträger vereinbarten für das Geschäftsjahr folgende Werte:

	<i>Vereinbart 2012</i>	<i>Ist-Ergebnis 2012</i>	<i>Ist-Ergebnis 2011</i>
Fallzahl DRG	6.673	6.709	6.388
Summe der effektiven Bewertungsrelation	6.970,00	7.032,187	6.762,889
CMI	1,0445	1,0482	1,0587

## II. Umsatzentwicklung

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Entwicklung der Belegungszahlen und Nutzungsgrade der letzten Jahre zeigt folgendes Bild:

	2012	2011	2010
Behandelte Patienten (stationär)	6.455,5	6.050,5	6.262,5
Belegungstage	48.872	46.814	48.078
Durchschnittl. Verweildauer(Tage) (ohne Verlegung innerh. des Hauses)	7,57	7,74	7,68
Nutzungsgrad (%)	73,77	70,86	72,77
Planbetten	181	181	181
Durchschnittlich belegte Betten	133,53	128,26	131,72

### Seniorenzentrum Fellersborn (01.01.-31.12.2012)

durchschnittlich 46390 Bewohner                      17.165 Pfl egetage

## III. Investitionen

Es wurden Investitionen in Höhe von 1.214 TEUR getätigt, davon entfallen auf die Erweiterung/Ausbau der Parkplätze 100 TEUR, dem Umbau Unter-/Rohrgeschoss 650 TEUR und für Mietereinbauten Seniorenzentrum Fellersborn 45 TEUR. Des Weiteren wurden 249 TEUR für medizinische Ausstattung und 170 TEUR für Investitionen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich aufgewendet.

## IV. Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche personelle Besetzung stellt sich wie folgt dar:

Vollkräfte:

	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Teilbereich Krankenhaus	268,6	257,51
Teilbereich Seniorenzentrum	18,81	17,50
<b>Gesamt</b>	<b>287,41</b>	<b>257,01</b>

## V. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Umbaumaßnahmen wurden im Dezember 2012 abgeschlossen.

In 2012 wurde ein 16-Zeiler CT - Computertomograph angeschafft. Weiterhin wurden zusätzliche Parkplätze geschaffen.

Auf Beschluss des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung vom 7. November 2012 wurde die Fachabteilung Geburtshilfe zum 31. Dezember 2012 geschlossen.

## **B. Darstellung der Lage**

### **I. Vermögenslage und Finanzlage**

Das Anlagevermögen ist in Höhe von 97,5 % (2011: 97,5%) durch lang- und mittelfristiges Vermögen bestehend aus Eigenkapital, Sonderposten und Darlehen gedeckt.

Die Vorräte beinhalten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 149,4 TEUR (Vorjahr 133,9 TEUR) sowie DRG-Überlieger 318,8 TEUR (Vorjahr 305,8 TEUR).

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht verminderten sich um 1.541,3 TEUR auf 456,1 TEUR. Diese beinhalten die Restforderung Umbau/Brandschutz Erdgeschoss bis 2. Obergeschoss 121,0 TEUR, die Forderung Umbau/Brandschutz Unter- und Rohrgeschoss 168,0 TEUR, die Restforderung an den Ausbildungsfond gemäß § 17a KHG für das Jahr 2012 TEUR 79,1 sowie Forderungen nach dem KHEntgG 88,0 TEUR. Der Bestand der flüssigen Mittel verringert sich um 422,7 TEUR.

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres und durch den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung um TEUR 22,7 verringert, die Eigenkapitalquote beträgt 11,26 %. Die Verbindlichkeiten enthalten 2.057,2 TEUR langfristige Darlehen und Verbindlichkeiten nach Krankenhausfinanzierungsrecht 416,1 TEUR.

### **II. Aufwands- und Ertragslage**

Das laufende Betriebsergebnis beträgt -173 TEUR (Vorjahr -1.131 TEUR).

Das neutrale Ergebnis beträgt 174 TEUR (Vorjahr 739 TEUR).

Die Personalkostenquote beträgt 69,8% sowie die Materialaufwandquote 31,0 % des Umsatzes.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 0,9 TEUR setzt sich zusammen aus dem Jahresfehlbetrag des Krankenhauses von 17,7 TEUR und dem Jahresüberschuss von 18,6 TEUR des Seniorenzentrums Fellersborn.

## **C. Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung**

Die durch den Bundesgesetzgeber vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten weiterhin die entsprechende Situation der Krankenhäuser in Deutschland. Das DRG-System hat sich nun fest etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Es ist ein zunehmender Wettbewerb in den letzten Jahren ebenso zu beobachten wie eine weitere massive Verweildauerverkürzung. Gleichzeitig findet man neben einem rasanten technologischen Fortschritt eine deutliche Zunahme Pflegebedürftiger und multimorbider Patienten. Der Krankenhaussektor wird daher weiterhin durch wirtschaftliche Zwänge gekennzeichnet sein, die für

jedes Krankenhaus Effizienzsteigerungen und das Erschließen von Rationalisierungspotentialen erfordert. Insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Personal- und Sachkosten gilt es weitere Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen zu erschließen. Darüber hinaus entsteht eine zunehmende Notwendigkeit für Krankenhäuser ihre Marktstellung durch verstärkte Kooperation und Verbundstrukturen zu festigen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH muss durch eine stringente Kostensenkung einerseits und einer Leistungsausweitung andererseits den wirtschaftlichen Zwängen entgegenwirken. Hierbei müssen alle Möglichkeiten im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen und Kooperationen im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die vom Gesetzgeber hierzu vorgegebenen Rahmenbedingungen belasten derzeit die Krankenhäuser schwer. So wurde die Tarifsteigerung in den Jahren 2011/2012 und 2013 nur teilkompensiert. Damit bleibt es bei einer Unterfinanzierung der tariflich verursachten Personalkostensteigerungen. Eine verbesserte Erlössituation im Rahmen von Fallzahlsteigerungen können aus Sicht des Krankenhauses im orthopädischen, geriatrischen und gefäßchirurgischen Bereich erzielt werden. Hierbei wird zur Erschließung der notwendigen Belegkapazitäten unter anderem auch die weitere Kürzung von Verweildauern im Rahmen des medizinisch Vertretbaren eine Rolle spielen.

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen der neueren gesetzlichen Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung. Darüber hinaus werden durch die Einführung des bundeseinheitlichen Basisfallwertkorridors die unterschiedlichen Basisfallwerte der Länder bis zum Jahr 2014 angeglichen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH als Gesellschafterin der Klinikverbund Hessen GmbH, einem Zusammenschluss von 28 kommunalen hessischen Kliniken, plant eine engere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Gleichzeitig werden seitens der Geschäftsführung Gespräche mit den benachbarten Schwerpunktkrankenhäusern in Limburg und Wetzlar hinsichtlich einer künftigen engeren Kooperation geführt. Zielsetzung hierbei ist ein abgestimmtes Versorgungsangebot zu etablieren bei gleichzeitiger Stärkung des Klinikstandortes in Weilburg sowie das Erschließen von Synergieeffekten.

Seit dem 1. Dezember 2009 betreibt die Krankenhaus Weilburg gGmbH ein Alten- und Pflegeheim in Löhnberg mit 48 Plätzen incl. zweier eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze. Das neue Haus wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und ist zwischenzeitlich voll ausgelastet. Auch das wirtschaftliche Ergebnis gestaltet sich zwischenzeitlich positiv.

Weitere Zielsetzung ist eine Leistungsausweitung in den Bereichen Orthopädie, Geriatrie und Gefäßchirurgie, was auf Basis der Leistungsdaten 2011 und 2012 realistisch erscheint. Darüber hinaus wurde mit den Kostenträgern der Betrieb einer geriatrischen Tagesklinik mit 10 tagesklinischen Plätzen verhandelt. Die Mietförderung des Landes Hessen durch Fördermittel ist zwischenzeitlich zugesagt. Die Abteilung Orthopädie erhielt im Dezember 2012 die Zulassung zum stationären Verletztenartenverfahren der Berufsgenossenschaften.

Die Budgetsicherheit ist nach heutiger Gesetzeslage den Krankenhäusern auch für die nächsten Jahre gegeben. Daher wird es im Sinne einer Standortsicherung im Wesentlichen darauf ankommen, ob es gelingt, die derzeitigen Kosten unter Berück-



sichtigung der Leistungszahlen zu senken und die Erlöse zu steigern. Gleichzeitig hat der weitere Ausbau der Kooperation mit den Nachbarkliniken unter anderem zur Erzielung von Synergieeffekten oberste Priorität. Die o. a. Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen ausreichend abgefangen und befinden sich daher unter Kontrolle der Geschäftsführung. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört u.a. auch ein mittlerweile etabliertes Risikomanagementsystem. Halbjährlich wird ein Risikobericht erstellt, in dem die Ergebnisse der Risikoanalyse und -bewertung zusammengefasst sind.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung -insbesondere bestandsgefährdende Risiken- bestehen u.E. nicht.

Die Liquidität ist durch die Bürgschaft des Gesellschafters in Höhe von 4 Millionen Euro gesichert.

#### **D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB**

##### **Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres**

Die Tagesklinik Geriatrie im Fachärztezentrum ist am 1. April 2013 eröffnet worden. Die Mietkosten werden über Förderung des Landes Hessen refinanziert.

Es ist geplant, die Sanierung der ehemaligen Gynäkologie/Geburtshilfe im 1. Obergeschoss im Jahre 2014 zu sanieren. Fördermittel hierzu wurden bereits beantragt.

Im Jahr 2006 wurde die Krankenhaus Weilburg gGmbH aus der Basis der DIN EN ISO 9001:2000 erstmals erfolgreich zertifiziert. Die Zertifizierung umfasst: ambulante und stationäre Patientenversorgung einschließlich OP- und Intensivabteilung sowie der medizinisch-technischen Bereiche und der Verwaltung. Im Mai 2013 erfolgte die Rezertifizierung.

##### **Voraussichtliche Entwicklung**

**Für das Geschäftsjahr 2013 wird ein negatives Ergebnis von 596 TEUR erwartet. Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein ähnliches Ergebnis wie 2013 in Abhängigkeit der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen erwartet.**

Weilburg, den 30.04.2013

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH  
-Geschäftsleitung-  
Peter Schermuly

##### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Der Jahresabschluss wurde geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

## 2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH

IM SCHLENKERT 14  
65549 LIMBURG A. D. LAHN  
TELEFON: +49 6431 212 646  
[www.gab-limburg.de](http://www.gab-limburg.de)  
E-MAIL: [OFFICE@GAB-LIMBURG.DE](mailto:OFFICE@GAB-LIMBURG.DE)



---

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die qualifizierte Beschäftigung und die berufliche sowie persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen und erwerbslosen Jugendlichen und Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, ehemaligen Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen, geistig, seelisch und körperlich bzw. mehrfach Behinderten und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z.B. Obdachlose, Alkohol- und andere Drogenabhängige etc.) mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Weiter ist die Gesellschaft berechtigt, artverwandte Tätigkeiten auszuüben, die geeignet sind, den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu fördern. Insofern kann sie auch weitere Projekte errichten oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist sowohl die Beschäftigung als auch eine allgemeine und berufsbezogene Bildung sowie die Wohlfahrtspflege i.S.d. § 66 Abgabenordnung für den vorstehend aufgeführten Personenkreis mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die diesem die Sicherung seiner Existenz aus eigener Kraft, d.h. unabhängig von Sozialhilfeleistungen, ermöglicht.

### Organe des Unternehmens

#### Organe

#### Geschäftsführung

##### Aufsichtsrat

Vorsitzender	Manfred Michel, Landrat
stv. Vorsitzende	Marianne Zimmermann (ab 03.12.2012)
stv. Vorsitzender	Edgar Preußner (bis 03.12.2012)
	Michael Lohr
	Dr. Manfred Birko
	Karl Nießler

#### Geschäftsführung

Dr. Manfred Schmidt

## Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsdatum:	1994
Sitz:	Limburg a. d. Lahn
Gesellschaftsvertrag:	vom 19. Dezember 2004, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011
Stammkapital:	25.850 Euro
Gesellschafter:	<b>Landkreis Limburg-Weilburg</b> Anteil in %: 87,22 (22.550 Euro) <b>Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.</b> Anteil in %: 2,13 (550 Euro) <b>Komitee für Nothilfe</b> Anteil in %: 2,13 (550 Euro) <b>Lebenshilfe für geistig Behinderte Limburg e.V.</b> Anteil in %: 2,13 (550 Euro) <b>Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Limburg-Weilburg</b> Anteil in %: 2,13 (550 Euro) <b>Diakonieverein Limburg/Lahn und Umgebung e.V.</b> Anteil in %: 2,13 (550 Euro) <b>Lebenshilfe Wetzlar/Weilburg e.V.</b> Anteil in %: 2,13 (550 Euro)
Beteiligungen:	<b>Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Limburg</b> Anteil in %: 100 <b>Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderung GmbH, Limburg</b> Anteil in %: 25

<b>Entwurf Stand 26.09.2013</b>			
<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	11,04	2.188,05	8.722,07
Sachanlagen	5.415.030,78	5.556.753,51	5.743.071,59
<b>Anlagevermögen</b>	<b>5.415.030,78</b>	<b>5.571.714,56</b>	<b>5.764.576,66</b>
Finanzanlagen	12.783,00	12.783,00	12.783,00
Vorräte	33.587,69	33.587,69	28.640,76
Forderungen	705.453,08	745.896,86	1.206.703,26
Kassenbestand	2.201.094,07	2.694.958,68	2.908.815,53
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>5.753,65</b>	<b>10.283,72</b>	<b>5.096,21</b>
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>8.373.713,31</b>	<b>9.056.451,61</b>	<b>9.913.832,42</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Gezeichnetes Kapital	25.850,00	25.850,00	25.850,00
Andere Gewinnrücklagen	5.264.788,67	5.264.788,67	5.144.665,83
Verlustvortrag	<b>439.870,85</b>	<b>0,00</b>	<b>250.000,00</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>524.514,59</b>	<b>-439.870,85</b>	<b>120.122,84</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>4.326.253,23</b>	<b>4.850.767,82</b>	<b>5.540.638,67</b>
Sonderposten für zweckgebundene Mittel	23.925,24	29.792,00	35.544,67
<b>Rückstellungen</b>	<b>363.810,00</b>	<b>398.250,00</b>	<b>381.660,00</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>3.641.599,84</b>	<b>3.757.330,92</b>	<b>3.933.812,80</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>18.125,00</b>	<b>20.310,77</b>	<b>21.176,28</b>
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>8.373.713,31</b>	<b>9.056.451,51</b>	<b>9.913.832,42</b>
<b>Gewinn und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2010 in €</b>	<b>2010 in €</b>
+ Umsatzerlöse	4.633.236,41	4.409.031,55	5.789.940,94
+ andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	229,55	308,00
+ Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	5.866,76	6.752,67	8.137,50
+ sonstige betriebliche Erträge	382.955,62	366.456,70	335.675,67
	<b>5.022.058,79</b>	<b>4.782.470,47</b>	<b>6.134.062,11</b>
- Materialaufwand	308.428,33	234.037,30	262.306,20
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	145.428,55	160.941,83	179.425,59
- Personalaufwand	4.149.188,89	3.786.891,18	4.366.818,13
- Abschreibungen + sonstige betriebliche Aufwendungen	813.269,48	914.668,17	1.072.888,17
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.189,24	22.155,59	23.860,98
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	146.556,98	144.543,30	151.006,25
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-519.624,20</b>	<b>-436.456,72</b>	<b>125.478,75</b>
- sonstige Steuern	4.890,39	3.414,13	5.355,91
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-524.514,59</b>	<b>-439.870,85</b>	<b>120.122,84</b>
<b>Entnahme aus Gewinnrücklagen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>250.000,00</b>
<b>Bilanzergebnis</b>	<b>-524.514,59</b>	<b>-439.870,85</b>	<b>370.122,84</b>

### Geschäftsverlauf (Entwurf Stand 26.09.2013)

Das Jahr 2012 war für die GAB, wie bereits in den Vorjahren, geprägt durch die Auswirkungen der massiven Kürzungen bei der Förderung von Arbeitsgelegenheiten und der Einarbeitungszuschüsse. Das in 2012 endgültig verabschiedete Gesetz zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Instrumentenreform)

hat in 2012 zu einem fast vollständigen Aus für den Einsatz der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sogenannte Ein-EURO-Jobs) geführt. In diesem für die GAB in der Vergangenheit wesentlichen Bereich (2010 = 300 Teilnehmer) haben sich die Umsätze von 2011 = 427,2 TEUR auf 24,2 TEUR in 2012 vermindert. Gegenüber den in 2009 erlösten 2.055,2 TEUR bedeutet dies sogar einen Rückgang um 2.030 TEUR. Innerhalb von 4 Jahren ist damit bezogen auf die Umsätze 2009 über 1/3 der Erlöse aus Zuschüssen und Kostenerstattungen weggefallen.

Das zweite Standbein der GAB, die Ausbildung, konnte in 2012 durch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit stabilisiert werden. Im Jahresdurchschnitt konnten 41 Ausbildungsplätze (Vorjahr 62) angeboten und besetzt werden. Dies wurde teilweise auch durch die Bereitstellung dreier ungeförderter Ausbildungsplätze (mit verminderter Vergütung) erreicht. Insgesamt zeigt die Entwicklung am Ausbildungsmarkt, dass die Unternehmen in Folge der bereits spürbar einsetzenden demografischen Entwicklung zunehmend auf schwächere Auszubildende zurückgreifen. Trotzdem verbleibt im Landkreis ein Personenkreis an jungen Leuten, die in Folge vielfältiger persönlicher Probleme keinen Ausbildungsplatz finden können. Hier greifen die Angebote der GAB, wie die Schuldnerberatung und die sozialpädagogische Betreuung, um auch diese Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ergebnismildernd in Bereich der Zuschüsse wirkte, dass im Zuge der Ausschreibung durch die Bundesagentur für Arbeit in 2011 drei Maßnahmen zur berufsvorbereitenden Bildung gewonnen werden konnten. Davon wird eine Maßnahme am Standort Weilburg in Zusammenarbeit mit dem Mittelhessischen Bildungsverband e.V. (MBV) durchgeführt. Auch zertifizierte Um- und Weiterbildungsmaßnahmen werden durch die GAB angeboten, so dass insgesamt 386,6 TEUR (Vorjahr 360,0 TEUR) hieraus Erlöst werden konnten. Durch die Einbeziehung der Ausbilder und Anleiter in diese Maßnahmen wurde erreicht, dass die hier vorhandenen personellen Kompetenzen ausgelastet und gesichert werden können. Die Zweckbetriebe haben in 2012 ihre Umsätze insgesamt gehalten. Insbesondere das Reinigungsprojekt hat sein positives Ergebnis leicht ausgebaut. Hier werden neben den Schulen und Dienststellen des Landkreises auch mehrere Schulen des Rhein-Lahn-Kreises gereinigt. Positiv wirken die ganzjährigen Erträge des in 2011 neu gewonnenen Auftrages für die Reinigung eines Altenheimes. Die Umsätze des Entsorgungszentrums lagen mit 569,6 TEUR um 91,3 TEUR über denen des Vorjahres. Korrespondierend sind allerdings auch die Aufwendungen für den Wertstoffbezug und die Entsorgung im gleichen Ausmaß gestiegen. Insgesamt sind auf dem Markt für die Roh-, Wertstoffe immer wieder starke Preisschwankungen zu beobachten.

Das Anlagevermögen hat sich bei Investitionen von 108,6 TEUR und Abschreibungen von 250,6 TEUR sowie Abgängen von 1,9 TEUR um 143,9 TEUR vermindert. Der Buchwert des gesamten Geländes und der Gebäude am Standort Im Schlenkert beläuft sich zum 31. Dezember 2012 auf 5.153,4 TEUR und beträgt damit 94,9 % des Anlagevermögens. Das Anlagevermögen ist durch das Darlehen und Eigenkapitalmittel zu 100 % langfristig finanziert.

Von den Investitionen entfallen 50,0 TEUR auf die neue Trafostation die im Zugang der Errichtung des Verwaltungszentrum des Kreises am Standort Im Schlenkert/Gartenstraße neu errichtet wurde und der Stromversorgung des gesamten Komplexes der GAB und des Kreises dient. Für den neuen zentralen EDV-Server der

GAB wurden einschließlich Klimatisierung 20 TEUR aufgewendet. Die Erneuerung war zur Sicherung der EDV-Infrastruktur nötig geworden. Für das Gebrauchtmöbelprojekt wurde ein Kastenwagen gebraucht für 12 TEUR angeschafft. Die übrigen Investitionen betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich geringwertiger Wirtschaftsgüter.

Die liquiden Mittel (Kasse, Giro- und Festgeldguthaben) haben sich durch den Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit um 493,9 TEUR vermindert.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 2012 51,9 % (Vorjahr 53,9 %) der Bilanzsumme. Durch den Jahresverlust in Höhe von 524,5 TEUR hat sich das Eigenkapital entsprechend vermindert. Der Sonderposten für zweckgebundene Mittel wurde erfolgswirksam mit 5,9 TEUR aufgelöst.

Die Darlehensverbindlichkeiten wurden mit 162,1 TEUR planmäßig getilgt. Das Darlehen dient der Finanzierung der Investition Standort „Im Schlenkert“.

### **Ertragslage**

Von den Erlösen entfallen 51,3 % auf die Zuschüsse und Kostenerstattungen für die durchgeführten Maßnahmen und Projekte.

Die Drittumsätze aus den Projekten, insbesondere Gebäudereinigung, Entsorgungszentrum, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt liegen damit bei 44,2 % der Erlöse.

Von den anderen Erträgen entfallen ca. 300 TEUR auf Erlöse aus der Vermietung von Objekten am Standort „Im Schlenkert“. Durch die Einführung von Mitarbeiterparkgebühren und die Öffnung des Parkplatzes der GAB für Kreismitarbeiter konnten 19 TEUR erwirtschaftet werden.

Die Personalaufwendungen betragen in 2012 82,3 % der Erlöse. Gegenüber 2011 sind die höheren Ausgaben durch die Tarifsteigerungen, die Ausweitung der Gebäudereinigungsverträge und die Anzahl der Sozialpädagogen bedingt. Hier schreibt die Maßnahmendurchführung streng einzuhaltende Mitarbeiterschlüssel vor. Die niedrigeren sonstigen Aufwendungen sind in der Hauptsache durch die um 122,8 TEUR gesunkenen Mehraufwendungen für die Arbeitsgelegenheiten verursacht. Gegenläufig wirkten die höheren Kosten für den Energiebezug.

Den im Vorjahr zu verzeichnende Umsatzrückgang, bedingt durch den Wegfall von Arbeitsgelegenheiten, konnte in 2012 durch Projektarbeit und die höheren Erlöse aus den Drittmitteln entgegengewirkt werden. Die Projektarbeit bedingt jedoch einen höheren Einsatz für sozialpädagogisches Personal.

Der Jahresverlust von 524,5 TEUR spiegelt wider, dass nicht durch direkte Erlöse gedeckte Kosten für die Schuldnerberatung und den Bildungsträger in dieser Höhe in 2012 durch die GAB getragen werden.

### **Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Wie im Vorjahr bereits angedeutet, haben sich die Auswirkungen des Gesetzes zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Instrumentenreform) in 2012 voll bemerkbar gemacht. Hinzu kommt, dass durch die positive wirtschaftliche Entwicklung der Druck auf die Arbeitsmarktpolitik in Hinblick auf Langzeitarbeitslose und unversorgte Ausbildungssuchende spürbar nachgelassen hat. Die tägliche Arbeit

zeigt jedoch, dass auch bei der derzeit guten Beschäftigungslage für den Personenkreis mit gravierenden persönlichen Vermittlungshemmnissen unverändert erhebliche Probleme am ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt bestehen. Diese Zielgruppe der Arbeit der GAB ist also unverändert vorhanden und teilweise unversorgt. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch auch, dass die Politik dieses fortbestehende Problem erkannt hat und versucht aus der Instrumentenreform heraus neue Maßnahmen zur Hilfe zu entwickeln.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 und auch in 2012 haben jedoch die eingeleiteten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu gravierenden Umsatzeinbußen bei der GAB geführt. In 2013 mussten bereits einige Beschäftigungsgesellschaften mit zu starker Ausrichtung auf die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten ihre Betätigung einstellen. Gerade im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit derzeit nachlassenden Wachstumsraten und einer stagnierenden Beschäftigung ist zu erwarten, dass der Bedarf für einen zweiten Arbeitsmarkt unverändert besteht und wieder anwachsen kann.

Die GAB hat auf diese Entwicklungen in 2012 und 2013 reagiert und durch die Ausrichtung auf Projektarbeit und weitere Maßnahmen im Bereich des Bildungsträgers für die Zukunft vorgesorgt. Dies mit der Zielsetzung die fachliche und personelle Kompetenz bei der GAB für die Zukunft zu sichern und die in der Vergangenheit erarbeiteten Strukturen zu erhalten und anzupassen.

Möglich wurde dies auch durch die Zusammenarbeit mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren im Landkreis, insbesondere der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK und den Kammern, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der Kreisverwaltung. Auch auf überregionaler Ebene ist die Zusammenarbeit eine Voraussetzung für die zukünftige erfolgreiche Arbeit der GAB. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem Mittelhessischen Bildungsverband e.V., dem Verein Mitte Hessen e.V. und auch im Paritätischen Wohlfahrtsverband zu nennen.

Die GAB ist erfolgreich nach AZWV und AZAV zertifiziert als Träger für Bildungsmaßnahmen. Dies bildet die Grundlage in allen Bereichen Bildungsmaßnahmen anbieten zu können. Die drei in 2011 gewonnenen berufsvorbereitenden (BVB-) Maßnahmen sind in 2012 erfolgreich abgewickelt worden. Bei zwei dieser Projekte konnte in 2013 eine 2-jährige Verlängerung erreicht werden. Das BVB-Projekt in Weilburg wurde von der BA anderweitig vergeben. Das hier freiwerdende Personal wird jedoch in 2013 für Maßnahmen in Limburg eingesetzt. In diese Maßnahmen sind auch die Ausbilder und Anleiter einbezogen, sodass hier eine gute Personalauslastung erreicht und Arbeitsstellen gesichert werden können.

Weitere wesentliche laufende Projekte sind die Qualifizierungsoffensive und Xenos. Diese durch Landes- und ESF-Mittel mitfinanzierten Maßnahmen tragen zur positiven Auswirkung und zur Vernetzung im Landkreis bei. Hierdurch und durch die positive Arbeit in den Projekten Gebäudereinigung, Elektrowerkstatt, Gebrauchtmöbelverkauf und Entsorgungszentrum ist die GAB breit aufgestellt. Außerdem können die Ausbildungswerkstätten durch erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse aufwarten.

Insgesamt konnte die GAB die schwierigen Jahre 2010 bis 2012 bisher erfolgreich meistern. Sie bleibt jedoch auf die Unterstützung des Landkreises angewiesen, um auf diesem Weg weiterzugehen und die Kompetenzen und Strukturen für die Ausbildung und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Chancen und Risiken unserer betrieblichen Tätigkeit in hohem Maße von den gesetzlichen Rahmenvorgaben für den Arbeitsmarkt abhängen. Diese unterliegen, auch durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt, einem mehr oder minder deutlichen Wandel.

Wir sehen daher unsere Aufgabe darin, bei sich abzeichnendem Wandel der gesetzlichen Rahmenvorgaben, frühzeitig Chancen zur Verbesserung der Vermögens- und Ertragsstruktur zu erkennen und zu nutzen sowie Risiken ebenso frühzeitig wirksam zu begegnen.

Weitere Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

### **Sonstige Angaben**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 1 HBG sind nicht eingetreten.

Limburg a. d. Lahn, den 26. September 2013

Stephan H. Zimmermann  
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Liegt noch nicht vor.





## 2.5 Kreishallenbad Weilburg GmbH

BAHNHOFSTRASSE  
35781 WEILBURG  
TELEFON: +49 6471 2181  
[www.kreishallenbad-weilburg.de](http://www.kreishallenbad-weilburg.de)  
E-MAIL: [g.bill@limburg-weilburg.de](mailto:g.bill@limburg-weilburg.de)



---

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreishallenbades Weilburg.

Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Bau und die Unterhaltung von Photovoltaikanlagen.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Das Kreishallenbad Weilburg ist durch die Schließung verschiedener Bäder nunmehr das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Das Kreishallenbad hat dadurch eine zentrale Aufgabe in den Bereichen des Sports und der Freizeitgestaltung. Außerdem dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts.

### Organe des Unternehmens

#### Organe

#### Geschäftsführung

	<b>Gesellschafterversammlung</b>
Vorsitzender	Manfred Michel, Landrat Ruprecht Keller Heinz-Jürgen Deuster Karl Heinz Stoll

#### Geschäftsführung

Gerhard Bill, Limburg

#### Bezüge

Der Geschäftsführer hat im Jahr 2012 Gesamtbezüge in Höhe von 3.900 Euro erhalten.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsdatum:	27. März 1981
Sitz:	Weilburg an der Lahn
Gesellschaftsvertrag:	
Stammkapital:	25.564,59 Euro
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg
Anteil in %:	100
Beteiligungen:	Hallenbad Diez-Limburg
Anteil in %:	25

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Sachanlagen	1.634.142,69	1.710.99,19	1.767.581,69
Finanzanlagen	6.975.412,53	6.975.412,53	6.975.412,53
<b>Anlagevermögen</b>	<b>8.609.555,22</b>	<b>8.686.411,72</b>	<b>8.742.994,22</b>
Vorräte	361,62	200,62	267,11
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	545.468,29	641.870,93	607.575,49
Kassenbestand	133.891,99	98.500,30	58.774,41
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>679.721,90</b>	<b>713.571,85</b>	<b>666.617,01</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>7.222,46</b>	<b>7.778,03</b>	<b>8.333,60</b>
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>9.296.499,58</b>	<b>9.407.761,60</b>	<b>9.417.944,83</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	585.922,86	585.922,86	585.922,86
Gewinn-/Verlustvortrag	3.816.892,37	3.530.279,17	3.278.112,04
Jahresüberschuss	288.769,22	286.613,20	252.167,13
<b>Eigenkapital</b>	<b>4.717.149,04</b>	<b>4.428.379,82</b>	<b>4.141.766,62</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>8.454,00</b>	<b>7.005,00</b>	<b>7.005,00</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>4.570.896,54</b>	<b>4.972.376,78</b>	<b>5.269.173,21</b>
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>9.296.499,58</b>	<b>9.407.761,60</b>	<b>9.417.944,83</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
+ Umsatzerlöse	205.944,53	210.723,49	178.068,68
- Materialaufwand	149.591,59	128.230,38	119.913,77

Rohertrag			
- Personalaufwand	253.180,21	237.111,75	236.895,32
- Abschreibungen	77.363,40	78.089,68	67.872,14
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	56.554,71	57.198,87	59.299,13
+ Erträge aus Beteiligungen	908.193,00	908.193,00	908.193,00
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.859,14	1.297,58	368,24
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	155.876,91	224.951,71	231.118,50
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-345,23	1.687,20	1.286,07
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>288.769,22</b>	<b>286.613,20</b>	<b>252.167,13</b>

## Auszüge aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

### Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Der 19. Dezember 2012 war ein besonderer Tag für das Weilburger Hallenbad. Der Hessische Innenminister Boris Rhein überreichte Landrat Michel einen Bewilligungsbescheid zur Sanierung des Bades über 1 Million Euro. Der Kreistag hat sich in seiner Sitzung im Dezember 2012 grundsätzlich für die Sanierung des Kreishallenbades ausgesprochen. Die Sanierung soll in Absprache mit der Stadt Weilburg, den Schulen und den Sport treibenden Vereinen erfolgen. Wir gehen davon aus, dass im Laufe des Jahres 2013 das Bad geschlossen und mit der Renovierung begonnen wird.

Ende 2012 hat die Gesellschafterversammlung grundsätzlich der Sanierung des Hallenbades in Diez zugestimmt. Diese Zustimmung war Voraussetzung für eine Zuschussgewährung aus dem Sonderprogramm „Sanierung Hallenbäder“ des Landes Hessen. Mittlerweile wurde der Hallenbad Diez-Limburg GmbH ein Bewilligungsbescheid des Landes Hessen in Höhe von 700.000 Euro übergeben. Mit der Sanierung des Bades wird voraussichtlich im Jahre 2014 begonnen werden.

Die Besucherzahlen haben sich im Jahr 2012 weiterhin verbessert. Sie belaufen sich inklusive des Schulsports auf 64.928 Besucher und liegen damit um 2.712 Besuchern über dem Vorjahresergebnis.

Gegenüber dem Vorjahr schloss das Jahresergebnis um 2 TEUR besser ab, der Jahresüberschuss beläuft sich auf 289 TEUR.

Die Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres wird von der Geschäftsleitung als positiv angesehen. Das im Wirtschaftsplan zugrunde gelegte Ergebnis wurde deutlich übertroffen.

### Darstellung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 111 TEUR auf 9.296 TEUR verringert. Das Anlagevermögen entspricht 92,6% der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr konnte ein Gewinn von 289 TEUR erzielt werden. Bedingt durch den Jahresgewinn erhöht sich das Eigenkapital auf 4.712 TEUR. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 50,8% (Vorjahr 47,1%). Das Anlagevermögen ist zum Jahresende ausreichend langfristig finanziert.

## **Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft**

### **Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung**

Es ist geplant, dass die Sanierungsarbeiten Ende 2013/Anfang 2014 beginnen. Dabei gehen wir von einer knapp 2-jährigen Bauzeit bis zur Wiedereröffnung aus. Finanziell werden sich beide Jahre unterschiedlich entwickeln und es wird durch die Entkernung des seitherigen Bades im Jahr 2014 eine Sonderabschreibung in Höhe von rund 450.000 Euro vorgenommen werden.

### **Ergebnisprognose für die folgenden zwei Wirtschaftsjahre**

Im Jahr 2013 gehen wir von einem Jahresüberschuss in Höhe von etwa 400.000 Euro aus. Dies liegt vor allem an den höheren Beteiligungserträgen. Für das Jahr 2014 rechnen wir nur mit einem Überschuss in Höhe von rund 100.000 Euro. Das liegt vor allem an der Sonderabschreibung in Höhe von rund 450.000 Euro.

### **Risiken der voraussichtlichen Entwicklung**

Ein umfassendes dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem ist nicht eingerichtet. Die installierten Planungs- und Steuerungsmaßnahmen sehen wir aber als ausreichend an, um auf entstehende Risiken reagieren zu können. Die Ertragslage der Gesellschaft bleibt wesentlich durch die zufließenden Beteiligungserträge bestimmt. Diese Beteiligungserträge werden im Jahr 2013 zumindest in gleicher Höhe erwartet. Inwieweit hier Änderungen in der Zukunft zu erwarten sind, bleibt abzuwarten. Die SüwAG geht zumindest in ihrer mittelfristigen Planung von einer kontinuierlichen Ausschüttung aus.

### **Sonstige Angaben**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 1 HBG sind nicht eingetreten.

Limburg, den 21. März 2013

Bill, Geschäftsführer

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Der Jahresabschluss wurde im April 2013 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

## 2.6 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH

KARL-KELLER-RING 49  
35576 WETZLAR  
TELEFON: +49 6471 91298 - 0  
[www.v-l-d.de](http://www.v-l-d.de)  
E-MAIL: [d.plate@vldw.de](mailto:d.plate@vldw.de)



---

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung und Durchführung von Verkehren des öffentlichen Personennahverkehrs zur bedarfs- und standortgerechten Bedienung unter Berücksichtigung der zwischen den Gesellschaftern vorhandenen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und kreisübergreifenden Verkehren

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Über die Schnittstelle im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert

### Organe des Unternehmens

#### Organe

#### Gesellschafterversammlung

##### Aufsichtsrat

Vorsitzender	Hans-Peter Schick, Bürgermeister, Weilburg
stv. Vorsitzender	Manfred Michel, Landrat, Limburg Wolfgang Schuster, Landrat, Wetzlar Michael Lotz, Bürgermeister, Dillenburg Dr. Gerhard Zoubek, Bürgermeister, Haiger Hans-Peter Stock, Bürgermeister, Schöfengrund Bernd Heine, Bürgermeister, Waldsolms Michael Ruoff, Bürgermeister, Hadamar Wolfgang Erk, Bürgermeister, Bad Camberg Michael Stanke, Erster Stadtrat, Limburg Eckehard Förster, Bürgermeister a. D., Herborn Peter Trottmann, Schornsteinfegermeister, Dornburg

## Geschäftsführung

Kira Lampe, Wetzlar (seit 1. August 2011)  
Dirk Hans-Otto Plate, Weilmünster

## Bezüge

Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gründungsdatum: 22. Dezember 2000

Sitz: Wetzlar

Gesellschaftsvertrag: Letzte Fassung vom 1. Juni 2011

Stammkapital: 130.000,00

Gesellschafter:

### **Landkreis Limburg-Weilburg**

Anteil in € 12.500,00

### **Lahn-Dill-Kreis**

Anteil in € 12.500,00

### **Stadt Aßlar**

Anteil in € 2.500,00

### **Stadt Bad Camberg**

Anteil in € 2.500,00

Stadt Braunsfels

Anteil in € 2.500,00

Stadt Dillenburg

Anteil in € 2.500,00

Stadt Hadamar

Anteil in € 2.500,00

Stadt Haiger

Anteil in € 2.500,00

Stadt Herborn

Anteil in € 2.500,00

Stadt Leun

Anteil in € 2.500,00

Stadt Limburg

Anteil in € 2.500,00

Stadt Runkel

Anteil in € 2.500,00

Stadt Solms

Anteil in € 2.500,00

Stadt Weilburg

Anteil in €	2.500,00
Stadt Wetzlar	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Beselich	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Bischoffen	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Brechen	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Breitscheid	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Dietzhöhlztal	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Dornburg	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Driedorf	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Ehringshausen	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Elbtal	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Elz	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Eschenburg	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Greifenstein	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Hohenahr	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Hünfelden	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Hüttenberg	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Lahnau	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Löhnberg	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Mengerskirchen	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Merenberg	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Mittenaar	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Schöffengrund	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Selters	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Siegbach	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Sinn	



Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Villmar	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Waldbrunn	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Waldsolms	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Weilmünster	
Anteil in €	2.500,00
Gemeinde Weinbach	
Anteil in €	2.500,00

<b>Aktiva</b>	<b>31.12.2012 in €</b>	<b>01.01.2011 in €</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	19.126,00	27.733,54
Sachanlagen	137.971,00	75.373,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.263,00	157.328,75
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände - aus Lieferungen und Leistungen	1.326.824,79	329.069,13
- gegen Gesellschafter	2.749.942,59	1.519.966,02
sonstige Vermögensgegenstände	1.490.358,65	1.015.238,23
Kassenbestand	6.460.180,81	9.238.802,79
Rechnungsabgrenzungsposten	265.246,00	237.276,45
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>12.513.912,84</b>	<b>12.600.818,21</b>
<b>Passiva</b>	<b>31.12.2012 in €</b>	<b>31.12.2011 in €</b>
gez. Kapital	130.000,00	130.000,00
Kapitalrücklage	7.493.122,15	7.493.122,15
Gewinnvortrag	-3.284.822,01	1.473.396,17
Jahresfehlbetrag	1.001.581,31	-4.758.218,18
Sonderposten für Investitionszuschüsse	93.303,00	104.127,00
Sonstige Rückstellungen	2.237.560,07	3.864.949,82
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.093.789,20</b>	<b>631.395,71</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	3.749.379,12	3.661.845,54
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>12.513.912,84</b>	<b>12.600.818,21</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>
Umsatzerlöse	13.248.858,04	13.491.559,25
+ sonstige betriebliche Erträge	8.357.804,56	3.030.894,90
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.705.723,89	19.463.549,24
Rohergebnis	2.900.938,71	-2.941.004,09
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	779.602,59	806.389,60
- Soziale Abgaben und Aufwendungen, Altersvorsorge	222.329,06	201.746,84

Abschreibungen auf Sachanlagen	45.648,40	43.478,94
- sonstige betriebliche Aufwendungen	886.621,31	855.171,80
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35.519,29	91.657,44
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>1.002.256,64</b>	<b>-4.756.133,83</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,67	-0,87
Sonstige Steuern	677,00	2.085,22
<b>Jahresfehlbetrag/-überschuss</b>	<b>1.001.591,31</b>	<b>-4.758.218,18</b>

## **A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

### **I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit**

Die Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH (VLDW) fungiert als gemeinsame Lokale Nahverkehrsorganisation für die beiden Aufgabenträger Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg gemäß dem hessischen ÖPNV Gesetz. In der Gesellschafterversammlung am 20.12.2010 wurde seitens der Gesellschafter der LNG die Verschmelzung mit der Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH einstimmig beschlossen; die Umsetzung wurde im Jahr 2011 erfolgreich umgesetzt. Im Wege der Umwandlung durch Ausgliederung erfolgte der Zusammenschluss des VLD mit der VLDW rückwirkend zum 01.01.2011 mit dem Eintrag ins Handelsregister am 26.08.2011. Die LNG Kreis Limburg-Weilburg GmbH wurde mit der VLDW mbH mit Eintrag ins Handelsregister am 09.09.2011 rückwirkend zum 01.01.2011 verschmolzen.

Aufsichtsratsvorsitzender der VLDW ist Herr Bürgermeister Hans-Peter Schick, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Wolfgang Schuster. Die Geschäftsführung bilden Frau Kira Lampe und Herr Dirk Plate.

Im Verlauf des Jahres 2012 wurde mit der Umsetzung des Projektes eTicketing gestartet. Sukzessive wurde die Infrastruktur für den elektronischen Vertrieb von Fahrkarten in beiden Verkehrsbereichen aufgebaut. Im Dezember 2012 wurde mit dem Vertrieb der elektronischen Jahreskarten gestartet.

Die von der Gesellschaft betriebene Mobilitätszentrale in Weilburg, die neben den RMV Produkten auch DB Fernverkehrsprodukte vertreibt, beschäftigt im Geschäftsjahr drei Mitarbeiterinnen und eine Auszubildende. Die Mobilitätszentrale in Wetzlar beschäftigt drei Mitarbeiterinnen und eine Auszubildende.

### **II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen**

Weiterhin gilt auch für 2012 die bereits in den letzten Jahren angesprochene Problematik der Kürzung der Regionalisierungsmittel. Die Finanzierungslücke konnte durch die Tarifierhöhung von ca. 2,8% für das Fahrplanjahr 2012 nicht kompensiert werden.

Darüber hinaus ergeben sich durch die RMV Verbunderhebung 2010 voraussichtlich ab 2012 für alle lokalen Aufgabenträgerorganisationen negative Verschiebungen im Einnahmeverfahren (EAV) in den Regionalbereich in Höhe von insgesamt verbundweit 16 Mio. EUR/Jahr. Im Jahresabschluss 2011 wurden Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.501 für diesen Sachverhalt gebildet. Der Aufsichtsrat des RMV hat im November 2012 beschlossen, für das Jahr 2011 diesen Betrag aus dem EAV abzufedern und von den Gesellschaftern des RMV nicht abzufordern. Daher konnten von den gebildeten Rückstellungen TEUR 1.494 ertragswirksam in 2012 aufgelöst werden. Für das Jahr 2012 wird davon ausgegangen, dass der RMV die entsprechenden Beträge abrufen wird. Dementsprechende Rückstellungen wurden im Jahresabschluss 2012 gebildet.

Nach wie vor muss von einer Schieflage in der ÖPNV Finanzierung ausgegangen werden, so wurden trotz steigender Kosten die Zuschüsse und Finanzierungsinstrumente nach der erfolgten Kürzung weiterhin nicht wieder entsprechend angepasst. Selbst wenn eine stärkere Nutzerfinanzierung angestrebt wird, so kann diese die Finanzierungslücke kaum komplett auffangen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

**Der Bestätigungsvermerk lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts noch nicht vor.**

## 2.7 Abwasserverband Christianshütte

SCHIEDE 43  
65549 LIMBURG  
06431/ 296-5541  
E-MAIL: [s.lorber@limburg-weilburg.de](mailto:s.lorber@limburg-weilburg.de)

---

### Gegenstand des Unternehmens

Der Verband hat die Aufgabe, die Abwässer der Kreisabfalldeponie Beselich und die häuslichen Abwässer der Gemeinde Beselich zu reinigen und anschließend einem Vorfluter zuzuführen. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Verbesserung der Umwelt durch Reinigung von Abwasser.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgrund der Abwasserbeseitigungspflicht im Sinne des § 45b HWG hat der Verband die Aufgabe, das bei der Kreismülldeponie in Beselich-Obertiefenbach und der geschlossenen Mülldeponie in Beselich-Niedertiefenbach (Beselicher Kopf) sowie im Ortsteil Schupbach der Gemeinde Beselich anfallende Abwasser abzuführen und zu behandeln.

### Organe des Unternehmens

Gründung:	1984
Mitglieder:	Landkreis Limburg-Weilburg (54%) Gemeinde Beselich (46%)
Verbandsversammlung:	Rüdiger Brühl (für den Kreis) Regina Heep (für den Kreis) Hans-Peter Maxeiner (für die Gem. Beselich) Ulrich Ahlback (für die Gem. Beselich)
Verbandsvorstand:	Manfred Michel, Landrat, Verbandsvorsteher Kai Müller, Bürgermeister, stellv. Verbandsvorsteher Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter Dieter Ludwig, Erster Gemeindebeigeordneter
Geschäftsführer:	Stefan Lorber

Aktuelle Satzung:

20. April 2010

Prüfungsbehörde:

Revision des Landkreises Limburg-Weilburg

## Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2012 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.

Der Verbandsingenieur bezog im Jahr 2012 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.

Für die Teilnahme an Sitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 154,90 Euro erstattet.

<b>Gesamtergebnisplan</b>	<b>Ansatz 2012 in €</b>	<b>Ansatz 2011 in €</b>	<b>Ansatz 2010 in €</b>
Summe der ordentlichen Erträge	533.000	488.000,00	412.900,00
Summe der ordentlichen Aufwendungen	324.450,00	325.150,00	215.450,00
Verwaltungsergebnis	208.550,00	162.850,00	197.450,00
Finanzergebnis	-109.000,00	-141.000,00	149.000,00
Ordentliches Ergebnis	99.550,00	21.850,00	48.450,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	99.550,00	21.850,00	48.450,00

## **2.8 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach**

WOLFRATSHAUSENER STRASSE 49  
82049 PULLACH  
TELEFON: +49 (089) 21104-435  
E-MAIL: [KIRA.WEISSBACH@HANNOVER-LEASING.DE](mailto:KIRA.WEISSBACH@HANNOVER-LEASING.DE)

---

### **Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenes Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte, sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

### **Organe des Unternehmens**

#### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	Kommanditgesellschaft (KG)
Gründungsdatum:	Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 12. November 1998 unter der
Firma	IGUMENISTA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in München errichtet.
Sitz:	Durch Gesellschafterbeschluss vom 13. Dezember 2005 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG Pullach
Gesellschaftsvertrag:	14. Dezember 2005
Stammkapital:	25.000 Euro
Gesellschaftsverhältnisse:	Komplementärin: IGUMENITSA GmbH Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg

Geschäftsführende

IGUMENISTA Verwaltungsgesellschaft  
mbH

Gesellschafterin:

(AG München HRB 122936 vertreten  
durch ihre Geschäftsführer

- Marc-Oliver Buksch, München
- Klaus Steixner, Rottach-Egern  
Michael Stüber, Gauting-Stockdorf  
(ab 14. August 2012)

## Bezüge

Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2006 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

## Bilanz der KIG

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Ausstehende Einlagen</b>	25.000,00	25.000,00	25.000,00
<b>Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)</b>	77.569.930,88	79.444.337,99	81.318.735,10
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	739,57	0,00	0,00
Kassenbestand/Guthaben bei KI	121.331,99	134.484,22	135.392,83
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>122.071,56</b>	<b>79.578.822,21</b>	<b>81.454.127,93</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Eigenkapital</b>			
Kommanditkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
<b>Kapital des atypisch stillen Gesellschafters</b>			
Festkapitalkonto	17.006.927,00	17.006.927,00	17.006.927,00
Gesellschafterverrechnungskonto	310.629,87	494.711,59	649.961,77
Verlustvortragkonto	-5.567.166,44	-5.364.844,90	-4.993.074,02
Rückstellungen	5.172,50	5.172,50	5.172,50
Verbindlichkeiten gg. KI, Gesellschafter, sonstige	65.936.439,51	67.436.856,98	68.785.140,68
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>77.692.002,44</b>	<b>79.578.822,21</b>	<b>81.454.127,93</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Umsatzerlöse	4.476.179,69	4.349.693,51	4.237.914,23
+ sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
- Materialaufwand	52.054,62	54.426,40	67.764,17
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.874.407,11	1.874.407,11	1.874.407,11
- sonstige betriebliche Aufwendungen	54.689,52	42.643,76	42.300,57
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,49	649,11	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.697.358,47	2.750.646,23	2.798.015,45
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-202.321,54</b>	<b>-371.770,88</b>	<b>-544.573,07</b>
Erträge aus Verlustübernahme durch den atypisch stillen Gesellschafter	<b>202.321,54</b>	<b>371.770,88</b>	<b>544.573,07</b>
Erträge aus Verlustübernahme durch die ausgeschiedene Gründungskommanditistin	0,00	0,00	0,00
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## **Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Die KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 20. Dezember 2005 ein Vertragswerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillen Gesellschaftsvertrag, sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsverträge mit Gesamtinvestitionskosten von 83,7 Mio. EUR abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

## **Darstellung der Lage des Unternehmens**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter und daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt. Die Leasingvertragsdauer beträgt 15 Jahre und 10 Tage und endet mit Ablauf des 30. Dezember 2020. Sofern der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2015 ausübt, endet der Immobilien-Mietvertrag automatisch bereits mit Ablauf des 30. Juni 2015.

Der Kaufpreis der Erbbaurechte samt den aufstehenden Gebäuden betrug insgesamt 83.739.754 Euro. Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Fremdkapital in Höhe von 67.032.827 Euro. Zur restlichen Leistung des Kaufpreises sowie der Erwerbsnebenkosten wurde die Einlage der atypisch stillen Gesellschafterin in Höhe von 17.006.927 Euro verwendet.

Die Leasingraten werden von dem Landkreis Limburg-Weilburg auf die Gesamtinvestitionskosten über 83,7 Mio. Euro geleistet. Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft durch die planmäßig erbrachte Miete über insgesamt 4.295.267,16 Euro gesichert (davon Anteil zur Bedingung des Fremdkapitals 3.672.367 Euro, des Eigenkapitals 196.800 Euro sowie des Mieterdarlehens in Höhe von 426.100,16 Euro). Der Leasingvertrag sieht eine jährliche Steigerung der Mietraten in Höhe von 3 % p. a. vor. Der Kapitaldienst für die langfristigen Finanzierungsverträge wurde vertragsgerecht bedient.

Das Gesamtjahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft (Verlust) entspricht im Berichtsjahr dem prognostizierten Ergebnis und wird entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vertrag über die Errichtung einer atypischen Gesellschaft zu 100 % von der atypischen stillen Gesellschaft übernommen.

## **Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die Geschäftsentwicklung der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres bestätigt uns in der Erwartung, auch 2013 ein planmäßiges Ergebnis ausweisen zu können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaft negativ beeinflussen, sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten. An-



fängliche negative steuerliche Ergebnisse werden durch spätere positive Ergebnisse ausgeglichen.

Besondere Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung derzeit nicht.

Pullach, 27. Mai 2013

KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG

IGUMENITSA Verwaltungsgesellschaft mbH

Klaus Steixner

Michael Stübner

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Der Jahresabschluss wurde im Mai und Juni 2013 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

## **2.9 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach**

WOLFRATSHAUSENER STRASSE 49  
82049 PULLACH  
TELEFON: +49 (089) 21104-435  
E-MAIL: [KIRA.WEISSBACH@HANNOVER-LEASING.DE](mailto:KIRA.WEISSBACH@HANNOVER-LEASING.DE)

---

### **Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

### **Organe des Unternehmens**

#### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	Kommanditgesellschaft (KG)
Gründungsdatum:	Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 5. Dezember 2003 mit Wirkung zum 17. Dezember unter der Firma ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Frankfurt am Main errichtet.  Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. Oktober 2006 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG
Sitz:	Pullach
Gesellschaftsvertrag:	13. November 2006
Stammkapital:	25.000 Euro
Gesellschaftsverhältnisse:	Komplementärin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH

Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg

Geschäftsführende  
Gesellschafterin:  
durch

ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH  
(AG München HRB 140456) vertreten

ihre Geschäftsführer

- Marc-Oliver Buksch, München
- Klaus Steixner, Rottach-Egern

## Bezüge

Sie erhält seit dem Jahr 2007 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

**Der Jahresabschluss 2012 lag bis zum 22. Oktober 2013 noch nicht vor.**

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Ausstehende Einlagen</b>		25.000,00	25.000,00
<b>Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)</b>		54.719.149,82	53.424.494,57
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		297,50	0,00
Kassenbestand		42.705,07	48.089,15
<b>SUMME AKTIVA</b>		<b>54.761.854,89</b>	<b>53.472.583,72</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Kapitalanteile		25.000,00	25.000,00
Verlustanteile		0,00	0,00
<b>Kommanditkapital</b>		25.000,00	25.000,00
<b>Kapital des atypisch stillen Gesellschafters</b>		8.828.783,07	8.890.269,10
<b>Rückstellungen</b>		5.172,50	5.173,00
<b>Verbindlichkeiten</b>		41.972.749,22	42.787.132,11
<b>SUMME PASSIVA</b>		<b>54.761.854,89</b>	<b>53.472.583,72</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Umsatzerlöse		2.639.487,03	2.562.378,03
+ sonstige betriebliche Erträge		345.444,62	0,00
- Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		29.622,52	28.547,53
Abschreibungen auf Sachanlagen		1.216.866,44	1.166.636,00
- sonstige betriebliche Aufwendungen		25.628,25	370.744,09
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		211,78	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.668.702,42	1.697.034,28
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>44.323,80</b>	<b>-700.583,87</b>
Erträge aus Verlustübernahme		0,00	700.583,87
aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		44.323,80	0,00
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## **3 Sparkassen**



### 3.1 Kreissparkasse Limburg

SCHIEDE 43  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431/202 0  
[www.kreissparkasse-limburg.de](http://www.kreissparkasse-limburg.de)  
E-MAIL: [info@ksk-limburg.de](mailto:info@ksk-limburg.de)



---

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

#### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks hat die Sparkasse das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung.

#### Organe des Unternehmens

##### Organe

Vorsitzender  
stv. Vorsitzender

##### Verwaltungsrat

Manfred Michel, Landrat  
Dr. Norbert Zabel, Bürgermeister

##### Mitglieder

Andreas Alfa  
Lothar Blättel  
Wolfgang Erk  
Frank Greher  
Jörg Groos  
Silvia Lissner  
Alexander Hilb  
Jörg Mackauer  
Karl-Heinz Marx  
Karl Nießler  
Thomas Plückebaum  
Wolfgang Sandner  
Dr. Frank Schmidt  
Wolfram Uhe

**Vorstand** Norbert Kleinle (bis 31.03.2012)  
Patrick Ehlen (ab 01.04.2012)

**Mitglied** Patrick Ehlen (bis 31.03.2012)  
Mario Rohrer (ab 01.05.2012)

### **Bezüge**

Die Gesamtbezüge des Vorstands belaufen sich auf 393 TEUR.

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 57 TEUR.

### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

<b>Gründung</b>	1908
<b>Handelsregister</b>	Amtsgericht Limburg HRA 994
<b>Gewährträger</b>	Landkreis Limburg-Weilburg

### **Einschätzung der Entwicklung**

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

### **Auszug aus dem Lagebericht**

Im Hinblick auf den intensiven Wettbewerb im Geschäftsjahr 2012 hat die Sparkasse ein Ergebnis erreicht, mit dem wir zufrieden sind. Das Geschäftsjahr konnte trotz höherer Kosten bei einem geringeren Bewertungsaufwand mit einem Jahresüberschuss etwas über dem Niveau des Vorjahres abgeschlossen werden.

Die Kreissparkasse Limburg reduzierte trotz Zuwächsen im Kundengeschäft aufgrund von zum Bilanzstichtag nicht benötigten Guthaben bei der Deutschen Bundesbank ihre Bilanzsumme von 12,1 Mio. Euro oder 0,8 % auf 1.426,3 Mio. Euro. Das

Geschäftsvolumen fiel analog der Bilanzsumme von 1.468,2 Mio. Euro auf 1.457,1 Mio. Euro. Die Kreissparkasse Limburg bleibt weiterhin das größte eigenständige Kreditinstitut mit Sitz im Kreis Limburg-Weilburg.

Das gesamte Kreditvolumen erhöht sich um 1,3 % auf 930,3 Mio. Euro und lag somit leicht unter den Erwartungen der Sparkasse, da die Kunden aufgrund der niedrigen Einlagenzinsen weiterhin hohe Sondertilgungen in Darlehen vornahmen. An Privatkunden waren 56,1 % des Kreditvolumens (Vorjahr: 54,9 %) und an Unternehmen und Selbstständige 40,3 % (Vorjahr: 41,3 %) ausgeliehen. 2012 sagten wir neue Darlehen in Höhe von 191,2 Mio. Euro zu (Vorjahr: 150,4 Mio. Euro). Für die Steigerung sind insbesondere Zuwächse im langfristigen Kreditgeschäft (primär im Wohnungsbaugeschäft) verantwortlich. Damit hat die relative Bedeutung der privaten Wohnbaufinanzierung leicht zugenommen.

Die Kreissparkasse Limburg hat 2012 einen Jahresüberschuss von 2,2 Mio. Euro erwirtschaftet. Dieser soll nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.





### 3.2 Kreissparkasse Weilburg

ODERSBACHER WEG 1  
35781 WEILBURG  
TELEFON: +49 6471/ 312 0  
[www.ksk-weilburg.de](http://www.ksk-weilburg.de)  
E-MAIL: [info@ksk-weilburg.de](mailto:info@ksk-weilburg.de)



---

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

#### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers fördert die Kreissparkasse Weilburg das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben ist die Sparkasse auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und dauerhafte Marktpräsenz ausgerichtet. Das Geschäftsmodell der Sparkasse beruht auf der Verbundenheit der Region.

#### Organe des Unternehmens

##### Organe

Vorsitzender  
stv. Vorsitzender

##### Verwaltungsrat

Manfred Michel, Landrat  
Hans-Peter Schick

##### Mitglieder

Friedhelm Bender  
Dr. Ralf Bletz  
Willy Eltgen  
Jan Erbe  
Bruno Götz  
Dr. Frank Schmidt  
Ruprecht Keller  
Sybille Theis-Schermuly  
Thomas Zimmermann  
Sebastian Marten  
Gerald Schermuly (bis 10.12.2012)

Jochen Schmidt  
Florian Würz  
Bettina Schuhmann (seit 11.12.2012)

## **Vorstand**

Stefan Hastrich, Vorsitzender  
Stephan Gürtler, Mitglied

## **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

### **Gründung**

1904

### **Handelsregister**

Amtsgericht Limburg HRA 2227

### **Gewährträger**

Landkreis Limburg-Weilburg

## **Bezüge**

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2012 auf 418 TEUR.  
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2012 47 TEUR.

## **Einschätzung der Entwicklung**

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung sowie einem sich verstärkenden Wettbewerbsdruck blickt die Kreissparkasse Weilburg auf ein Geschäftsjahr zurück, welches zufriedenstellend war. In 2011 wurden wesentliche Teile aus dem langfristigen Neuausrichtungsprojekt umgesetzt, welches die Sparkasse in Zusammenarbeit mit einer Unternehmensberatungsgesellschaft im Jahre 2009 zur Umsetzung von Ertragssteigerungs- und Kostensenkungsmaßnahmen aufgelegt hat. Das Neuausrichtungsprojekt stellt eine wichtige Basis für den Erfolg im Jahr 2011 sowie in den kommenden Geschäftsjahren dar.

Das Geschäftsvolumen zum 31. Dezember 2012, das sich aus der Bilanzsumme und den Eventualverbindlichkeiten zusammensetzt, fiel im Vergleich zum Bilanzstichtag

2011 um 49,6 Mio. Euro auf 935,6 Mio. Euro. Die Bilanzsumme verminderte sich um 47,1 Mio. Euro bzw. 4,9% sowie die Eventualverbindlichkeiten um 2,6 Mio. Euro bzw. 10,1 %. Die Ursache für den starken Rückgang der Bilanzsumme liegt darin begründet, dass sich die Ausrichtung des Eigengeschäfts der Sparkasse verändert hat.



### 3.3 Nassauische Sparkasse

RHEINSTRASSE 42-46  
65185 WIESBADEN  
TELEFON: +49 611/364 0  
[www.naspa.de](http://www.naspa.de)  
E-MAIL: [info@naspa.de](mailto:info@naspa.de)



---

### Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Naspa ist seit ihrer Gründung im Jahr 1840 (früher: „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Kasse für das Herzogthum Nassau“) dem gemeinsamen Nutzen in der und für die Region verpflichtet. Im Zentrum steht dabei der öffentliche Auftrag der Naspa, der in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes festgeschrieben ist. Demnach ist die Naspa mit der Aufgabe betraut, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Der Naspa obliegt demzufolge insbesondere die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Förderung der kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich ist dabei Teil des öffentlichen Auftrags.

### Organe des Unternehmens

#### Gewährträger

- „Sparkassenzweckverband Nassau“
- Landkreis Limburg-Weilburg
  - Stadt Wiesbaden
  - Stadt Frankfurt/Main
  - Hochtaunuskreis
  - Main-Taunus-Kreis

- Rheingau-Taunus-Kreis
- Rhein-Lahn-Kreis
- Westerwaldkreis

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

### **Verwaltungsrat**

Setzt sich zusammen aus politischen Vertretern des Geschäftsgebietes der Naspa.  
Landrat Manfred Michel ist Mitglied des Verwaltungsrates.

Insgesamt umfasst dieser 33 Mitglieder, darunter Bürgermeister, Landräte, Mitglieder des Land- und des Bundestages unter Vorsitz des Wiesbadener Oberbürgermeisters Herrn Dr. Helmut Müller, Günter Kern, stv. Vorsitzender

### **Vorstand**

Stephan Ziegler, Vorsitzender  
Mitglieder  
Jürgen Bockholt (bis 30.04.2012)  
Günter Högner  
Bertram Theilacker  
Andreas Fabich (ab 01.04.2012)

## **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

<b>Gründung</b>	1904
<b>Handelsregister</b>	Amtsgericht Limburg HRA 2227
<b>Gewährträger</b>	Landkreis Limburg-Weilburg

### **Bezüge**

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr Gesamt Bezüge in Höhe von 1.746 TEUR.

Die Naspa ist aus ihrer Geschichte heraus eine Regionalbank. Die Gewährträgerhaftung ist – wie bei den Kreissparkassen des Landkreises – am 18. Juli 2005 entfallen. Die Absicherung der Kunden liegt in der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Naspa gehört.

### **Auszug aus dem Lagebericht**

Das Betriebsergebnis nach Bewertung liegt über unseren Erwartungen. Mit 55,3 Mio. Euro konnte der Vorjahreswert überschritten werden.

Gegenüber dem Vorjahr ist das Betriebsergebnis vor Bewertung wie erwartet rückläufig. Der Rückgang ist insbesondere die Folge eines geringen Zinsüberschusses aufgrund der vorzeitigen Beendigung von Zinsswaps und der allgemeinen Zinsentwicklung sowie erhöhter Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen.

Die Bilanzsumme blieb mit 11,9 Mrd. Euro nahezu auf Vorjahresniveau und das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme, Bürgschaften und Derivate mit ihren Nominalbeträgen) verminderte sich um 0,5 Mrd. Euro bzw. 2,8 % auf 17,2 Mrd. Euro.

Nach der beabsichtigten Zuführung des Bilanzgewinnes zur Sicherheitsrücklagen in Höhe von 27,4 Mio. Euro wird sich das bilanzielle Eigenkapital auf 802,7 Mio. Euro erhöhen. Die Gesamtkennziffer nach der SolvV beträgt zum Bilanzstichtag 12,9 %.

Insgesamt beurteilen wir die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Naspa als geordnet.





## **4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)**



#### **4.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH**

IM SCHLENKERT 14  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431 - 947620  
[www.gab-limburg.de](http://www.gab-limburg.de)  
E-MAIL: [bildungstraeger@gab-limburg.de](mailto:bildungstraeger@gab-limburg.de)

---

#### **Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Arbeit und Beschäftigung, der Erziehung und Bildung, der Forschung und der Entwicklungshilfe

#### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der öffentliche Zweck des Unternehmens wird insbesondere durch die Trägerschaft von Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Bildung von Jugendlichen, die Beratung und Förderung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen bei der Schaffung von geeigneten Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten erfüllt. Darüber hinaus zeichnet sich die BBG für die Konzipierung, Finanzierung, Organisation und Umsetzung der genannten Initiativen verantwortlich.

#### **Organe des Unternehmens**

##### **Organe**

##### **Geschäftsführung**

##### **Kuratorium**

In dieses Gremium können die nachstehenden Institutionen und Körperschaften Vertreter entsenden:

Agentur für Arbeit, Limburg  
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände  
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)  
Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg  
Industrie- und Handelskammer Limburg  
Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft  
Adolf-Reichwein-Schule, Limburg  
Friedrich-Dessauer-Schule, Limburg  
Wilhelm-Knapp-Schule, Weilburg  
Peter-Paul-Cahensly-Schule, Limburg  
Arbeitskreis Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher

Frauenbeauftragte des Landkreises Limburg-Weilburg  
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg  
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.  
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH

## Geschäftsführung

Dr. Manfred Schmidt, Villmar (bis 27. Juni 2013)  
Stephan H. Zimmermann, Dietkirchen (ab 28. Juni 2013)

## Bezüge

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsdatum:	9. Oktober 1998
Sitz:	Limburg a. d. Lahn
Gesellschaftsvertrag:	9. Oktober 1998, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011
Gezeichnetes Kapital:	25.564,59 Euro
Gesellschafter:	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung
Anteil in %:	100

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>
<b>Sachanlagen</b>	0,51	0,51
<b>Umlaufvermögen</b>		
Sonstige Vermögensgegenstände	4.902,04	26.444,87
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	36.468,73	9.774,11
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<b>Summe Aktiva</b>	<b>41.371,28</b>	<b>36.219,49</b>

<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
<b>Verlustvortrag</b>	<b>-14.657,70</b>	<b>-17.621,04</b>
Jahresüberschuss	1.120,19	2.906,89
	<b>12.027,08</b>	<b>10.906,89</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>3.780,00</b>	<b>6.820,00</b>
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen	2.962,95	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	21.654,34	17.511,66
Sonstige Verbindlichkeiten	946,91	980,94
davon aus Steuern	25.564,20	18.492,60
<b>Summe Passiva</b>	<b>41.371,28</b>	<b>36.219,49</b>
<b>Gewinn und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>
Umsatzerlöse	126.464,22	103.239,40
sonstige betriebliche Erträge	517,14	8,61
Gesamterträge	<b>126.981,36</b>	<b>103.248,01</b>
Personalaufwand	120.059,04	94.546,66
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.452,13	5.455,36
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	350,00	282,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<b>1.120,19</b>	<b>2.963,34</b>
- sonstige Steuern	0,00	0,00
<b>Jahresergebnis</b>	<b>1.120,19</b>	<b>2.963,34</b>

## 1. Wirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen

Nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hat sich in den Jahren 2010 bis 2012 in Deutschland eine kräftige konjunkturelle Erholung durchgesetzt. Nach dem bereits in 2010 eine Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes um 3,7 % zu verzeichnen war, konnte in 2011 nochmals eine Erhöhung von 3,0 % erreicht werden.

Zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 hat der öffentliche Sektor im hohen Maße Schulden aufgenommen. Dieser Anstieg wurde durch die gute konjunkturelle Entwicklung in 2011 und 2012 allerdings gebremst. Abgemildert werden die negativen Folgen der Neuverschuldung auch durch das historisch niedrige Zinsniveau, zu dem sich Bund, Länder und Kommunen refinanzieren können.

## 2. Geschäftsverlauf

In 2012 wurden 6 Integrationshelfer zur Begleitung und Betreuung von behinderten Kindern in der Astrid-Lindgren-Schule, Limburg und eine Integrationshelferin für den Rhein-Lahn-Kreis beschäftigt.

In 2011 hat das Hessische Kultusministerium das Projekt zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, genannt Inklusion umgesetzt. Im diesen Rahmen hat der Landkreis Limburg-Weilburg das Förderprogramm Betreuung und Begleitung 2011 aufgelegt und die BBG mit der Übernahme von zwei weiteren Integrationshelferstellen beauftragt, so dass in 2012 insgesamt 7 Integrationshelfer beschäftigt waren. Wie schon im Vorjahr, konnte auch in 2012 ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet werden.

Auf der Grundlage der beschriebenen Entwicklung haben wir in 2012 auch die Gemeinnützigkeit der Betätigung der BBG beim Finanzamt wieder beantragt und mit Bescheid vom 07. September 2012 für die Jahre 2009 und 2010 auch erhalten.

### **3. Vermögens- und Ertragslage**

Von den Aktiva in Höhe von TEUR 41,4 entfallen TEUR 36,5 (88,2 %) auf Liquide Mittel. Das Eigenkapital beträgt nach Ergebnisverrechnung T€ 12,0 oder 29,0 % der Bilanzsumme. Von den Verbindlichkeiten entfallen TEUR 14 auf die kurzfristigen Liquiditätshilfen des Gesellschafters GAB.

Durch die ganzjährige Beschäftigung von 7 Integrationshelfern hat sich die Ertragslage stabilisiert. Die Umsatzerlöse konnten von TEUR 103,2 in 2011 auf TEUR 127,0 in 2012 gesteigert werden. Bei um TEUR 25,6 höheren Personalaufwendungen konnte wie bereits im Vorjahr mit TEUR 1,1 ein Jahresüberschuss erwirtschaftet werden.

Investitionen waren in 2012 nicht notwendig und sind für 2013 auch nicht geplant.

### **4. Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Nachdem in 2011 und 2012 ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet werden konnte, rechnen wir auch für 2013 und 2014 mit Jahresüberschüssen in vergleichbarer Höhe. Dadurch war es in 2013 möglich, die kurzfristigen Liquiditätshilfen des Gesellschafters GAB abzubauen und eine Finanzierung aus der eigenen Geschäftstätigkeit zu erreichen.

Die bisherigen Erfahrungen beim Einsatz der Integrationshelfer sind positiv. Wir gehen davon aus, dass die bisherige Stellenzahl (in 2012 sieben Stellen) beibehalten wird und zukünftig weitere Stellen hinzukommen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Limburg a. d. Lahn, den 30. Juni 2013

gez. Dr. Manfred Schmidt  
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Der Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MNT geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.





## **4.2 ZVN Finanz GmbH**

KARL-BOSCHSTRASSE 10  
65203 WIESBADEN  
TELEFON: +49 611 - 364 277 07  
E-MAIL: [thomas.jung@naspade.de](mailto:thomas.jung@naspade.de)

---

### **Gegenstand des Unternehmens**

Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse (Naspa), welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Gesellschafter der ZVN sind die Landeshauptstadt Wiesbaden mit 24,6 %, der Westerwaldkreis mit 21,4 %, der Rhein-Lahn-Kreis mit 16,4 %, der Main-Taunus-Kreis mit 14,8 %, der Hochtaunuskreis mit 11,4 % und der Landkreis Limburg-Weilburg mit 11,4 %.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital für die Nassauische Sparkasse trägt die ZVN mit dazu bei, ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereichen zu fördern.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt und es gibt im Bericht keinen Anlass, die bisherige Beurteilung zu ändern.

### **Organe des Unternehmens**

#### **Organe**

#### **Geschäftsführung**

#### **Gesellschafterversammlung**

#### **Geschäftsführung**

Andreas Diehl

#### **Bezüge**

Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2012 eine Vergütung in Höhe von 1.000 Euro.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsdatum:	2006
Sitz:	Wiesbaden
Gesellschaftsvertrag:	29. September 2006; im Mai 2007 hinsichtlich des Gegenstandes des Unternehmens geändert
Stammkapital:	25.000 Euro
Gesellschafter:	<b>Landkreis Limburg-Weilburg</b> Anteil in %: 11,4 <b>Landeshauptstadt Wiesbaden</b> Anteil in %: 24,6 <b>Westerwaldkreis</b> Anteil in %: 21,4 <b>Rhein-Lahn-Kreis</b> Anteil in %: 16,4 <b>Main-Taunus-Kreis</b> Anteil in %: 14,8 <b>Hochtaunuskreis</b> Anteil in %: 11,4

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Anlagevermögen, Bet. als stiller Gesellschafter	51.000.000,00	51.000.000,00	51.000.000,00
Umlaufvermögen	2.751.545,45	2.503.431,11	2.334.540,00
<b>Summe</b>	<b>53.751,545,45</b>	<b>53.503.431,11</b>	<b>53.334.540,00</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	12.500,00	12.500,00	12.500,00
Einlage des stillen Gesellschafters	39.000.000,00	39.000.000,00	39.000.000,00
Gewinnrücklagen	236.374,64	157.022,43	75.576,87
Jahresüberschuss	70.406,57	79.352,21	81.445,56
<b>Eigenkapital</b>	<b>39.319.281,21</b>	<b>39.248.874,64</b>	<b>39.169.522,43</b>
Genussscheinkapital	12.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00
Rückstellungen	37.791,74	36.699,80	32.269,00
Verbindlichkeiten	2.394.472,50	2.217.856,67	2.132.748,57
<b>Summe</b>	<b>53.751.545,45</b>	<b>52.503.431,11</b>	<b>53.334.540,00</b>
<b>GuV</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>

Sonstige betriebliche Erträge	808,25	461,78	25,26
Personalaufwand, Löhne und Gehälter	1.000,00	1.000,00	1.000,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	7.841,30	9.247,	11.489,75
Erträge aus d. Bet. als stiller Gesellschafter	2.583.450,00	2.411.460,00	2.307.330,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	628,72	934,24	57,57
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.397.690,76	2.221.075,33	2.115.791,63
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	178.354,91	181.532,98	179.131,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	107.948,34	102.180,77	97.685,89
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>70.406,57</b>	<b>79.352,21</b>	<b>81.445,56</b>

## Geschäftsentwicklung und Lage

Die ZVN Finanz GmbH hat per 1. Dezember 2006 eine stille Einlage von 39,0 Mio. Euro erhalten und am gleichen Tag eine stille Einlage von ebenfalls 39,0 Mio. Euro bei der Nassauischen Sparkasse platziert. Die ZVN Finanz GmbH erzielt aus dem Geschäft jährlich eine feste Marge. Die bei der Nassauischen Sparkasse platzierte stille Einlage war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2015 befristet. Im Dezember 2010 haben ZVN Finanz GmbH und Nassauische Sparkasse vereinbart, dass die Laufzeit der stillen Einlage bis zum 31. Dezember 2032 prolongiert wird.

Am 29. Februar 2008 hat die ZVN Finanz GmbH einen Genussschein von 12,0 Mio. Euro an die Naspas Grundbesitz I GmbH & Co. KG Wiesbaden verkauft und am gleichen Tag von der Nassauischen Sparkasse einen Genussschein von 12,0 Mio. Euro erworben. Daraus erzielt die ZVN Finanz GmbH ebenfalls eine feste Marge. Die Laufzeit der Genussscheine endet jeweils am 31. Dezember 2015.

Damit ist das Geschäftsmodell weiterhin tragfähig.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Jahresüberschuss von 70 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2012 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

## Ausblick

Da die Verzinsung der stillen Einlagen und der Genussscheine aufeinander abgestimmt sind, wird eine planmäßige Entwicklung der Gesellschaft erwartet. Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtung für die bei ihr platzierte stille Einlage und für den Genussschein aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung sowie im Hinblick auf die stille Einlage ein Anspruch auf Ersatz der für eine Zwischenfinanzierung erforderlichen Aufwendungen.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen. Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlage für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2025 wird im zweiten Halbjahr 2015 und für den Zeitraum 1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2032 im zweiten Halbjahr 2025 festgelegt.

Hinsichtlich der Refinanzierung der stillen Einlage für den Prolongationszeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2032 sind noch Vereinbarungen zu treffen.

Wiesbaden, 11. Februar 2013

ZVN Finanz GmbH  
- Geschäftsführung -

Diehl

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:**

Der Jahresabschluss wurde von der Prüfstelle des Sparkassen und Giroverbandes Hessen-Thüringen geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

#### **4.3 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH**

SCHIEDE 43  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431 - 91 79 -0  
[www.wfg-limburg-weilburg-diez.de](http://www.wfg-limburg-weilburg-diez.de)  
E-MAIL: [gw@wfg-lwd.de](mailto:gw@wfg-lwd.de)



---

#### **Gegenstand des Unternehmens**

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG) versteht sich als kundenorientierter Dienstleister und erste Anlaufstelle für unternehmerische Vorhaben im Landkreis. Die Gesellschafterstruktur der WFG mit Akteuren aus Landkreis, Kommunen und der Wirtschaft sowie zahlreiche langjährige Partner stellen das attraktive Netzwerk der WFG dar.

Die WfG unterstützt Unternehmen, Investoren und Existenzgründer mit einem qualifizierten Beratungs- und Dienstleistungsangebot. Das Leistungsangebot beinhaltet Fördermöglichkeiten inkl. Verfahrensbegleitung und bürokratischer Hilfestellung für Unternehmen bei der Ansiedlung, Umsiedlung, Erweiterung oder anderen Investitionen, Koordination zwischen den Genehmigungsbehörden, Unterstützung der Kommunen in Fragen der Gewerbeflächenausweisung, der Infrastrukturplanung und der Regionalplanung, Betriebliche Beratung, Unterstützung der Betriebe bei betriebswirtschaftlichen und technologischen Fragestellungen, Vermittlung und Koordination von Beratungsleistungen Existenzgründung, Begleitung beim Aufbau einer Selbständigkeit in allen Phasen durch Beratung, Coaching und eigene Seminare Tourismus.

Seit 2011 ist die WFG auch zuständig bei Fragen „Rund um den Tourismus“ im Landkreis Limburg-Weilburg.

#### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist es, von öffentlicher Seite beste Bedingungen zu schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Wohl des jeweiligen Gebietes zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die Bestandssicherung und -erweiterung der ansässigen Firmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Über diese klassische Aufgabe hinaus, ist die Wirtschaftsförderung mehr und mehr mit Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet betraut. Beispielhaft seien hier die Schlagwörter Demographie und Fachkräftebedarf, die erneuerbaren Energien, die Tourismusförderung und der Ausbau der Breitbandversorgung genannt. Die Wirtschaftsförderung ist dabei ständig neu vor die Aufgabe gestellt, in Anbetracht vergleichsweise geringer personeller und finanzieller Ressourcen ein stetig wachsendes Spektrum von Verantwortlichkeiten zu vereinen.

## Organe des Unternehmens

### Organe

Geschäftsführung  
Gesellschafterversammlung  
Aufsichtsrat

### Gesellschafterversammlung

Mitglieder des Kreisausschuss  
Peter Trottmann  
Christian Radkovsky

### Aufsichtsrat

Mitglieder des Landkreises

Vorsitzender:  
Stv. Vorsitzender:

Manfred Michel, Landrat  
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter

### Geschäftsführung

Walter Gerharz

### Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
Gründungsdatum: 12. April 1994  
Sitz: Limburg  
Gesellschaftsvertrag: 12. April 1994, letzte Fassung vom 7. April 2009  
Stammkapital: 103.000 Euro  
Gesellschafter:

<b>Beteiligungsverhältnisse / Entwicklung</b>	<b>Anteil</b>	<b>2012</b>
1. Landkreis Limburg-Weilburg*	17.250 €	16,75 %
2. Landkreis Limburg-Weilburg*	2.050 €	2,00 %
<b>Kreisanteil in %</b>	<b>19.300,00 €</b>	<b>18,75 %</b>
5. Stadt Hadamar	1.800 €	1,75%
6. Stadt Diez und Verbandsgemeinde Diez	1.800 €	1,75%

7. Gemeinde Beselich	1.800 €	1,75%
8. Gemeinde Dornburg	1.800 €	1,75%
9. Stadt Runkel	1.800 €	1,75%
10. Gemeinde Hünfelden	1.800 €	1,75%
11. Stadt Limburg	1.800 €	1,75%
12. Gemeinde Löhnberg	1.800 €	1,75%
13. Gemeinde Mengerskirchen	1.800 €	1,75%
14. Gemeinde Merenberg	1.800 €	1,75%
15. Gemeinde Selters	1.800 €	1,75%
16. Gemeinde Villmar	1.800 €	1,75%
17. Gemeinde Waldbrunn	1.800 €	1,75%
18. Stadt Weilburg	1.800 €	1,75%
19. Gemeinde Elz	1.800 €	1,75%
20. Gemeinde Brechen	1.800 €	1,75%
21. Gemeinde Weilmünster	1.800 €	1,75%
22. Gemeinde Weinbach	1.800 €	1,75%
<b>Gemeindeanteile</b>	<b>32.400,00 €</b>	<b>31,50 %</b>
23. Kreissparkasse Limburg	5.150 €	5,00%
24. Kreissparkasse Weilburg	5.150 €	5,00%
25. Nassauische Sparkasse	5.150 €	5,00%
26. Vereinigte Volksbank e.G. Limburg	2.600 €	2,50%
27. Volksbank Mittelhessen e.G.	2.600 €	2,50%
28. Vereinigte Volksbank e.G. Limburg	950 €	0,90%
29. Frankfurter Volksbank (vorm. Weilmünster)	900 €	0,85%
30. Frankfurter Volksbank (vormals Weilmünster)	550 €	0,50%
31. Volksbank Schupbach	450 €	0,40%
32. Volksbank Langendernbach	400 €	0,35%
<b>Bankenanteil</b>	<b>23.900,00 €</b>	<b>23,00%</b>
33. Förderverein RegionAktiv e.V. (7 VR 828)	1.800 €	1,75%
34. Industrie und Handelskammer Limburg	12.800 €	12,50%
35. Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	12,800 €	12,50%
<b>Summe</b>	<b>27.400,00 €</b>	<b>26,75%</b>
<b>Gesamt</b>	<b>103.000,00€</b>	<b>100,00</b>

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Anlagevermögen</b>			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2,00	2,00	2,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,00	45,00	831,00
Beteiligungen	7.002.676,06	7.002.676,06	7.002.676,06
Umlaufvermögen	354.655,71	302.546,07	277.442,63
Kassenbestand, Guthaben bei KI	426.775,68	104.378,01	418.640,77
Wertpapiere	0,00	314.444,51	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	727,06	198,76	0,00
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>7.784.848,51</b>	<b>7.724.290,41</b>	<b>7.699.592,46</b>



<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00	103.000,00
Verlustvortrag	165.583,59	161.978,52	141.177,31
Jahresüberschuss	26.707,12	3.605,07	20.801,21
<b>Eigenkapital</b>	<b>295.290,71</b>	<b>264.978,52</b>	<b>264.978,52</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>18.520,00</b>	<b>20.500,00</b>	<b>19.200,00</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>7.146.959,17</b>	<b>7.115.258,99</b>	<b>7.096.309,31</b>
- aus Lieferungen und Leistungen	5.780,25	2.357,81	1.421,96
- gegenüber Gesellschaftern	314.444,51	314.444,51	314.444,51
Sonstige Verbindlichkeiten	3.853,87	3.145,61	3.238,16
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>7.784.848,51</b>	<b>7.724.290,41</b>	<b>7.699.592,46</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
+ Erträge aus Zuschüssen	165.056,99	59.500,00	62.270,98
+ sonstige betriebliche Erträge	17.526,80	34.821,61	19.453,95
- Materialaufwand	6.807,60	5.335,78	14.678,16
- Abschreibungen	149,81	786,00	2.003,01
- sonstige betriebliche Aufwendungen	159.727,15	113.451,59	92.367,87
+ Erträge aus Beteiligungen	317.450,00	286.580,00	267.890,00
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.396,95	3.343,97	3.430,13
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	146.959,17	115.528,89	96.309,31
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>32.960,55</b>	<b>22.318,05</b>	<b>33.080,19</b>
- sonstige Steuern	6.253,43	18.712,98	12.278,98
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>26.707,12</b>	<b>3.605,07</b>	<b>20.801,21</b>

## Lagebericht

Am 12. April 1994 fand die Gründungsversammlung der Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG) statt. In das Handelsregister B am Amtsgericht Limburg wurde die WFG am 1. Dezember 1994 unter der Nummer 1260 eingetragen.

Im Geschäftsjahr 2012 fanden 2 Aufsichtsratssitzungen und 1 Gesellschafterversammlung statt.

In der 45. Aufsichtsratssitzung vom 17. April 2012, die bei der WFG im Kreishaus in Limburg stattfand, standen der Jahresabschluss 2011, die Entlastung der Geschäftsführung, ein ausführlicher Tätigkeitsbericht und die Meinungsbildung zur Neuausrichtung des Regionalmanagements Mittelhessen auf der Tagesordnung. Weiterhin waren personelle Veränderungen im Aufsichtsrat Thema der Sitzung.

Die 46. Aufsichtsratssitzung fand am 25. September 2012 ebenfalls in den Räumen der WFG im Kreishaus statt. Auf der Tagesordnung stand neben dem Bericht der Geschäftsführung über laufende Projekte der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2013 sowie Veränderungen im Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung.

Am 6. November fand bei der Firma Albert Weil AG in Limburg die 26. Gesellschafterversammlung der WFG statt.

Themen der Versammlung waren der ausführliche Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung, der Jahresabschluss 2011, der Wirtschaftsplan 2013 und die Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 2012. Weiterhin erfolgte die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2011 sowie die Bestätigung der neuen Aufsichtsratsmitglieder durch die Gesellschafter.

Wie in den Jahren zuvor bestand 2012 das Aufgabengebiet der WFG im Wesentlichen im Angebot und der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Beratungen. Schwerpunkte bildeten hierbei Standortthemen, Fragen zur Infrastrukturplanung, Informationen über Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft sowie die Erbringung betriebswirtschaftlicher und technologischer Beratungsleistungen.

Hinzu kamen die seit 2011 übernommenen Aufgaben im Bereich der Tourismusförderung. Auch hier ergab sich für die WFG ein neues breites Aufgabenfeld in den Bereichen Beratung, Gästebetreuung und Erstellung von aktuellen Informationsmaterialien.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld war im Geschäftsjahr 2012 die Breitbandversorgung der Region. Die WFG konnte hier fundierte Beratungsleistungen erbringen und in Kooperation mit Landkreis und Kommunen eine Breitbandstudie für die Region erstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt war im Geschäftsjahr 2012 die Betreuung und Beratung von Existenzgründern und Unternehmen. Neben intensiven Einzelberatungen hatte die WFG zur Unterstützung von Unternehmensgründungen ein umfassendes Jahresprogramm für die Region Limburg-Weilburg-Diez angeboten. Die regelmäßig monatlich durchgeführten Seminare zur Erstinformation von Gründern und Jungunternehmern aus allen Branchen und Gewerken waren stets gut besucht.

Zusammen mit der IHK Limburg, der Arbeitsagentur Limburg und der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg organisierte die WFG am 11. Oktober 2012 den jährlichen Gründertag in der Region Limburg-Weilburg-Diez. Es gelang den Organisatoren erneut, alle relevanten Institutionen und Ansprechpartner für Existenzgründer und Jungunternehmer für die Teilnahme zu gewinnen. Der Gründertag 2012 fand erstmals in den neuen Räumen der Wilhelm-Knapp-Schule in Weilburg statt.

Bereits seit 1998 ist die WFG Träger eines Förderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb des Landkreises. Auch im Jahr 2012 konnte die WFG wieder Zuschüsse für - in der Regel - erstmals geschaffene Ausbildungsplätze im Landkreis Limburg-Weilburg vergeben.

Aufgrund der besseren personellen Ausstattung konnte die WFG in allen Aufgabengebieten erfolgreich ihre Beratungsleistungen sowohl quantitativ als auch qualitativ ausbauen.

### **Ertragslage**

Der Jahresüberschuss ist um T€ 23,1 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dies ist überwiegend auf Kosteneinsparungen (gegenüber dem Haushaltsplan) und einer niedrigen nichtabzugsfähigen Vorsteuer zurückzuführen.

## **Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 als zuverlässige und qualitativ anspruchsvolle Beratungseinrichtung in der Region etabliert. Die aktive Kontaktpflege zu den ansässigen Unternehmen, die Unternehmensnähe und die große Resonanz auf das Beratungs- und Dienstleistungsangebot sprechen für dieses Konzept.

Für die erforderliche Arbeit der Gesellschaft ist es weiterhin notwendig, dass die finanzielle Basis, trotz der schwierigen finanziellen Situation einzelner Gesellschafter, auch zukünftig ausreichend gesichert bleibt. Durch den Ausbau der Marketingaktivitäten der Gesellschaft und die Übernahme der Tourismusförderung des Landkreises Limburg-Weilburg werden sich zukünftig Ausgabepositionen ergeben, die auch einer zusätzlichen Finanzierung bedürfen.

Für das Geschäftsjahr 2013 rechnet die Gesellschaft laut Wirtschaftsplan mit einem leicht negativen Ergebnis.

Mit Vertrag vom 5. Dezember 2006 hat die Gesellschaft einen Vertrag als stiller Gesellschafter mit der Nassauischen Sparkasse mit einer Vermögenseinlage von 7,0 Mio. Euro geschlossen. Die Laufzeit ist auf das Ende des Kalenderjahres 2015 befristet und ist für beide Seiten unkündbar. Es gibt jedoch für die Nassauische Sparkasse ein außerordentliches Kündigungsrecht mit einer Frist von 2 Jahren zum Ende eines Geschäftsjahres, das frühestens zum 31. Dezember 2011 hätte ausgeübt werden können, wenn sich Rechtsvorschriften ändern, die zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Vermögenseinlage führen, als zum Zeitpunkt der Begründung der stillen Gesellschaft.

Für die stille Gesellschaft wird eine Verzinsung im Nennbetrag der Einlage mit dem 12-Monats Euribor zuzüglich einer Marge von 2,58 % gewährt. Die stille Gesellschaft ist an einem etwaigen Verlust der Nassauischen Sparkasse im Verhältnis ihres Buchwertes zum sonstigen am Verlust teilnehmenden haftenden Eigenkapital der Nassauischen Sparkasse beteiligt, jedoch begrenzt auf die Höhe der Vermögenseinlage.

Die Vermögenseinlage wurde in voller Höhe bei einem Kreditinstitut refinanziert. Der Kredit ist endfällig am 30. April 2016 und durch eine 100%ige Ausfallbürgschaft des Landkreises Limburg-Weilburg abgesichert. Es ist lediglich eine außerordentliche Kündigungsfrist vorgesehen.

Mit Datum 16. Dezember 2010 wurde die Laufzeit der Vermögenseinlage prolongiert. In Abänderung von § 4 Abs. 1 des Vertrages über die stille Gesellschaft wurde die Laufzeit der stillen Gesellschaft über den 31. Dezember 2015 hinaus bis zum Ende des Kalenderjahres verlängert. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg, der die Bürgschaft übernommen hat, hat in seiner 34. Sitzung am 10. Dezember 2010 dieser Prolongation zugestimmt.

Die WFG wird auch 2013 ihr umfassendes Beratungs- und Dienstleistungsangebot vorhalten und bei Bedarf in Teilbereichen weiter ausbauen. Die Anpassungsfähigkeit an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Beschlüsse der Gesellschaft ist dabei stets gewährleistet.

Limburg an der Lahn, 21. März 2013

Walter Gerharz

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:**

Der Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Giebeler geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



#### 4.4 Nassauische Heimstätte

SCHAUMAINKAI 47  
60596 FRANKFURT  
TELEFON: +49 69 6069-1633  
[www.naheimst.de](http://www.naheimst.de)  
E-MAIL: [Robert.Mildner@naheimst.de](mailto:Robert.Mildner@naheimst.de)



---

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Nassauische Heimstätte ist im Unternehmensverbund mit der WOHNSTADT Städteentwicklung- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH Kassel in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit rund 62.000 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienwirtschaft mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilien angeboten. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.

Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsolidiert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilerwerb erfolgt, sodass die bestehende Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Außerdem werden die operativen Teilleistungen bei der WOHNSTADT im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend von der Nassauischen Heimstätte erbracht.

#### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ziel des Unternehmens ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Berücksichtigung von Wohnungssuchenden, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

#### Organe des Unternehmens

##### Organe

	<b>Aufsichtsrat</b>
Vorsitzender	Dieter Posch (bis 14.06.2012) Florian Rentsch (seit 15.06.2012)
stv. Vorsitzender	Bernhard Stöver
stv. Vorsitzender	Peter Feldmann Markus Amon Ulrich Baier Jens Bersch, Elmar Damm,

Dagmar Brinkmann  
Gerd Brückmann  
Dr. Christian Hermann  
Hans-Joachim Hertling  
Prof. Dr. Luise Hölscher  
Marion Hofmann  
Wolfgang Koberg  
Werner Koch  
Bernhard Köppler (seit 01.09.2012)  
Dr. Walter Lübcke  
Elke Maiberger  
Peter Mensinger  
Gottfried Milde  
Werner Müller  
Erika Pfreundschuh (bis 23.07.2012)  
Dr. Hans Pich (bis 31.08.2012)

### **Geschäftsführung**

Leitender Geschäftsführer  
Prof. Thomas Dilger  
Dirk Schumacher  
Bernhard Spiller (bis 31.05.2012)

### **Bezüge**

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bei der Gesellschaft betragen 395.680,46 Euro.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 19.760 TEUR.

### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsdatum:	26.06.1928
Sitz:	Frankfurt am Main
Gesellschaftsvertrag:	vom 19. Dezember 2004, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011
Stammkapital:	109.860.775,22 Euro
Gesellschafter:	<b>Land Hessen</b> Anteil in %: 56,02 (61.545.124 Euro)

**Stadt Frankfurt.**

Anteil in %: 31,11 (34.180.834 Euro)

**Landkreis Limburg-Weilburg**

Anteil in %: 0,0091 (9.970,19 Euro)

**Beteiligungen**

BW Butzbacher Wohnungsgesellschaft mbH, Butzbach (4,34%), Garagen-Bau- und Betriebsgesellschaft mbH (60,00%), GEWOBAU Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (1,60%), Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim mbH (0,02%), Nassauische Heimstätte Gesellschaft für Innovative Projekte im Wohnungsbau mbH (100,00%), Hessische Landesgesellschaft mbH (0,33%), MAVYEST Wohnungsbaugesellschaft mbH (25,26%), MIBAU Gemeinnützige AG für Mietwohnungsbau (7,91%), Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH (1,00%), Wohnheim GmbH (0,12%), WWG Wetzlarer Wohnungsbaugesellschaft mbH (5,11%), WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH Kassel (83,45%).

<b>Bilanz der Nass. Heimstätte</b>			
	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Aktiva</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände	778.472,00	719.930,00	962.972,00
Sachanlagen	1.036.875.881,21	1.050.664.848,28	1.074.468.620,82
Finanzanlagen	142.791.530,98	137.811.244,00	136.699.583,43
Umlaufvermögen	141.766.293,92	128.730.052,50	142.511.318,11
Forderungen	14.635.344,38	18.610.866,61	17.315.003,23
Wertpapiere, Kassenbestand	99.152.665,16	99.625.526,84	79.801.359,06
Rechnungsabgrenzungsposten	2.308.179,44	2.659.207,91	2.805.568,25
<b>Summe Aktiva</b>	<b>1.466.778.875,37</b>	<b>1.460.863.870,63</b>	<b>1.454.564.424,90</b>
<b>Passiva</b>			
Gezeichnetes Kapital	109.860.775,22	109.860.775,22	109.860.775,22
Kapitalrücklage	8.282.928,45	8.282.928,48	8.282.928,48
Sonstige Rücklagen	243.056.989,92	218.123.468,60	192.231.160,05
Bilanzgewinn	34.188.504,64	28.125.821,27	27.084.608,50
Rückstellungen	29.985.119,30	28.761.525,28	25.704.612,99
Verbindlichkeiten	1.041.399.726,55	1.067.703.593,97	1.091.395.524,42
Rechnungsabgrenzungsposten	4.531,26	5.757,81	4.815,24
<b>Summe Passiva</b>	<b>1.466.778.575,37</b>	<b>1.460.863.870,63</b>	<b>1.454.564.424,90</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
+ Umsatzerlöse	290.007.545,55	304.572.770,56	316.648.040,52



+ Erhöhung des Bestandes	50.800,31	11.616.542,82	19.407.774,60
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	3.347.529,57	3.815.016,38	3.556.397,77
+ sonstige betriebliche Erträge	5.966.112,29	3.202.234,06	3.595.556,36
- Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen	139.932.000,79	140.970.592,32	143.225.538,91
- Personalaufwand	44.387.024,61	46.169.666,80	49.066.024,38
- Abschreibungen	32.011.512,73	31.740.053,82	31.018.424,22
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.122.984,74	13.450.153,82	12.879.630,13
+ Erträge aus Beteiligungen	651.774,20	688.545,19	601.107,23
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	1.718.417,80	1.447.235,97	1.251.158,11
+ Sonstige Zinsen und Erträge	1.135.310,11	1.394.376,46	720.687,53
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	581.047,88	47.258,41	182.342,20,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.408.056,06	36.457.981,54	37.990.669,38
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	37.431.735,60	34.667.929,09	32.602.543,70
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.985.943,03	3.282.474,00	2.245.947,04
- Sonstige Steuern	57.287,93	59.633,82	63.768,16
Jahresüberschuss	35.388.504,64	31.325.821,27	30.184.608,50
Einstellung in gesellschaftsvertr. Rücklage	1.200.000,00	3.200.000,00	3.100.000,00
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>34.188.504,64</b>	<b>28.125.821,27</b>	<b>27.084.604,50</b>

Der Gesellschaftskapitalanteil des Landkreises Limburg-Weilburg beträgt 9.970,19 Euro.

Dies entspricht 0,0091 %.

Im Haushaltsjahr 2012 wurde - wie im Vorjahr- eine Dividende in Höhe von 4%, also 398,81 Euro gezahlt.

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:**

Der Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Domizil-Revisions AG geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Frankfurt am Main, den 30. April 2013

#### 4.5 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH

ALTE BLEICHE 5  
65719 HOFHEIM A. T.  
TELEFON: +49 6192 -294-0  
[www.rmv.de](http://www.rmv.de)  
E-MAIL: [rmv@rmv.de](mailto:rmv@rmv.de)



---

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

Regionalisierter regionaler Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem.

#### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

#### Organe des Unternehmens

**Aufsichtsrat:**

- Vorsitzende: Oberbürgermeisterin Petra Roth, Stadt Frankfurt (bis 27.06.2012)
- Stellv. Vorsitzender: 1. Kreisbeigeordneter André Kawai, Main-Kinzig-Kreis
- Mitglieder: Staatssekretär Steffen Saebisch, Land Hessen  
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher, Land Hessen  
Stadträtin Brigitte Lindscheid, Stadt Darmstadt  
Bürgermeisterin Birgit Simon, Stadt Offenbach (bis 22.03.2012)  
Oberbürgermeister Horst Schneider, Stadt Offenbach (bis 21.11.2012)  
Bürgermeister Peter Schneider, Stadt Offenbach (ab 21.11.2012)  
Stadträtin Sigrid Möricke, Stadt Wiesbaden  
Oberbürgermeister Michael Korwisi, Stadt Bad Homburg v.d.H.

Oberbürgermeister Gerhard Möller, Stadt Fulda  
Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, Stadt Gießen  
Stadtrat Axel Weiss-Thiel, Stadt Hanau  
Oberbürgermeister Egon Vaupel, Stadt Marburg  
Oberbürgermeister Stefan Gieltowski, Stadt Rüsselsheim (bis 31.12.2011)  
Oberbürgermeister Patrick Burghardt, Stadt Rüsselsheim (bis 31.12.2011)  
Oberbürgermeister Wolfram Dette, Stadt Wetzlar  
Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann, Landkreis Darmstadt-Dieburg  
Landrat Bernd Woide, Landkreis Fulda  
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen  
Kreisbeigeordneter Gerald Kummer, Kreis Groß-Gerau  
Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis  
Landrat Wolfgang Schuster, Lahn-Dill-Kreis  
Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg  
Landrat Michael Cyriax, Main-Taunus-Kreis  
Kreisbeigeordneter Dr. Karsten McGovern, Landkreis Marburg-Biedenkopf  
Landrat Dietrich Kübler, Odenwaldkreis  
Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Landkreis Offenbach  
Landrat Burkhard Albers, Rheingau-Taunus-Kreis  
Landrat Rudolf Marx, Vogelsbergkreis (bis 31.05.2012)  
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis (ab 01.06.2012)  
Landrat Joachim Arnold, Wetteraukreis

**Geschäftsführung:** Prof. Knut Ringat, Sprecher der GF  
Klaus-Peter Güttler  
**Stellvertreter oder Prokuristen:** Hartmut Achenbach (bis 31.12.2011)  
Susanne Bieling  
Kai Daubertshäuser  
Jörg Lunkenheimer  
Wolfgang Rausch  
Thomas Busch

#### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

**Rechtsform:** GmbH  
**Gründungsjahr:** 1994

**Stammkapital:** 690.244,03 Euro

<b>Gesellschafter:</b>	<u>Name</u>	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
	Hessisches Ministerium der Finanzen	3,704	25.564,59
	Stadt Darmstadt	3,704	25.564,59
	Stadt Frankfurt a.M.	3,704	25.564,59
	Stadt Offenbach a.M.	3,704	25.564,59
	Stadt Wiesbaden	3,704	25.564,59
	Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,704	25.564,59
	Stadt Fulda	3,704	25.564,59
	Stadt Gießen	3,704	25.564,59
	Stadt Hanau	3,704	25.564,59
	Stadt Marburg	3,704	25.564,59
	Stadt Rüsselsheim	3,704	25.564,59
	Stadt Wetzlar	3,704	25.564,59
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,704	25.564,59
	Landkreis Fulda	3,704	25.564,59
	Landkreis Gießen	3,704	25.564,59
	Landkreis Groß-Gerau	3,704	25.564,59
	Landkreis Hochtaunuskreis	3,704	25.564,59
	Landkreis Lahn-Dill	3,704	25.564,59
	Landkreis Limburg-Weilburg	3,704	25.564,59
	Landkreis Main-Kinzig	3,704	25.564,59
	Landkreis Main-Taunus	3,704	25.564,59
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	3,704	25.564,59
	Odenwaldkreis	3,704	25.564,59
	Landkreis Offenbach	3,704	25.564,59
	Rheingau-Taunus-Kreis	3,704	25.564,59
	Vogelsbergkreis	3,704	25.564,59
	Wetteraukreis	3,704	25.564,59
<b>Beteiligungen:</b>	<u>Name</u>	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
	Rhein-Main-Verkehrsverbund		
	Service GmbH, (rms)	100,00	125.000,00
	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)	100,00	100.000,00
	ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm)	12,45	30.000,00
	RTW Planungsgesellschaft mbH	33,33	10.000,00
	VDV Kernapplikations GmbH & Co. KG	11,27	100.000,00

<b>AKTIVA</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	7.834	8.519	6.512
Finanzanlagen	1.009	1.014	1.014
<b>Anlagevermögen</b>	<b>8.843</b>	<b>9.533</b>	<b>7.526</b>
Vorräte	89	89	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.324	21.958	21.843
Kassenbestand	1.273	960	1.049
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>22.686</b>	<b>23.007</b>	<b>22.892</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>132</b>	<b>160</b>	<b>245</b>
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>31.661</b>	<b>32.700</b>	<b>30.664</b>
<b>PASSIVA</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	690	690	690
Rücklagen	1.481	1.481	1.481
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0
<b>Eigenkapital</b>	<b>2.171</b>	<b>2.171</b>	<b>2.171</b>
<b>Sonderposten für Zuschüsse</b>	<b>8.843</b>	<b>9.533</b>	<b>7.526</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>13.819</b>	<b>11.357</b>	<b>11.022</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>6.823</b>	<b>9.639</b>	<b>9.919</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>25</b>
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>31.661</b>	<b>32.700</b>	<b>30.664</b>
	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR
+ Umsatzerlöse	3.564	3.579	5.122
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.368	1.274	1.107
- Materialaufwand	21.969	25.767	27.666
- Personalaufwand	9.420	9.059	10.089
- Sonstige betriebliche Aufwendungen			
<b>Betriebsergebnis</b>			
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	128	89	83
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	572	652	672
<b>Finanzergebnis</b>			
<b>Gewöhnliches Geschäftsergebnis</b>	<b>379</b>	<b>379</b>	
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>			
<b>Steuern vor Ertrag (-)</b>			
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## **Auswirkung auf den Kreishaushalt**

### **Grundsätzliche Regelung über Verlustabdeckung, Gewinnabführung, Konzessionsabgabe.**

Grundsätzlich ist die RMV GmbH nach ihrem Gesellschaftsvertrag kein gewinnorientiertes Unternehmen, so dass das Jahresergebnis sich immer mit Null darstellt. Dies ist darin begründet, dass die nicht verbrauchten Landesmittel bisher an das Land Hessen zurückgeführt werden müssen und seit Einführung der Pauschalierung auf das nächste Jahr übertragen werden, ohne dass sie als Gewinn in der Bilanz dargestellt werden.

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### **Beteiligungen**

#### **Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)**

Von grundlegender Bedeutung für die fahma sind weiterhin der Gesellschaftsvertrag sowie der Ergebnisabführungsvertrag zwischen der RMV GmbH und der fahma sowie der Kooperationsvertrag zwischen RMV GmbH und fahma vom 12. Dezember 2003, angepasst durch die Zusatzverträge vom 15. September 2006, vom 01. September 2009, vom 12. Dezember 2010 sowie vom 03. September 2012.

Die Finanzierung ist weiterhin geprägt vom Darlehensvertrag Odenwaldbahn mit der Deutschen Verkehrsbank AG (DVB) vom 16. Dezember 2003, vom Darlehensvertrag Taunusbahn mit der DVB vom 05. Juli 2005 sowie den Darlehensverträgen mit der DVB vom 08. Oktober 2007 und vom 14. Dezember 2007 über drei und ein weiteres Fahrzeug für die Odenwaldbahn bzw. die Anbindung Pfungstads.

Ein Fahrzeug wurde durch die fahma und die Werkstatt der HLB in Königstein für die Aufnahme eines Testrechners vorbereitet, die Installation erfolgt voraussichtlich im ersten Halbjahr 2013.

Es wird erwogen, der fahma GmbH einen Teil des abzuführenden Ergebnisses 2012 eigenkapitalstärkend als Gewinnrücklage wieder zuzuführen. Die Beibehaltung dieses Vorgehens auch in 2013 und den folgenden Jahren – entsprechend positive Jahresergebnisse unterstellt - dient der Verbesserung der finanziellen Ausstattung und Kapitalstruktur.

Unter Berücksichtigung auch der Zinserträge ergibt sich ein verbleibender Überschuss von 957.129,35 Euro (Vorjahr 938.36,59 Euro), der gemäß des Ergebnisabführungsvertrages an die RMV GmbH abzuführen ist.

#### **Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms GmbH)**

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 49% von 9.617 TEUR auf 14.359 TEUR gestiegen. Darunter fällt die Auflösung von Abgrenzungen (5.210 TEUR), im Wesentlichen begründet mit der Eigentumsübertragung des verbundweiten Hintergrundsystems (E-Ticket) an die RMV GmbH. In etwa glei-

cher Höhe wurden unfertige Leistungen zu begonnenen Beratungsprojekten wieder aufgebaut.

Mit Ausblick auf die Jahre 2013 und 2014 scheint eine weitere Umsatzsteigerung möglich unter der Voraussetzung, dass die in Akquise befindlichen F & E-Vorhaben beauftragt werden.

Trotz einer Steigerung des Umsatzes mit Dritten im Jahr 2012 wird es für die rms GmbH weiterhin von Bedeutung sein, dass der RMV wichtige Dienstleistungen wie Kundenkommunikation, Datenmanagement, eTicket RheinMain und andere Beratungsleistungen von der rms GmbH erbringen lässt.

Die Akquisition von Bundesforschungsmitteln hat für die rms GmbH erheblich an Bedeutung gewonnen, wenngleich auch hier die Förderung für den ÖPNV insgesamt rückläufig ist und die Vorlaufzeiten für Projektakquisition in der Regel mehrere Jahre umfassen. Sowohl Beauftragungswahrscheinlichkeiten, wie auch –zeitpunkte lassen sich oft nur schwer abschätzen. Bei der Größe der Vorhaben ist dies für die Personaleinsatzplanung teilweise eine große Herausforderung.

Grundsätzlich ist auch die liquiditätsbezogene Absicherung durch den Hauptgesellschafter weiter gewährleistet.

### **VDV-Kernapplikation GmbH & Co KG**

Der Umsatz für 2012 beträgt 1.691 TEUR und liegt erheblich unter dem Prognosewert. Hierfür gibt es zwei Erklärungen:

- **Fördermittel**  
Erwartete Fördermittel wurden vom Zuschussgeber nicht gewährt. Ein Bescheid lag bis Redaktionsschluss nicht vor.
- **Kalkulationsfehler**  
Aufgrund eines Kalkulationsfehlers wurde eine etwas größere Anzahl von in Umlauf kommenden Chipkarten angenommen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr stets gegeben. Am 24. September 2012 hat die Gesellschafterversammlung der VDV-KA KG eine grundsätzliche Erhöhung der bei Ausgabe einer Chipkarte zu entrichtenden Zertifikatsgebühren beschlossen.

Für die Definition einer verkehrsmarktgerechten und ganzheitlichen Lösung unter Berücksichtigung von Tarif, Fahrplan und Betrieb wurde in dem FOPS-Projekt Delfi+ ein Arbeitspaket unter der Beteiligung der rms GmbH, VVO, MDV, HaCon, IVU und VDV-KA KG geschaffen. Dieses Arbeitspaket startete im Februar 2013.

### **RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)**

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 13. Dezember 2012 wurde die Gesellschaft bis zum 31. Dezember .2015 verlängert.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen

- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger...

Die Projekte 2013 sind durch die neue Aufgabenstellung der Gesellschaft gekennzeichnet:

Durchführung der HOAI Leistungsphasen 3 und 4 mit dem Ziel, im Jahr 2015 Bau-recht für die RTW zu erreichen.

### **Geschäftsentwicklung 2012**

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zu 2011 um 5.169 TEUR auf 39.431 TEUR gesunken (i. Vj. 44.600 TEUR). Im Wesentlichen betraf dies den Rückgang für Aufwendungen für bezogene Leistungen um 3.798 TEUR sowie die Zuführungen zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen um 1.202 TEUR.

Im Geschäftsjahr wurden die Zuwendungen des Landes Hessen für die Förderung der Verkehrsverbände reduziert. In Folge reduzierte die RMV GmbH insbesondere die bezogenen Aufwendungen für Projekte...

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2012 lagen wiederum zum einen in den originären Aufgaben wie

- Erstellung des neuen Fahrplanes 2013
- Fahrkarten- u. Vertriebsinfrastrukturstandards
- Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen sowie Qualitätserfassung und –bewertung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und im Buspersonennahverkehr (BPNV)
- RMV-Hotline und Kundenkommunikation

sowie zum anderen im strategischen Bereich wie

- Mobilitäts- u. verkehrsplanerische Untersuchungen
- Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes
- Investitionsmaßnahmen
- Tarifstrukturreform
- Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)...

Die flüssigen Mittel erhöhten sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 313 TEUR auf 564 TEUR. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 2.707 TEUR (i. Vj. 3.538 TEUR). Er wurde verwendet für Mittelabflüsse für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 2.394 TEUR (i. Vj. 3.627 TEUR).



Die RMV GmbH hat sich in enger Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen in die Arbeiten zur Novellierung des Gesetzes eingebracht. Das novellierte Gesetz ist zum 01. Januar 2013 in Kraft getreten. Bei der derzeit in Arbeit befindlichen Aufstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes werden die neuen gesetzlichen Vorschriften bereits angewendet. Der neue Terminus lautet nun „verbundweiter Nahverkehrsplan“. Die Busleistungen werden neu unterschieden in Verbundbusverkehr, regionaler Busnahverkehr und lokaler Verkehr. Neu ist auch, dass die verbundweiten Nahverkehrspläne der Zustimmung des zuständigen Ministeriums bedürfen.

Zentraler Bestandteil der Zusammenarbeit mit den LNOs waren auch im Jahr 2012 die Sitzungen des Lenkungskreises sowie der Arbeitskreise „Ballungsraum“, „Region“ und „Verzahnung/Integration“. In diesen Gremien wurden die jeweils aktuellen Erkenntnisse vorgestellt, diskutiert und abgestimmt. Insgesamt tagten die genannten Gremien 2012 sechs Mal.

Im Jahr 2012 wurden mit dem Hessischen ÖPNV-Gesetz und dem Personenbeförderungsgesetz zwei Gesetze geändert, die unmittelbar Einfluss auf den Regionalen Nahverkehrsplan haben. Das Gesetzgebungsverfahren wurde seitens der RMV GmbH begleitet und die neue Rechtslage in den RNVP eingearbeitet.

Bezugnehmend auf die im Vorjahr angekündigten Teilnetzverschiebungen kann nunmehr berichtet werden, dass die entsprechenden Vertragsanpassungen - nach Auslaufen der einjährigen Frist nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370 - im Dezember 2012 vollzogen wurden.

Auch im Geschäftsjahr hat die RMV GmbH in Zusammenarbeit mit den lokalen Nahverkehrsgesellschaften sowie den Verkehrsunternehmen ihre Aktivitäten zur Effizienzsteigerung im Vertrieb fortgesetzt. Wesentliche Aspekte waren die Einführung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) mit den Bausteinen chipkartenbasierter Vertrieb von Zeitkarten, handybasierte Fahrtenerfassung mit nachträglicher Abrechnung auf der Grundlage des Systems der DB AG (Touch&Travel) sowie der Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden über mobile Endgeräte. Das RMV-HandyTicket hat sich dabei als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert. Die Zahl angemeldeter Kunden stieg von knapp 34.000 Ende 2011 auf ca. 70.000 Ende Dezember 2012 an.

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

#### 4.6 Zweckverband Naturpark Taunus

HOHEMARKSTRASSE 192  
61440 OBERURSEL  
TELEFON: +49 61 71 – 97 90 7-0  
[www.naturpark-taunus.de](http://www.naturpark-taunus.de)  
E-MAIL: [INFO@NATURPARK-TAUNUS.DE](mailto:INFO@NATURPARK-TAUNUS.DE)



---

#### Gegenstand des Unternehmens

Förderung des „Naturparks Hochtaunus“ im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

<b>Gründung</b>	1962
<b>Mitglieder</b>	Hochtaunuskreis 37,0%, Stadt Frankfurt am Main, 5,0%, Landkreis Limburg-Weilburg, 8,0%, Main-Taunus-Kreis, 31,0%, Lahn-Dill-Kreis, 8,0%, Wetteraukreis, 9,0% Landkreis Gießen, 2,0%.
<b>Verbandsversammlung</b>	30 Mitglieder davon für den Landkreis Limburg-Weilburg:  Ferdinand Muth, Selters Willi Hamm (Vertreter) Reinhold Ketter, Weinbach Christian Radkovsky (Vertreter)
<b>Verbandsvorstand</b>	besteht aus 7 Mitgliedern, für den Landkreis Limburg-Weilburg <b>Karl Heinz Stoll</b> , Weilburg
<b>Verbandsumlage</b>	15.800,00 € im Jahr 2005 16.400,00 € im Jahr 2006 16.700,00 € im Jahr 2007 18.400,00 € im Jahr 2008 18.800,00 € im Jahr 2009 20.000,00 € im Jahr 2010 20.400,00 € im Jahr 2011 20.800,00 € im Jahr 2012
<b>Prüfungsbehörde</b>	Revision des Hochtaunuskreises



#### 4.7 Gesellschaft Hochtaunusstrasse

HOHEMARKSTRASSE 192  
61440 OBERURSEL  
TELEFON: +49 61 71 / 50 78 0  
[www.taunus.info.de](http://www.taunus.info.de)  
E-MAIL: [TI@TAUNUS.INFO](mailto:TI@TAUNUS.INFO)



#### Aufgabe

1. die Hochtaunusstrasse zu beschildern; auch durch Hinweise auf besondere landschaftliche Gegebenheiten und Sehenswürdigkeiten;
2. für die Hochtaunusstrasse und die daran liegenden oder erreichbaren Erholungsgebiete zu werben;
3. die in den Orten an dieser Strasse stattfindenden heimatlichen Veranstaltungen zu fördern und damit den Besuch attraktiv zu machen;
4. die Landschaftspflege im Bereich der Hochtaunusstrasse zu fördern;
5. auf einen guten Zustand der Hochtaunusstrasse hinzuwirken.

#### Gründung

1970

#### Vertreter des Kreises

Karl-Heinz Stoll

#### Mitglieder

Bad Homburg v.d.Höhe      Hochtaunuskreis,  
Kreis Limburg-Weilburg,      Stadt Bad Camberg,  
  
Stadt Oberursel              Gemeinde Weilrod,  
Gemeinde Schmitten,      HoGa Taunus,

#### Verbandsvorstand

Landrat Ulrich Krebs, Vorsitzender  
Daniela Pompe, Geschäftsführerin

#### Verbandsumlage

1.124,80 €



#### 4.8 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG

HOHEMARKSTRASSE 192  
61440 OBERURSEL  
TELEFON: +49 61 71 / 50 78 0  
[www.taunus.info.de](http://www.taunus.info.de)  
E-MAIL: [TI@TAUNUS.INFO](mailto:TI@TAUNUS.INFO)



---

**Name** Spar- und Bauverein Wetzlar - Weilburg eG.  
Postfach 1649, 35526 Wetzlar  
Tel.: 06441- 948823

**Beteiligung** Das Mitgliedskonto mit der Nummer 4431 wies im Geschäftsjahr 2012 eine Beteiligung in Höhe von 5.500,00 € aus. Eine Dividende in Höhe von 220 Euro (4%) wird jährlich (i.d.R. zur Jahresmitte, hier 01. Juli) ausgeschüttet.

---

#### 4.9 Frankfurter Volksbank

BÖRSENSTRASSE 1  
60313 FRANKFURT  
TELEFON: +49 69 2172-0  
[www.frankfurter-volksbank.de](http://www.frankfurter-volksbank.de)  
E-MAIL: [INFO@FRANKFURTER-VOLKSBANK.DE](mailto:INFO@FRANKFURTER-VOLKSBANK.DE)



Der Landkreis Limburg-Weilburg hat im Jahr 2012 Geschäftsanteile in Höhe von 100 Euro gehalten.

Für diese Geschäftsanteile wurde am 10. April 2013 eine Dividende in Höhe von 5,06 Euro ausgezahlt.

---

#### 4.10 Vereinigte Volksbank Limburg eG

WERNER-SENGER-STR. 8  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431 29060  
[www.vvblm.de](http://www.vvblm.de)  
E-MAIL: [INFO@VVBLM.DE](mailto:INFO@VVBLM.DE)



---

Der Landkreis Limburg-Weilburg hat im Jahr 2012 einen Geschäftsanteil (Mitgliedsnummer 800273765) in Höhe von 50 Euro gehalten.

Für diesen Geschäftsanteil wurde am 27. Juni 2013 eine Dividende in Höhe von 2,53 Euro ausgezahlt.

Der Landkreis Limburg-Weilburg hält außerdem weitere vier Geschäftsanteile (Mitgliedsnummer 800072085) der Vereinigten Volksbank Limburg eG in Höhe von 200 Euro.

Für diese Geschäftsanteile wurde am 27. Juni 2013 eine Dividende in Höhe von 10,11 Euro ausgezahlt.

## **5 Mittelbare Beteiligungen**





## 5.1 Klinikverbund Hessen GmbH

LINDENSTRASSE 10  
65719 HOFHEIM  
TELEFON: +49 6192 2006467  
[www.klinikverbund-hessen.de](http://www.klinikverbund-hessen.de)  
E-MAIL: [GF@KLINIKVERBUND-HESSEN.DE](mailto:GF@KLINIKVERBUND-HESSEN.DE)



---

## Gegenstand des Unternehmens

Der Klinikverbund Hessen ist die Interessenvertretung von 33 leistungsfähigen Akut- und Rehabilitationskliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft mit rund 11.000 Betten. Der Klinikverbund versorgt jährlich mehr als 470.000 stationäre und 800.000 ambulante Patientinnen und Patienten. Mit einem hochwertigen Behandlungsangebot von der stationären Grundversorgung über Pflege, Notfallversorgung und Rehabilitation bis zur Spitzenmedizin bildet der Verbund das Rückgrat der Krankenhausversorgung in Hessen. Insgesamt sind hier rund 18.000 Mitarbeiter beschäftigt.

Die Gesellschafter erhalten durch den Klinikverbund eine Plattform für Beratungen, Wissensaustausch (Best Practice) und Unterstützung durch die Schulung von Mitarbeitern.

## Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ziel und Aufgabe des Unternehmens ist es, die Interessen der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gegenüber den politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträgern im Gesundheitswesen zu unterstützen und für deren Belange einzusetzen.

## Organe des Unternehmens

### Organe

Geschäftsführung  
Gesellschafterversammlung

### Geschäftsführung

Arist Hartjes

### Personal

Im Berichtszeitraum waren neben der Geschäftsführung zwei weitere Personen beschäftigt.

## Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die am 14. Juli 2004 gegründet wurde
Sitz:	Hofheim am Taunus
Gesellschaftsvertrag:	Letzte Fassung vom 10. Mai 2012
Stammkapital:	110.000 Euro
Gesellschafter	sind mit je gleichen Anteilen: <ul style="list-style-type: none"><li>• Klinikum Fulda gAG, Fulda</li><li>• Kreiskrankenhaus Vogelsbergkreis in Alsfeld GmbH</li><li>• Klinikum Bad Hersfeld GmbH</li><li>• Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, Erbach</li><li>• Lahn-Dill-Kliniken GmbH, Wetzlar</li><li>• Hochtaunus Kliniken Bad Homburg-Usingen gGmbH</li><li>• Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH, Hofheim</li><li>• <b>Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH</b></li><li>• Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH</li><li>• GPR gesundheits- und Pflegezentrum gGmbH Rüsselsheim</li><li>• HSK Dr. Horst-Schmidt-Kliniken, Wiesbaden</li><li>• Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH Erbach Main-Kinzig-Kliniken gGmbH, Gelnhausen</li><li>• Kreisklinik Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau</li><li>• Städt. Klinikum Frankfurt/Main-Höchst, Frankfurt</li><li>• Universitätsklinikum Frankfurt am Main, Frankfurt</li><li>• Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH, Friedberg</li><li>• Kreiskrankenhaus Frankenberg gGmbH, Frankenberg</li><li>• Kreiskrankenhaus Bergstrasse gGmbH, Heppenheim</li><li>• Landkreis Darmstadt-Dieburg</li></ul>

- Stiftung Hospital zum heiligen Geist, Frankfurt
- Vitos Weilmünster gGmbH, Weilmünster

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0,00	0,00	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände/Lizenzen	0,00	0,00	175,03
Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.134,99	9.476,73	8.546,91
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	58.809,69	210.350,52	236.857,75
Kassenbestand	253.440,49	168.203,97	128.120,46
Rechnungsabgrenzungsposten	3.284,78	2.954,43	7.315,72
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>342.669,95</b>	<b>390.985,65</b>	<b>381.015,87</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Gez. Kapital	110.000,00	105.000,00	105.000,00
Gewinnvortrag	61.771,29	48.072,39	49.556,44
Jahresüberschuss	49.389,02	13.698,90	-1.484,05
<b>Eigenkapital</b>	<b>221.160,31</b>	<b>166.771,29</b>	<b>153.072,39</b>
Einlagen wegen Kapitalerhöhung	0,00	0,00	0,00
Steuerrückstellung	16.946,00	1.310,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	27.018,04	51.214,62	12.375,60
Verbindlichkeiten	77.545,60	171.689,74	215.567,88
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>342.669,95</b>	<b>390.985,65</b>	<b>381.015,87</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Umsatzerlöse	566.891,49	693.196,07	856.123,08
+ sonstige betriebliche Erträge	45.276,64	10.385,31	11.094,99
Materialaufwand Roh-, Hilf-, Betriebsstoffe	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen für bezogene Leistungen	74.792,37	222.038,92	470.522,74
Personalaufwand	275.956,71	246.894,40	206.313,34
Abschreibungen auf Sachanlagen	3.070,77	2.984,26	1.757,16
- sonstige betriebliche Aufwendungen	186.156,93	216.378,06	186.584,35
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.346,83	474,46	259,93
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	152,50
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>73.538,18</b>	<b>15.760,20</b>	<b>2.147,91</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	23.591,16	1.730,30	2.946,96
Sonstige Steuern	558,00	331,00	685,00
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>49.389,02</b>	<b>13.698,90</b>	<b>-1.484,05</b>

## Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

### A. Leistungsangebot / Gesellschafter

#### 1. Leistungsangebot / Gesellschafter

Der Klinikverbund Hessen GmbH besteht aktuell (23. Mai 2013) aus 21 Gesellschaftern mit 33 Akut-Kliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Zusätzlich betreiben die Gesellschafter Rehabilitationskliniken, MVZ, Senioreneinrichtungen, etc.

Die Ziele der Gesellschaft sind im Gesellschaftsvertrag verankert:

- Erhalt und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Einrichtungen der Gesellschafter
- Stärkung der Marktposition der Kliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft
- Verbesserung der medizinischen Versorgung in Hessen
- Forderung der Qualität vor allem in Medizin und Pflege
- Information und Beratung insbesondere von Bürgerinnen und Bürger und beteiligten Kliniken.

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 haben drei Gesellschafter (Fulda, Darmstadt-Dieburg, Vitos Weilmunster) die Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses ausgesprochen. Die Dr. Horst Schmidt-Kliniken sind auf Grund des Trägerwechsels bzw. Privatisierung zum 31. Januar 2013 ausgeschieden. Die Gesellschaftsanteile der Dr. Horst-Schmidt Kliniken gGmbH wurden entgeltlos von der Gesellschaft übernommen.

#### 2. Entwicklung im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen befindet sich in einem Wandlungsprozess, wobei zu erwarten ist, dass sich die Geschwindigkeit eher noch beschleunigen wird. Ein Trend wird die stärkere Einbindung des Bürgers in die Prozesse sein. Die Eigenverantwortung des Einzelnen wird steigen.

Das Bewusstsein bezüglich verursachter Kosten wird zunehmen, der Anspruch an eine hohe Ergebnisqualität ebenso.

Das Klinikum alter Prägung ist ein Auslaufmodell. Neue Strukturen, die das isolierte durch ein vernetztes System ersetzen, sind überlebensnotwendig. Dessen bewusst, sieht der Klinikverbund Hessen neben der Zielsetzung gemäß Gesellschaftsvertrag seine Aufgabe auch darin, die Entwicklungen im Gesundheitswesen, insbesondere im sektorenübergreifenden Wettbewerb, der Konzentration / Verbund- und Konzernbildung, neuer Versorgungsformen, der Qualität und der Sicherung der Qualität als Erfolgsfaktor und den selbstbewussten Kunden (Internet, Portale) zu fördern und voranzutreiben.

Dies bedeutet, dass für jede rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Klinik die notwendigen Synergieeffekte bei Leistungen, Qualität, Erlösen, Kosten und Investitionen über Kooperationen oder ggf. auch Zusammenschlüsse generiert werden. Die Hauptaufgabe der Klinikverbund Hessen GmbH ist, die Unterstützung der einzelnen

Kliniken bei der Suche nach Synergieeffekten in den ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen.

Darüber hinaus setzt sich der Klinikverbund für die Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser in Hessen gegenüber Politik, Verbänden, Kostenträgern sowie der Öffentlichkeit ein.

Die in 2012 verstärkt vorangebrachte Ausrichtung der Klinikverbund Hessen GmbH in strategischer und operativer Hinsicht entwickelt sich positiv und nachhaltig.

### **3. Erlössituation**

Nach den Wachstumsjahren 2008 und 2009 lag der Schwerpunkt in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 in der Konsolidierung der Gesellschaft. Die Erlöse im Jahr 2012 betragen 613.514,96 Euro. Die Erlöse setzen sich aus 566.891,49 Euro (Umlagen), 45.276,64 Euro (sonstige Erträge) und 1.346,83 Euro (Zinserträge) zusammen.

### **4. Beschaffungs- und Investitionswesen**

Im Geschäftsjahr 2012 wurden die bestehenden Beratungs- und Entscheidungsstrukturen der Gesellschaft weiter entwickelt und neue Projekte verabredet und im Rahmen von Dienstleistungsvereinbarungen beauftragt. Die Kostenhöhe der einzelnen Projekte wurde im Rahmen des durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschafts- und Investitionsplanes eingehalten.

### **5. Personalbereich**

Der Klinikverbund Hessen GmbH hat im Geschäftsjahr 2012 neben dem Geschäftsführer mit Wirkung zum 1. Januar 2012 Frau Göhler als Assistentin des Geschäftsführers eingestellt. Frau Wagner trat in der Funktion einer Referentin zum 15. Februar 2012 in den Klinikverbund ein.

Die Geschäftsstelle ist somit seit dem 15. Februar 2012 mit 2,85 VK besetzt.

Eine der Hauptaufgaben des Geschäftsführers lag in der Erarbeitung eines Konzeptes für die Weiterentwicklung des Klinikverbundes zur einer schlagkräftigen Interessenvertretung für die öffentlich-rechtlichen Kliniken in Hessen. Hierzu gehört auch die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Gesellschafter sowie die operative Einbindung der kommunalen Spitzenverbände.

### **6. Umweltschutz**

Aspekte des Umweltschutzes kamen bei der Auswahl von Gütern und Waren (z.B. energiesparende Hardware) zum Tragen.

### **7. Qualitätsmanagement**

Der Begriff Qualität und Qualitätsmanagement ist zu konkretisieren mit der Maßgabe, dass vor allem die Ergebnisqualität als Grundlage für ein gemeinsames fachliches Qualitätsverständnis fachlich bestimmt und festgeschrieben ist. Dabei ist davon aus-

zugehen, dass in den nächsten Jahren mindestens die Zertifizierung und hier insbesondere die Rezertifizierung aller Kliniken der Gesellschafter die einheitliche Basis für die Außendarstellung bildet und im Innenverhältnis ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess stattfindet. Um dieses zu gewährleisten, ist die Teilnahme an den regelmäßigen QSR-Auswertungen verpflichtend, mit dem Ziel, mittelfristig ein möglichst einheitliches Qualitätsniveau auf der QSR-Basis zu erreichen.

Patienten-, Einweiser- und Mitarbeiterbefragungen sollen die Qualitätsbestrebungen – auch als Teil der allgemeinen Zertifizierungen – ergänzen.

## **B. Ertragslage**

Der Gesellschaft ist es gelungen, ein positives Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 73.538,18 Euro vor Steuern zu erzielen. Steuerlich bedingt reduziert sich der Jahresüberschuss auf 49.389,02 Euro.

## **C. Finanzlage**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 sind keine finanziellen Engpässe entstanden. Eine ausreichende Liquidität war jederzeit gegeben.

## **D. Vermögenslage**

Die Gesellschaft hält im Anlagevermögen ihre Betriebs- und Geschäftsausstattung vor. Weiteres Vermögen ist als Guthaben bei Kreditinstituten vorhanden.

## **E. Chancen und Risikobericht**

Wesentliche Risiken, die die positive Entwicklung der Gesellschaft maßgeblich behindern oder gar verhindern könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Die Einführung eines Risikomanagements, internen Kontrollsystems und Revisionsystems ist für die nächsten Geschäftsjahre geplant.

Im Jahr 2012 wurde in monatliches Berichtswesen implementiert, das Hinweise zu möglichen Risiken zeitnah zur Verfügung stellt.

### **1. Erlösrisiko**

Erlösrisiken sind im Geschäftsjahr 2012, wie auch in den vorherigen GJ nicht zu verzeichnen gewesen und werden auch im Jahr 2013 nicht erwartet, da sämtliche Kosten der Klinikverbund Hessen GmbH im Rahmen eines Umlageverfahrens an die Gesellschafter weiterberechnet und durch diese in der Regel zeitnahe ausgeglichen werden.

### **2. Investitionskosten**

Investitionen im Geschäftsjahr 2012 waren durch den von der Gesellschafterversammlung verabschiedeten Wirtschafts- und Investitionsplan gedeckt.

Die Klinikverbund Hessen GmbH beschäftigt insgesamt 3 Mitarbeiter. Ein nennenswertes Personalrisiko ist nicht erkennbar.

Hofheim am Taunus, 29. Mai 2013

Arist Hartjes  
Geschäftsführer

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:**

Der Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Dreieich, den 29. Mai 2013





## 5.2 Hallenbad Diez-Limburg GmbH Diez

AM HALLENBAD 1  
65582 DIEZ  
TELEFON: +49 6432 62 62 6  
[www.oranienbad.de](http://www.oranienbad.de)  
E-MAIL: [INFO@ORANIENBAD.DE](mailto:INFO@ORANIENBAD.DE)



---

### Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft. Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil. Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft

### Organe des Unternehmens

#### Organe

Geschäftsführung  
Gesellschafterversammlung

#### Geschäftsführung

**Limburg**  
Bürgermeister Martin Richard  
Stadtrat Michael Stanke

**Diez**  
Bürgermeister Gerhard Maxeiner  
1. Beigeordneter Frank Dobra

#### Gesellschafterversammlung

Vorsitzender  
Stellv. Vorsitzender

Günter Kern, Landrat  
Manfred Michel, Landrat

Mitglieder Stadt Diez:	Gerlinde Born Dr. Kurt Stein Ali Hamdam Karl Heck
Mitglieder Stadt Limburg:	Rolf Dettmann Martin Zimmer Werner Laux Dr. Marius Hahn
Mitglieder Rhein-Lahn-Kreis	Gerlinde Born Matthias Lammert Frank Puchtler Edwin Künzler
Vertreter des Kreishallenbades Weilburg	Helmut Jung Gerhard Bill Elke Fehr Karl-Heinz Stoll
Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises	Frank Puchtler Matthias Lammert Edwin Künzler Michael Schnatz
Beteiligung des Unternehmens	keine

## Bezüge

Die Geschäftsführung erhielt in 2012 mit Ausnahme von Sitzungsgeldern in Höhe von 716,10 Euro (Vj. 695,64) keine Bezüge. Insgesamt wurden in 2012 Sitzungsgelder an die Geschäftsführung und Gesellschaftsvertreter in Höhe von 1.153,53 Euro ausgezahlt.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die am 2. Juni 1966 gegründet wurde
Sitz:	Diez
Gesellschaftsvertrag:	2. Juni 1966, letzte Fassung vom 22.12.1999
Stammkapital:	25.564,60 Euro

	2012 in €	2011 in €	2010 in €
<b>Aktiva</b>			
Anlagevermögen	<b>930.644,50</b>	<b>945.893,72</b>	<b>972.307,75</b>
Vorräte	4.177,24	4.177,24	3.930,284
<b>Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände.</b>	51.589,82	112.054,92	63.763,94
<b>Guthaben bei Kreditinstituten</b>	470.155,53	267.596,33	226.900,15
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	7.343,96	7.108,86	0,00
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>1.463.911,05</b>	<b>1.333.831,17</b>	<b>1.266.902,12</b>
<b>Passiva</b>			
<b>Gezeichnetes Kapital</b>	25.564,59	25.564,59	25.564,59
<b>Kapitalrücklagen</b>	922.256,69	992.256,69	992.256,69
<b>Jahresfehlbetrag</b>	462.791,37	580.774,66	494.821,69
<b>Rückstellungen</b>	119.550,00	76.483,00	87.238,00
<b>Verbindlichkeiten</b>	193.092,26	193.800,50	186.491,97
<b>Anzahlung der Gesellschafter auf Jahresfehlbetrag</b>	665.721,08	485.267,70	498.267,30
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	517,80	505,31	83,36
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>1.463.911,05</b>	<b>1.336.831,17</b>	<b>1.266.902,12</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
<b>+ Umsatzerlöse</b>	402.172,95	385.968,00	288.608,42
<b>+ Sonstige betriebliche Erträge</b>	15.339,36	21.137,96	19.782,06
<b>- Materialaufwand</b>	325.206,59	298.293,90	304.859,80
<b>- Personalaufwand</b>	460.135,04	383.824,42	357.212,17
<b>- Abschreibungen auf Sachanlagen</b>	44.375,03	44.337,83	45.787,07
<b>- Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	47.060,89	39.466,83	40.663,20
<b>+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	1.890,66	1.505,41	1.766,91
<b>- Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	5.416,79	9.735,68	10.348,74
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-462.791,37</b>	<b>-367.046,62</b>	<b>-452.999,59</b>

## Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

Besucherstatistik

	2012	2011	<u>Veränderung</u>	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
<b>Erwachsene</b>	<b>66.267</b>	<b>61.949</b>	<b>4.318</b>	<b>6,97</b>
Einzelkarten	23.994	23.549	445	1,89
Elferkarten	2.536	2.760	-224	-8,12
Kurzschwimmer	36.062	33.015	3.047	9,23
Halbjahreskarten	3.675	2.625	1.050	40,00

<b>Jugendliche</b>	<b>26.211</b>	<b>27.592</b>	<b>-1.381</b>	<b>-5,01</b>
Einzelkarten	19.677	21.075	-1.398	-6,63
Elferkarten	6.534	6.517	17	0,26
<b>Schulen und Vereine</b>	<b>40.739</b>	<b>41.151</b>	<b>-412</b>	<b>-1,00</b>
Schulen	30.274	32.185	-1.911	-5,94
Vereine und Sonstige	10.465	8.966	1.499	16,72
<b>Zwischensumme Bad</b>	<b>133.217</b>	<b>130.692</b>	<b>2.525</b>	
<b>Sauna und Bad</b>	<b>13.943</b>	<b>13.929</b>	<b>14</b>	<b>0,10</b>
Einzelkarten	9.584	9.481	103	1,09
Elferkarten	4.259	4.392	-133	-3,03
Tageskarten	100	56	44	78,57
<b>Besucher Schwimmbad und Sauna</b>	<b>147.160</b>	<b>144.621</b>	<b>2.539</b>	
Eintrittsfreie Besucher	7.837	7.500	337	4,49
<b>Summe aller Besucher</b>	<b>154.997</b>	<b>152.121</b>	<b>2.876</b>	<b>1,89</b>

## Darstellung der Lage der Gesellschaft

### Darstellung der Ertragslage

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 schloss die Gesellschaft insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag von 462.791,37 Euro (Vorjahresfehlbetrag 367.046,62 Euro) ab.

### Darstellung der Vermögenslage

Bei einer um 127 TEUR erhöhten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von im Vorjahr 43,44 % auf nunmehr 33,13 % vermindert.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 63,57 % (Vorjahr 70,76 %).

Die liquiden Mittel haben sich von 267,6 TEUR um 202,6 TEUR auf 470,2 TEUR erhöht.

Die Verbindlichkeiten haben sich von 679 TEUR um 179,8 TEUR auf 858,8 TEUR erhöht.

Bei der Bewertung der Rückstellungen 119,6 TEUR (Vorjahr TEUR 76,5) und deren Bemessung wurden alle erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.

### **Darstellung der Finanzlage**

Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets i. d. R. unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen durch schnelle Zahlung erfüllt. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit reichte aus, um die Investitionen des Geschäftsjahres vollständig zu finanzieren. Verträge mit Lieferanten wurden neu abgeschlossen, um den Materialaufwand zu senken.

### **Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung**

#### **Darstellung der voraussichtlichen Lage**

Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der Betonkonstruktion des Bades und die damit verbundenen technischen Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen wurden weiter untersucht. Dazu wurde Folgendes veranlasst:

1. Baustoffuntersuchung für das Instandsetzungsgutachten 2010 durchgeführt
2. Prüfung des Leimbinderdaches mit den dazu notwendigen Gerüstarbeiten 2011 durchgeführt
3. Erstellung eines Sanierungskonzeptes mit Kostenschätzung für die Sanierung der Betonkonstruktion  
Da die Betonsanierungsarbeiten im Wesentlichen im Untergeschoss (=Technikgeschoss) durchgeführt werden, sind erhebliche Rückbau- und Wiederaufbauarbeiten in der gebäudetechnischen Ausrüstung notwendig.
4. Zustandsbeurteilung und Sanierungskonzept mit Kostensatzung für die gebäudetechnischen Anlagen  
Wurden durch das Ingenieurbüro Balneatechnik in 2011 durchgeführt.

#### **Zu den Kosten**

1. **Betonsanierung**  
in Kriechkeller, Erdgeschoss, Außenbauteilen, Außenfassade, Beckenbereiche, Brandschutz                      netto 1.043.898 Euro
2. **Abbruch und Baumaßnahmen im Erdgeschoss**                      netto 736.815 Euro
3. **Technische Gebäudeausrüstung**  
Demontagen, Sanitärtechnik, Heizungstechnik, Lüftungstechnik, Beleuchtungstechnik, Blitzschutz, Wasseraufbereitung und Beckenhydraulik                      netto 1.596.766 Euro

4. **Ausstattung**  
Umkleiden Sauna, Umkleiden Bad, Ausbau und  
Einbau Saunen, Eingangsbereich netto 115.000 Euro

5. **Baunebenkosten** netto 613.125 Euro

---

Summe netto 4.105.604,00 Euro

zuzgl. ges. MWST (19%) 780.064,76 Euro

Summe netto 4.885.668,76 Euro

6. **Erstellung der Fördermittelanträge**

bestehend aus:

Erläuterungsbericht und baufachliche Beschreibung, Stellungnahmen der Gemeinden mit Zusage der Finanzierung, Lageplan, Baupläne, Bauzeitenplan, Nachweis der gesicherten Gesamtfinanzierung.

Die Fördermittelanträge sind im April 2012 an die Länder gestellt worden.

7. Einreichung der Bauanträge bzw. der Abweichungsanträge von brandschutztechnischen Anforderungen, Klärung der Kompensationsmaßnahmen sind Ende 2012 erstellt worden.

8. **Fördermittelzusage der Länder (ca. 40 % der Investition)**

Die Förderstelle Hessen sagt eine Förderung in Höhe von 700.000 Euro zu und hat bereits einen Förderbescheid übergeben. Die Förderstelle Rheinland-Pfalz hat eine Förderung in Höhe von 903.000 Euro fest zugesagt.

9. **Beschluss der einzelnen Gesellschafter zur Finanzierung (60 % der Investition)**

Der Beschluss der einzelnen Gesellschafter zur Finanzierung ist im Dezember 2012 erfolgt.

10. **Beschluss der Gesellschafterversammlung und Bereitstellung weiterer Gelder für die Planung und Erstellung der Fördermittelanträge mit Kostenberechnung**

Bei der Sanierung steht die Nutzung des Bades als Schul- und Sportbad im Vordergrund. Da aber die Sanierungsmaßnahmen insbesondere den Abbau des Umkleide- und Saunabereiches erforderlich machen, sollte in der Planungsphase eine gewisse Attraktivierung für den wieder zu errichtenden Saunabereich berücksichtigt werden, zumal der Saunabereich einen nicht unerheblichen Beitrag zur Badfinanzierung leistet.

11. **Werkplanung und Vorbereitung der Vergabe**

Mit Werkplanung und Anfertigung der Ausschreibung wird ab März 2014 be-

gonnen.

## **12. Vergabeverfahren und Beauftragung**

Die Vergabe und Beauftragung soll im ersten Quartal 2014 erfolgen.

## **13. Umsetzung**

Die Umsetzung der Maßnahmen ist ab April 2014 bis September 2015 geplant.

Ergebnisprognosen für das Geschäftsjahr 2012

Entsprechend dem Erfolgsplan 2013 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 539 TEUR (Vorjahr 548 TEUR) gerechnet.

## **Risiken der voraussichtlichen Entwicklung**

Da die Gesellschaft unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt, ist sie nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Gleichwohl verfolgt sie eine Politik der höchstmöglichen Kostendeckung bzw. Verlustminimierung.

Sofern die Gesellschaft die Jahresfehlbeträge weiterhin gemäß Gesellschaftervertrag ausgleichen, ergeben sich keine wesentlichen Risiken.

## **Sonstige Angaben**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres lagen zum Stichtag der Lageberichterstattung nicht vor.

Diez, Limburg, 3. Juni 2013

Gerhard Maxeiner  
Geschäftsführer

Martin Richard  
Geschäftsführer

Frank Dobra  
Geschäftsführer

Michael Stanke  
Geschäftsführer

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Der Jahresbericht wurde von der WIKOMA Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

Die Prüfung hat zu keine Einwendungen geführt.





### 5.3 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH

ESCHHÖFER WEG 14  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431/912611  
[www.profil-limburg.de](http://www.profil-limburg.de)  
E-MAIL: [INFO@PROFIL-LIMBURG.DE](mailto:INFO@PROFIL-LIMBURG.DE)



---

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Unterhaltung von Integrationsprojekten im Sinne des § 132 Abs. 1 des IX. Buches Sozialgesetzbuch zur Beschäftigung schwer behinderter Menschen, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich auf besondere Schwierigkeiten stößt und in denen schwer behinderte Menschen neben der Beschäftigung auch eine nach § 133 SGB IX erforderliche arbeitsbegleitende Betreuung gegeben wird. Diese Integrationsprojekte bieten den schwer behinderten Menschen Beschäftigung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahme zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Integrationsprojekt.

#### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Personen und solcher, die von Behinderung bedroht sind.

#### Organe des Unternehmens

<b>Organe</b>	Geschäftsführung Gesellschafterversammlung
---------------	---

<b>Geschäftsführung</b>	Wolfgang Gröbler
-------------------------	------------------

#### Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	Limburg a. d. Lahn
Gründungsdatum:	25. Mai 1998
Gesellschaftsvertrag:	In der Fassung vom 25. Mai 1998 mit diversen Änderungen; die letzte Änderung datiert vom 15. Juni 2007
Stammkapital:	26.000 Euro
Gesellschafter	Zu je einem Viertel mit einer Stammeinlage von jeweils 6.500 Euro sind beteiligt: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Lebenshilfe für geistig und mehrfach Behinderte Wetzlar-Weilburg e.V.</li> <li>• Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.</li> <li>• Bördner GmbH &amp; Co. Besitz- und Verwaltungsgesellschaft, Limburg</li> <li>• Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg</li> </ul>

<b>Aktiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Umlaufvermögen/Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.580,95	3.219,64	4.098,53
fertige Erzeugnisse und Leistungen	21.304,70	15.866,59	0,00
Forderungen	35.374,38	12.312,10	22.685,54
Sonstige Vermögensgegenstände	43.081,54	34.981,20	17.225,04
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	35.331,31	29.284,78	8.609,72
Rechnungsabgrenzungsposten	75,00	0,00	45,50
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	79.400,47	72.555,09	26.141,00
<b>Summe Aktiva</b>	<b>218.148,35</b>	<b>168.219,40</b>	<b>78.805,33</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
Kapitalrücklage	60.000,00	60.000,00	60.000,00
Verlustvortrag	-158.555,09	-112.141,00	-
Jahresfehlbetrag	-6.845,38	-46.414,09	127.895,76
nicht gedeckter Fehlbetrag	79.400,47	72.555,09	26.141,00
buchmäßiges Eigenkapital	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	14.232,00	10.050,00	9.122,00
Verbindlichkeiten	196.666,35	152.094,40	69.683,33

Rechnungsabgrenzungsposten	7.250,00	6.075,00	0,00
<b>Summe Passiva</b>	<b>218.148,35</b>	<b>162.219,40</b>	<b>78.805,33</b>
<b>Gewinn und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
+ Umsatzerlöse	1.077.258,25	607.493,68	386.770,89
+ Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	5.438,11	15.866,59	0,00
+ sonstige betriebliche Erträge	951,61	1.608,21	2.798,12
- Materialaufwand/bezogene Leistungen /Waren	674.236,19	328.475,15	88.843,78
- Personalaufwand	298.330,47	221.718,63	189.105,97
- Abschreibungen	1.558,49	1.203,89	1.517,59
- sonstige betriebliche Aufwendungen	115.637,50	119.677,87	93.711,38
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	195,00	3,03	1,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<b>-6.309,68</b>	<b>46.110,09</b>	<b>16.389,28</b>
- sonstige Steuern	535,70	304,00	634,52
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>6.845,38</b>	<b>46.414,09</b>	<b>15.754,76</b>

## Lagebericht

### Mengenentwicklung

Im Jahr 2012 stiegen die Eingangsmengen, nach einem deutlichen Rückgang in 2011, wieder stark an. Die in 2011 begonnene Kooperation mit der RMD GmbH sowie der ZME für optimierte Mengen kommunaler Herkunft haben sich wie geplant entwickelt.

Die Eingangsmengen aus dem Bereich der Eigenvermarktung von Kommunen stiegen dementsprechend von 27 to. (2010) auf 259 to. (2011) und 1.747 to. (2012).

Der Gesamtinput 2012 betrug 2.626 to. (2011: 1.032 to.; 2010: 1.468 to.; 2009: 2.070 to.). Davon entfielen rund 1.094 to. auf RMD GmbH, 608 to. auf ZME GmbH, 301 to. auf logex/Media-Saturn, 264 to. auf den AWB Limburg (Ohne GAB-Mengen!), 150 to. auf B-F Sonderabfall und 209 to. auf andere.

Wie bereits im letzten Jahr erwartet, haben die bisher durchgeführten Maßnahmen zu einer kontinuierlichen Auslastung und deutlichen wirtschaftlichen Stabilisierung der Profil GmbH beigetragen.

### Preisentwicklung

Die vom AWB Limburg optimierten Mengen werden uns weiterhin kostenfrei überlassen. Erzielte Erlöse aus der Stoffvermarktung verbleiben bei uns und müssen die Aufwendungen für Demontage, Transport und Entsorgung finanzieren.

Marktüblich sind heute deutliche Zuzahlungen an den Kunden, diese kommen bei den Anlieferungen verschiedener Auftraggeber und Kooperationspartner zur Anwendung. Für Sammelgruppe 3 bezahlen wir hier aktuell zwischen 36 und 80 Euro/to. frei angeliefert. Aktuelle Vergaben liegen bei der Sammelgruppe3, incl. Bildschirmen, bei bis zu 85 Euro/to. Vergütung frei abgeholt!

RMD liefert Kleingeräte und Bildschirme getrennt an, Bildschirmgeräte berechnen wir mit 25 Euro/to. (Monitore) bis 45 Euro/to. (Fernseher). Kleingeräte werden von uns vermarktet und nach Abzug aller Kosten der verbleibende Erlös zu 90 % ausgekehrt. Das gleiche gilt für die Anlieferung zerlegter Fraktionen sowie angelieferte Wertstoffe. Auch Haushaltsgroßgeräte der Sammelgruppe 1 werden uns von RMD übergeben. Trotz der in Summe deutlichen Zuzahlung bewegen sich die Preise bei dieser Kooperation auf einem auskömmlichen Niveau.

Mengen aus dem EAR-System müssen heute ebenfalls mit Zuzahlungen eingekauft werden, SG 1 liegt bei -150 Euro/to., SG 3 -45 Euro/to. und SG 5 bei -180 Euro/to. frei angeliefert Verwertungsanlage. Allerdings spielen diese Aufträge im Gesamtaufkommen nur noch eine untergeordnete Rolle.

## **Personal**

Bedingt durch fehlende Personalkapazitäten bei der GAB musste Profil die eingehenden Mengen fast komplett selbst verarbeiten und dafür zum Jahresende 2011 das eigene Personal durch eine Neueinstellung und 2 Umstellungen von Teilzeit auf Vollzeit verstärken. Befristete Verträge wurden in 2012 verlängert bzw. unbefristet weiter geführt. Ein gehörloser Praktikant wurde für mehrere Monate in eine kostenfreie Maßnahme aufgenommen. Im Durchschnitt wurden 16,3 Mitarbeiter in Vollzeitstellen beschäftigt, bei einer Schwerbehindertenquote von 38,3 %.

Die Zuschüsse der Agentur für Arbeit sanken weiter um rund 17.500 Euro, auf 11.360 Euro in absehbarer Zeit laufen weitere Förderungen aus. Demgegenüber stiegen die Ausgleichszahlungen des LWV um 9.500 Euro auf 45.700 Euro.

Die Förderung durch den LWV läuft weitgehend konstant weiter, allerdings liegen aktuell sehr lange Bearbeitungszeiten vor, bei Neubeantragung und Antrag auf Verlängerung befristeter Bewilligungen.

## **Ausblick/Maßnahmen**

Das Geschäftsjahr 2012 weist einen Fehlbetrag von 6.845 Euro aus. Damit ist eine deutliche Verbesserung gegenüber 2011 eingetreten (-46.414 Euro). Bei konsequenter Fortführung des eingeschlagenen Wegs kann in Zukunft auf mit Überschüssen gerechnet werden.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2012 jederzeit sichergestellt, auch dank der umgesetzten Maßnahmen zur Stützung durch die Gesellschaft in Form von Ranzrückritten bzw. Darlehen. Der Ausblick ist aktuell stabil.

Die aktuellen Vereinbarungen sichern für die nächste Zeit eine ausreichende Mengenversorgung ab. Gleichzeitig sorgt der Preisdruck und allgemeine Kampf um Stoffströme am Markt für einen gewissen Druck, die Wirtschaftlichkeit weiter zu verbessern und schnell auf Veränderungen reagieren zu können.

Die Vermarktung von Wertstoffen wurde, vor allem durch weiteren Ausbau von Netzwerken mit anderen Marktteilnehmern, deutlich verbessert und wird auch in Zukunft noch intensiver betrieben werden. Es zeigt sich, dass hier erhebliches Potenzial steckt und wesentlich detailliertere Kenntnisse über die einzelnen Stoffe und Fraktionen notwendig sind, als in der Vergangenheit.

In 2012 wurden auch die Planungen für den Umzug und die Zusammenlegung mit dem Recyclingzentrum der GAB begonnen. Die Fa. Ingut/Tiedstadt wurde mit der Änderung der bestehenden BlmschG-Genehmigung beauftragt. Aktuell laufen die konkreten Vorbereitungen und Abstimmungen mit dem RP Gießen.

Für die Maßnahme wurde am 28. September 2012 ein Antrag auf Förderung beim LWV gestellt, von dort wurde bereits einem vorgezogenen Maßnahmenbeginn zugestimmt.

Limburg, den 4. Februar 2013

gez. Gröbler

#### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:**

Der Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MNT Revision und Treuhand GmbH geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



#### **5.4 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH**

AM STEINBÜHL 2  
35781 WEILBURG  
TELEFON: +49 6471 31 32 06

---

#### **Gegenstand des Unternehmens**

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art, überwiegend für die Kreis-  
krankenhaus Weilburg gGmbH. Die Dienstleistungen werden im Reinigungsdienst,  
bei Stationshilfsdiensten, beim Menüservice, bei der Hauswirtschaft und im hauswirt-  
schaftlichen Dienst sowie im 2. Nachtdienst des Seniorenwohnheimes Fellersborn  
geleistet.

#### **Organe des Unternehmens**

##### **Organe**

Geschäftsführung  
Aufsichtsrat

##### **Geschäftsführung**

Peter Schermuly, Geschäftsführer  
Stefan Eckert, Pflegedienstsirektor

#### **Bezüge**

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

#### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	Weilburg
Gründungsdatum:	16.11.2005
Gesellschaftsvertrag:	In der Fassung vom 16. November 2005 mit Änderungen; die letzte Änderung da- tiert vom 9. Dezember 2011
Stammkapital:	25.000 Euro



Gesellschafter

Alleiniger Gesellschafter ist die Kranken-  
haus Weilburg gGmbH

<b>Bilanz der KSB GmbH 2011</b>			
	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Aktiva</b>			
<b>Anlagevermögen</b>			
Sachanlagen	6.643,50	4.711,00	5.866,50
<b>Umlaufvermögen</b>			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen Gesellschafter	122.399,14	72.967,76	122.446,63
2. Sonstige Vermögensgegenstände	5.349,26	7.941,84	0,00
<b>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	3.063,87	40.163,77	263,99
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>130.812,27</b>	<b>125.784,37</b>	<b>128.577,12</b>
<b>Passiva</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
<b>Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	37.922,59	30.837,53	22.820,30
III. Jahresüberschuss	-5.508,64	7.085,06	8.017,23
<b>Rückstellungen</b>			
1. Steuerrückstellungen	0,00	0,00	57,27
2. Sonstige Rückstellungen	22.085,00	13.439,00	12.444,00
<b>Verbindlichkeiten</b>	57.956,82	49.422,78	60.238,32
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>137.455,77</b>	<b>125.784,37</b>	<b>128.577,12</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
1. Umsatzerlöse	912.496,68	860.726,31	808.100,46
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.719,44	11.139,80	28.024,18
	<b>914.216,12</b>	<b>871.866,11</b>	<b>836.124,64</b>
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	26.290,73	37.174,54	29.212,28
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	38.788,14	37.128,00	37.128,00
	<b>65.078,87</b>	<b>74.302,54</b>	<b>66.340,28</b>
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	672.131,31	613.766,84	566.449,91
b) Soz. Abgaben&Aufwendungen f. Altersversorgung	134.070,54	124.926,58	124.782,04
	<b>806.201,85</b>	<b>738.693,42</b>	<b>691.231,95</b>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.926,26	1.155,34	1.155,34
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	46.517,78	47.864,01	66.289,13
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	29,43
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-5.508,64</b>	<b>8.950,64</b>	<b>11.137,37</b>
9. Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	2.765,58	3.120,14
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-5.508,64</b>	<b>7.085,06</b>	<b>8.017,23</b>

## **Darstellung des Geschäftsverlaufs**

### **Entwicklung**

Die Gesellschaft wurde am 16.11.2005 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Limburg unter B 3848 am 17. November 2005 eingetragen. Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art, überwiegend für die Krankenhaus Weilburg gGmbH.

Das Stammkapital beträgt 25.000 Euro.

Alleiniger Gesellschafter ist die Krankenhaus Weilburg gGmbH.

### **Umsatz- und Auftragsentwicklung**

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2012 beträgt 912,5 TEUR (Vorjahr 860,7 TEUR). Insgesamt liegt der Umsatz 2012 um 17,5 TEUR über der für das Geschäftsjahr 2012 angesetzten Planung von 895,0 TEUR.

### **Investitionen**

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Investitionen in Höhe von 3,9 TEUR getätigt.

### **Personal**

Es wurden im Geschäftsjahr 2012 durchschnittlich 30,76 Vollzeitkräfte beschäftigt.

### **Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Ziel der Geschäftsleitung ist es, die Dienstleistungen mit der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH und dem Seniorenzentrum Fellersborn weiter auszubauen.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,0 TEUR vermindert, die Eigenkapitalquote beträgt 41,77 %.

Die Forderungen beinhalten Forderungen gegenüber dem Gesellschafter (Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH) in Höhe von 122,4 TEUR sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 5,3 TEUR. Diese resultieren aus Abrechnungen erbrachter Dienstleistungen aus dem Monat Dezember 2012 und Steuerrückforderungen für das Jahr 2012.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Löhne und Gehälter incl. Arbeitgeberanteil 50,6 TEUR aus dem Monat Dezember 2012, da hier eine zeitversetz-

te Auszahlung erfolgt, sowie um sonstige laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 7,3 TEUR.

### **Ertragslage**

Die Personalquote beträgt 88,4 % sowie die Materialaufwandsquote 7,1% des Umsatzes.

## **Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

### **Ergebnis Planung 2013**

Für 2014 wird von einem ähnlich positiven Ergebnis ausgegangen.

Die KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH stellt eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Kostensituation in der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH dar. Die hier kostengünstiger zu erbringenden Dienstleistungen für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH sind somit auch für die Zukunft ein wichtiger Garant zur wirtschaftlichen Stabilität. Somit ist eine Ausweitung der Aktivitäten der KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH ein wichtiger Zukunftsfaktor. Weiterhin wurden Dienstleistungen (Hauswirtschaftliche Tätigkeiten) für das ab 1. Dezember 2009 neue Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg, einem weiteren Standbein des Kreiskrankenhauses Weilburg, übernommen.

Ein mögliches Risiko besteht in der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Muttergesellschaft.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung – insbesondere bestandsgefährdende Risiken – bestehen u.E. nicht.

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine wesentlichen Geschäftsvorfälle

35781 Weilburg, den 30. April 2013

KSB Klinik-Service-Betriebe  
-Geschäftsführung-  
Peter Schermuly                      Stefan Eckert

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:**

Der Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC geprüft:

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Limburg, den 4. Februar 2013

## 5.5 clinicpartner eG

AM WIESENBUSCH 2  
65966 GLADBECK  
TELEFON: +49 20 43 - 93 24 0  
[INFO@CLINICPARTNER-EG.COM](mailto:INFO@CLINICPARTNER-EG.COM)  
[HTTP://WWW.CLINICPARTNER-EG.EU](http://WWW.CLINICPARTNER-EG.EU)



<b>Erträge</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge		950.864,37	941.325,61
Sonstige Einnahmen		95.491,24	119.661,48
Zinsen, periodenfremde Erträge und Skonti		4.422,49	4.384,28
<b>Summe</b>		<b>1.050.778,10</b>	<b>1.065.372,37</b>
<b>Aufwendungen</b>	<b>2012 in €</b>	<b>2011 in €</b>	<b>2010 in €</b>
Personalkosten		732.206,41	698.250,58
Sachkosten		317.285,53	108.252,97
Abschreibungen		33.125,36	34.362,81
<b>Summe</b>		<b>1.049.491,94</b>	<b>1.062.862,27</b>
<b>Gewinn</b>		<b>1.286,16</b>	<b>2.510,10</b>

### Nachrichtlich:

Mit Gründung der Gesellschaft als Klinikeinkauf Niederrhein-Westfalen 1997 standen 4.800 Betten aus 16 Häusern zur Verfügung. Ab Januar 1999 erfolgte die Weiterentwicklung zur eG.

Im Jahre 2001 wurde die Zielgröße von 30 Krankenhäusern und 10.000 Planbetten erreicht. Im Jahr 2005 fand die Umbenennung in Clinicpartner statt. Hiermit einhergehend war die Öffnung der Gesellschaft über den Bereich Niederrhein hinaus.

Der Mitgliederbestand war zum Jahresende 2008 auf 87 Krankenhäuser mit ca. 28.000 Planbetten ausgebaut worden.

Die jüngste Entwicklung des Mitgliederbestandes stellt sich wie folgt dar:

Der Verbund umfasst nun 152 Krankenhäuser mit ca. 40.000 Planbetten.

Zudem wurden mit zwei Altenheimträgern (171 Plätze) Dienstleistungsverträge zur Inanspruchnahme der clinicpartner-Konditionen geschlossen

Der Jahresabschluss 2012 lag bis zum 22. Oktober 2013 noch nicht vor.



## 5.6 Regionalversammlung Mittelhessen

AM STEINBÜHL 2  
35781 WEILBURG  
TELEFON: +49 6471 31 32 06

---

<b>Anschrift</b>	Landgraf-Philipp-Platz 1 – 7 35390 Gießen Herr Münch/Herr Willershausen Telefon 0641-303 2411, Fax 0641-3032419
<b>Aufgabe</b>	Der Regionalplan legt die Ziele der Raumordnung und Landesplanung für die Entwicklung der Planungsregion fest. Aufgabe der Landesplanung und Raumordnung ist es, eine an der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes orientierte, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Region sicherzustellen mit Hilfe übergeordneter und überfachlicher Planung.
<b>Gründung</b>	1984
<b>Mitglieder</b>	Landkreis Gießen, Stadt Gießen, Lahn-Dill-Kreis, Stadt Wetzlar, Landkreis Limburg-Weilburg, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Stadt Marburg, Vogelsbergkreis
<b>Verbandsversammlung</b>	31 Mitglieder, für den Landkreis Limburg-Weilburg Manfred Michel, Landrat (ab 01/2007) Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter (ab 03/2007) Thomas Scholz Dr. Frank Schmidt Martin Richard Wolfgang Lippe
<b>Verbandsumlage</b>	pro Einwohner 0,06 €, für das Jahr 2006 10.562,34 € pro Einwohner 0,06 €, für das Jahr 2007 10.514,10 € pro Einwohner 0,06 €, für das Jahr 2008 10.453,14 € pro Einwohner 0,06 €, für das Jahr 2009 10.404,06 € pro Einwohner 0,06 €, für das Jahr 2010 10.334,82 € pro Einwohner 0,06 €, für das Jahr 2011 10.278,12 € <b>pro Einwohner 0,06 €, für das Jahr 2012 10.237,86 €</b>
<b>Prüfungsbehörde</b>	Revision Landkreis Marburg-Biedenkopf



## **5.7 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg**

AM STEINBÜHL 2  
35781 WEILBURG  
TELEFON: +49 6471 31 32 06

---

<b>Anschrift</b>	Am Orschbach 2, 54518 Rivenich Harald Huss, (06508-9143 -60)
<b>Aufgabe</b>	Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichtigen nach dem Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen obliegen.
<b>Gründung</b>	1981
<b>Mitglieder</b>	Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen (Westerwald), Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Daun, Donnersbergkreis, Germesheim, Kaiserslautern, Kusel, Ludwigshafen, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Pirmasens, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Südliche Weinstraße, Trier-Saarburg, Westerwaldkreis, Merzig-Wadern, Neunkirchen, Saarlouis, Saarpfalzkreis, St. Wendel, der Stadtverband Saarbrücken, Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis Limburg-Weilburg.
<b>Verbandsversammlung</b>	Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.
<b>Verbandsumlage</b>	Je Haushaltsjahr zahlte der Landkreis Limburg-Weilburg eine Verbandsumlage, die sich aus der Satzung des Zweckverbandes errechnet. Diese betrug in:  2005: 92.766,68 Euro 2006: 92.852,00 Euro 2007: 92.768,86 Euro



2008: 92.681,10 Euro zzgl. 29.040,07 Euro  
(wg. Seuchenvorsorge erhöhter Beitrag)  
2009: 107.366,24 Euro  
2010: 95.050,16 Euro  
**2011: 84.241,02 Euro**

Der Zweckverband hatte im Jahr 2008 an einem wettbewerblichen Verfahren des RP Kassel teilgenommen und erfüllt nun durch Übertragungsbescheid die Tierkörperbeseitigung auch in Nord- und Mittelhessen einschließlich der Seuchenreserve. Die Klagen von Mitbewerbern wurden letztendlich vom Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen. Das Bundesverwaltungsgericht ist der Auffassung, dass die Klage für den Zeitraum 2005 bis 2009 unzulässig war, und dass die Umlage für das Jahr 2010 keine Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Abs. 1 AEUV darstellt. Aufgrund einer eingereichten Beschwerde eines Entsorgungsunternehmens hat die Europäische Kommission per Beschluss vom 25. April 2012 festgestellt, dass die Umlagen staatliche Beihilfen darstellen und mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind. Deutschland wurde aufgefordert, die seit dem 26. Mai 1998 ausgezahlten Beihilfen einschließlich Zinsen vom Zweckverband Tierkörperbeseitigung sofort zurück zu fordern. Die Zinsen sind nach der Zinseszinsformel gemäß Kapitel V der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 zu berechnen. Der Zweckverband hat gegen die Kommissionsentscheidung am 6. Juli 2012 Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gericht erhoben. Über diese Klage ist in der Hauptsache bisher noch nicht entschieden worden. Den Antrag auf Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes hat das Europäische Gericht mit Beschluss vom 5. Juli 2013 abgelehnt.

In Umsetzung des Beschlusses der EU-Kommission hat der Landkreis Limburg-Weilburg, wie auch alle anderen Zweckverbandsmitglieder, mit Schreiben vom 16. Juli 2012 vom Zweckverband die seit dem 26. Mai 1998 gezahlten Verbandsumlagen nebst Zinsen in Höhe von 1.724.887,16 Euro zurückgefordert und für die Jahre 1998 bis 2012 die Aufhebung der Umlagebescheide beantragt. Hiervon entfallen 1.279.614,59 Euro auf die zurückzuzahlenden Umlagen und 445.269,57 Euro auf die Zinsen bis 25. August 2012. Auf Druck der EU-Kommission und zur Vermeidung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland haben sämtliche 44 Verbandsmitglieder auf dringendes Anraten der zuständigen Ministerien in Rheinland-Pfalz und Hessen Klagen gegen den Zweckverband beim Verwaltungsgericht Trier erhoben. Ziel der Klagen ist es, den Verband zur Rückzahlung der geleisteten Umlagezahlungen zu verurteilen. Der Zweckverband und alle Verbandsmitglieder haben sich anschließend geeinigt, dass ein Landkreis (Landkreis Birkenfeld) die Klageverfahren auf Rückzahlung der Umlagebeträge als Musterverfahren führt und die anderen Kommunen und der Verband die dortige Entscheidung für sich in den jeweiligen Rechtsstreiten anerkennen. Darüber hinaus haben sich der Zweckverband und die Verbandsmitglieder darauf verständigt, dass der Landkreis Birkenfeld stellvertretend für alle anderen Verbandsmitglieder ein Verfahren im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes betreibt. Die einstweiligen (Muster-) Rechtsschutzverfahren sind abgeschlossen. Das VG Trier hat den Zweckverband mit Beschluss vom 8. März 2013 vorläufig verpflichtet, den vom den vom Landkreis Birkenfeld angeforderten Betrag von rd. 760.000,00 Euro nebst Zinsen vorläufig auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Die vom Zweckverband eingelegte Beschwerde hat das OVG Rhein-

land-Pfalz in Koblenz mit Beschluss vom 10. Juni 2013 zurückgewiesen. Somit sind alle vorläufigen Gerichtsverfahren zuungunsten des Zweckverbandes abgeschlossen worden. Der Landkreis Birkenfeld betreibt die vorläufige Vollstreckung. Sämtliche anderen Verbandsmitglieder sind nach entsprechender Aufforderung bzw. Empfehlung durch die jeweiligen Aufsichtsbehörden ebenfalls an den Zweckverband herangetreten und haben um Einzahlung der Verbandsumlagen auf ein Sperrkonto nachgesucht. Bisher ist der Zweckverband diesen Zahlungsaufforderungen nicht nachgekommen (Stand 23. Oktober 2013). Im Vollstreckungsverfahren des Landkreises Birkenfeld hat das VG Trier mit Beschluss vom 17. September 2013 den Vollstreckungsgläubiger, also den Landkreis Birkenfeld, ermächtigt, selbst oder durch Dritte auf Kosten des Schuldners die Sicherheitsleistung (Einzahlung der streitigen Summe auf ein Sperrkonto) bis zur rechtskräftigen Entscheidung im Hauptsacheverfahren zu bewirken. Eine Zwangsvollstreckung gegen den Zweckverband zur Durchsetzung der Rückzahlung gestaltet sich offenbar recht schwierig.

Losgelöst von der Abwicklung der Angelegenheit im juristischen Sinne laufen schon seit geraumer Zeit Gespräche der Bundesrepublik Deutschland, den Ländern Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen mit der EU-Kommission über die künftige Neuorganisation der Tierkörperbeseitigung in den betreffenden Bundesländern. Eine abschließende Regelung bzw. Entscheidung steht noch aus (Stand 23. Oktober 2013).

Der Zweckverband verfügt lediglich über ein Eigenkapital von rd. 2,2 Mio. Euro. Sofern eine Rückzahlung vorgenommen werden müsste, wären die Zweckverbandsmitglieder anschließend zum Verlustausgleich verpflichtet und bilden daher gleichhohe Rückstellungen. Dies führt zu keinen Auswirkungen auf den Kreishaushalt.



## 5.8 Regionalmanagement Mittelhessen

GEORG-SCHLOSSER-STRASSE 1  
35390 GIEßEN  
TELEFON: +49 64 1 94 88 89 14  
[DUENKEL@MITTELHESSEN.ORG](mailto:DUENKEL@MITTELHESSEN.ORG)  
[WWW.MITTELHESSEN.ORG](http://WWW.MITTELHESSEN.ORG)

---

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH (WFG) ist Mitglied bei Hessen-Mitte e.V.

Der Verein bildet einen Zusammenschluss von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und besteht seit 2003. Ziel ist es, durch Netzworkebildung sowie aktives Regionalmanagement und Regionalmarketing das Profil Mittelhessens zu stärken und somit zu einer positiven Entwicklung der Region beizutragen.

Die Mitglieder des Vereins haben in ihrer Versammlung am 22. Oktober 2011 einen Prozess der inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung mit dem Ziel angestoßen, die Nutzenstiftung für alle Mitglieder zu erhöhen. Außerdem soll eine Erhöhung der Anzahl der mitwirkenden Unternehmen und Kommunen erreicht werden.

In diesen Prozess wurden sämtliche Interessengruppen des Regionalmanagements aktiv eingebunden, so wurden, unter Begleitung eines professionellen Projektmanagers, zunächst Sondierungsgespräche mit den Mitgliedern des Vorstandes, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vereins sowie Interessenvertretern geführt. Hierbei wurden unterschiedliche Erwartungen, Vorstellungen und Ziele ermittelt, die danach in diversen Besprechungs- und Beratungsrunden konkretisiert und gebündelt wurden, um aus den in Detailfragen unterschiedlichen Positionen eine für alle tragfähige Lösung zu finden. Aus diesen Gesprächen wurden entschiedene Grundpfeiler der Umgestaltung gesetzt, welche durch Informationsbriefe allen Mitgliedern zur Kenntnis gegeben und im Anschluss auf einer Mitgliederversammlung im Mai 2012 diskutiert wurden, wobei auch Änderungen und Ergänzungen vorgenommen wurden und der grundsätzliche Rahmen beschlossen wurde.

Das Regionalmanagement Mittelhessen wurde am 27. Dezember 2012 gegründet. Der Landkreis Limburg-Weilburg ist u.a. einer von fünf Landkreisen, die als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung vertreten sind.

Der Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital beträgt 1.351,00 Euro. Dies entspricht einem Anteil von 5,405 % am Stammkapital der GmbH. Mit dieser Beteiligung verbunden ist eine jährliche Zahlung von 20.000,00 Euro zur laufenden Finanzierung der GmbH.



## **6 Mitgliedschaften und Vereine**



## 6.1 Übersicht Mitgliedschaften

Bezeichnung	Beitrag 2012
Rat der Gemeinden Europas	1.026,00 €
Europa-Union (Kreisverband Limburg-Weilburg)	154,00 €
Deutsche Verkehrswacht Limburg-Weilburg	250,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	628,37 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	25,00 €
Förderkreis Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.	300,00 €
Tierschutzverein Limburg	102,26 €
Westerwaldverein	60,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	50,00 €
Deutsche Burgenvereinigung Braubach	52,00 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	2.271,00 €
Weilburger Schlosskonzerte	1.000,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft e.V.	77,00 €
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	55,00 €
Mitgliedschaft "Weißer Ring" e.V.	102,26 €
Höhlenverein Kubach e.V.	9,00 €
Förderverein Tiergarten Weilburg	30,00 €
Verein der Freunde der Limburger Domsingknaben e.V.	50,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung	4.436,41 €
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.	30,68 €
Hessischer Heimatbund e.V.	36,00 €
Weilburger Bürgergarde	30,68 €
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Limburg e.V.	102,00 €
RWP - Limburger Gesellschaft für Recht, Wirtschaft und Politik	30,00 €
Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum	511,29 €
Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.	102,26 €
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	386,00 €
Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.	100,00 €
Verbraucherberatung im DHB-Netzwerk Haushalt	2.295,00 €
THW Limburg	460,16 €
THW Weilburg	460,16 €



Public Private Partnership in Hessen e.V.	100,00 €
International Police Association	25,00 €
IdR - Institut der Rechnungsprüfer (Köln)	50,00 €
Bildungsforum Mengerskirchen	12,00 €
Hallenbadverein Offheim e.V.	200,00 €
Deutscher Kinderschutzbund -Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.	50,00 €
Betriebssportverband Hessen e.V. Bezirk Frankfurt	30,00 €
Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V.	25,00 €
Lahn-Marmor-Museum e.V. Villmar	12,27 €
Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar	52,00 €
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	125,00 €
vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.	300,00 €
KAV - Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen	4.029,00 €
	<b>20.232,80 €</b>

- **Jugendhilfe Limburg-Weilburg e.V.**  
Vorstand des Vereins unter anderen aus einem Vertreter des Landkreises Limburg-Weilburg  
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie des Landkreises Limburg-Weilburg)
- **Kreismusikschule Limburg e.V.**  
Mitglied des Kreisausschusses des Landkreises Limburg-Weilburg im Vorstand  
Matthias Bosse (Kreisbeigeordneter)
- **Weilburger Musikschule e.V.**  
Mitglied des Kreisausschusses des Landkreises Limburg-Weilburg im Vorstand  
Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter)
- **Lebenshilfe Limburg gGmbH**  
Mitglied im Vorstand  
Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin des Landkreises Limburg-Weilburg)
- **Lebenshilfe Wohnen gGmbH**  
Mitglied der Gesellschafterversammlung  
Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin des Landkreises Limburg-Weilburg)
- **Lebenshilfe Limburg Diez e.V. (vormals: LH für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.)**

Mitglied im Vorstand

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin des Landkreises Limburg-Weilburg)

- **Partnerschaftsverein Limburg-Weilburg e.V.**

Mitglied im Vorstand kraft Satzung

Landrat Manfred Michel

- **Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.**

Beratendes Mitglied im Vorstand

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie des Landkreises Limburg-Weilburg)

- **Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.**

Mitglied im Vorstand des Vereins kraft Satzung (in Vertretung des Vorsitzenden des Kreisausschusses)

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin des Landkreises Limburg-Weilburg)

- **Verein Komitee für Nothilfe**

Vorstandsmitglied qua Amt

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin des Landkreises Limburg-Weilburg)

- **Verein Kriminalprävention**

Schriftführer

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie des Landkreises Limburg-Weilburg)



## 6.2 Kreisvolkshochschule Limburg

DIEZER STRASSE 33-35  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431 91 16 0  
[www.vhs-limburg-weilburg.de](http://www.vhs-limburg-weilburg.de)  
E-MAIL: VHS-LIMBURG@TELIKO.NET



---

### Gegenstand des Unternehmens

Grundlagen der KVHS sind das Hessische Weiterbildungsgesetz und die Satzung der Kreisvolkshochschule.

Durch den gesellschaftlichen Wandel ergeben sich für die Menschen des Landkreises immer wieder neue berufliche und persönliche Herausforderungen sowie neue Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse. Der Auftrag der KVHS ist es, diese Veränderungen ständig zu analysieren, die entsprechenden Herausforderungen, Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse aufzugreifen und in Lernangebote zur Erweiterung der Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens umzusetzen.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

In der KVHS treffen sich Bürger der Region, die ihre persönlichen Weltansichten, Interessen und Bedürfnisse mitbringen. Die KVHS steht für Demokratie, Gemeinwohlorientierung, Chancen- und Geschlechtergleichheit, Bürgernähe und weltanschauliche Neutralität.

<b>Gründung</b>	Zusammenschluss 1974
<b>Rechtsform</b>	eingetragener Verein
<b>Vorstand</b>	Günther Schmitt, 1. Vorsitzender Silvia Scheu-Menzer, 2. Vorsitzende Christine Bischof, Beisitzerin Landrat Manfred Michel, Beisitzer Heinz Pfeiffer, Beisitzer Dr. Frank Schmidt, Beisitzer Bruno Götz, Beisitzer Burkhard Seyffert, Beisitzer Heinz Valentin, Beisitzer Joachim Veyhelmann, Beisitzer Winfried Weißmüller, Beisitzer

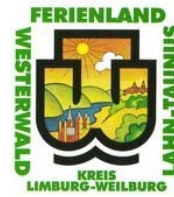
Michael Schneider, Direktor  
Axel Gebert, Leiter d. Hauptstelle Weilburg

### **Finanzielle Auswirkungen**

Aufgrund eines mit Wirkung vom 01.01.2012 abgeschlossenen Vertrages, erhält die Kreisvolkshochschule einen Zuschuss in Höhe von 300.000,00 € jährlich.

### 6.3 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.

SCHIEDE 43  
65549 LIMBURG  
TELEFON: +49 6431 - 29 64 22  
[www.wfg-limburg-weilburg-diez.de](http://www.wfg-limburg-weilburg-diez.de)  
E-MAIL: [lw@wfg-lwd.de](mailto:lw@wfg-lwd.de)



---

#### Gegenstand des Unternehmens

Der Fremdenverkehrsverein hat insbesondere die Aufgaben, den Fremdenverkehr im Vereinsgebiet zu fördern und zu koordinieren. Er allein ist befugt, die gemeinschaftlichen, den Fremdenverkehr im Kreis betreffenden Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu stärken.

#### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der Fremdenverkehrsverein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

#### Organe des Unternehmens

##### Mitglieder

Landkreis Limburg-Weilburg, 19 Städte und Gemeinden des Landkreises, Verkehrs- und Verschönerungsvereine, Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs

##### Vorstand

Manfred Michel, Landrat, Vorsitzender  
Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister, stellv. Vorsitzender  
sowie weitere acht Beisitzer

##### Geschäftsführer

Lars Wittmaack, Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH

##### Jahresergebnis

Gesamteinnahmen	60.645,77 €
Gesamtausgaben	<u>57.888,75 €</u>
<b>Mehreinnahmen</b>	<b>2.757,02 €</b>
Bestand aus 2011	<u>36.328,54 €</u>
<b>Bestand am 31.12.2012</b>	<b><u>39.085,56 €</u></b>

##### Prüfungsbehörde

Revision des Landkreises Limburg-Weilburg

<b>Beitrag des Landkreises</b>	2005: 50.000 Euro
	2006: 50,000 Euro
	2007: 52.000 Euro
	2008: 53.443 Euro
	2009: 50.000 Euro
	2010: 56.516 Euro
	2011: 56.601 Euro
	2012: 57.665 Euro

Der Landkreis übernimmt die Beiträge der Städte und Gemeinden an das Ferienland.

### **Bezüge**

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

### **Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

Rechtsform:	eingetragener Verein
Gründungsdatum:	1980
Sitz:	Limburg

## **IMPRESSUM**

HERAUSGEBER: KREISAUSSCHUSS DES LANDKREISES LIMBURG-WEILBURG  
SCHIEDE 43  
65549 LIMBURG  
TELEFON 06431/296-0  
06431/296-174

ANSPRECHPARTNER: LANDRAT MANFRED MICHEL  
AMT FÜR FINANZEN UND ORGANISATION  
- FD GRUNDSATZANGELEGENHEITEN, HAUSHALT UND FINANZEN -

REDAKTION: AMT FÜR FINANZEN UND GEBÄUDEWIRTSCHAFT  
-FD GRUNDSATZANGELEGENHEITEN, HAUSHALT UND FINANZEN-

DRUCK: LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG, HAUSDRUCKEREI

STAND: 31.12.2012